Nr. 14. 31. Jahrg.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

**Die Insertions-Gebühr**
beträgt für die sechsgespaltene Seitenzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. Januar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Scharfmacher-Attacke.

Das Dreiklassenhaus setzte am Mittwoch, dem zweiten Tage der Etatsberatung, die Kampagne fort, die etliche Tage vorher von den Erlauchten begonnen worden war. Herr v. Heydebrand wird zwar erst am Donnerstag sprechen, aber sein freikonservativer Bundesgenosse, Oktavio v. Zedlitz führte die Sache der Junker und Scharfmacher am Mittwoch so eifrig und nachdrücklich, daß sie Herr v. Heydebrand auch nicht eifriger verfechten kann. Nur in einem Punkte unterschied sich der freikonservative Sprecher von dem konservativen Draufgänger. Er griff den preußischen Ministerpräsidenten, der im Nebenamte auch Reichskanzler ist, nicht persönlich an. Ihm genügte es, die scharfmacherischen reichs- und volksfeindlichen Postulate der Junker und Scharfmacher säuberlich zu formulieren und gegen jedes leiseste Ablenken aus dem Pfade urreaktionärer Politik die schärfsten Bedenken zu erheben. Herr v. Heydebrand wird in der Sache den freikonservativen Redner kaum übertrumpfen, wenn er auch Herrn v. Bethmann mancherlei verblümte und unverblümte Malicen sagen wird. Das liegt nun einmal im Charakter einer so extremen Richtung, wie sie unsere ostelbischen Parteien verkörpern, sie gehen gleich aufs Ganze, fordern wie beim Pferdehandel gleich viel mehr, als sie zu erhalten hoffen können. Im Grunde aber wissen sie ganz gut, daß sie mit dem bisherigen Gang der Geschäfte auch unter dem Firmenträger Bethmann völlig zufrieden sein können. Natürlich ein Dallwitz, ein Schorlemer, ein Jagow, ein Falkenhahn oder ein anderer Januschauer an der Spitze der Reichsregierung und des preußischen Ministeriums wäre ihnen am allerangenehmsten. Aber wenn sie das nicht haben können, so dulden sie auch einen Philosophen, das heißt ihrer Ansicht nach einen Schwätzer an der Spitze der Regierung, wenn er nur vor den robusteren Gewaltnaturen des preußischen Ministeriums und ihrer Hintermänner zusammenknickt und die Politik treibt, die den Junkern genehm ist. Und die Junker können ja mit ihrem Bethmann zufrieden sein und erst recht mit seinen Kollegen im preußischen Ministerium. Die Dallwitz, Beseler, Schorlemer, Sydow, Lentze überbieten sich ja gegenseitig an Geschäftigkeit, um den Geldsäcken im Osten und Westen des Reiches den Wunsch von den Lippen abzulesen. Bezeichnend dafür war auch die Erklärung des Finanzministers Lentze, daß der Termin zur Deklaration der Wehrbeitragsleistung bis zum 31. Januar verlängert werden soll. Wer von den leidtragenden Besitzenden sich also bisher noch nicht bei den Sachverständigen erkundigt hat, wie er sich am raffiniertesten von der Beitragspflicht drücken könne, dem ist jetzt eine Karenzzeit gewährt, von der sicherlich von dem mobilen wie dem immobilen Kapital der ausgiebigste Gebrauch gemacht werden wird.

Auch sonst fanden die Wünsche der Staatsstreichler und Scharfmacher bei den Ministern willig Gehör. Es verstand sich von selbst, daß der Freiherr v. Zedlitz auch das bekannte Klagelied über den Terrorismus der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften anstimmte, die Schaffung der zivilrechtlichen Haftung der Arbeiterorganisationen für Streikvergehen und inzwischen wenigstens ein schneidiges Vorgehen der Polizei gegen das Streikpostenstehen verlangte. Sogleich gab der Herr Polizeiminister v. Dallwitz die Erklärung ab, daß das Einschreiten der Polizeibehörden gegen Streikposten unter allen erdenklichen Sicherheits- und straßenpolizeilichen Vorwänden nicht nur längst Uebung der Polizei sei, sondern auch von den vorgesetzten Behörden den nachgeordneten Instanzen zur Beachtung und Nachahmung empfohlen worden sei. Und wenn Herr v. Zedlitz die Parole ausgab, keine Wahlreform, so erscholl von den Ministertischen im lieblichen Diskant des Herrn v. Dallwitz sofort das Echo, daß die Frage der Wahlreform durch die Erklärung des Ministerpräsidenten erledigt sei, das heißt die Regierung hat das Versprechen der Thronrede durch die Einbringung ihrer unsäglichen Vorlage eingelöst. Wann sie eine neue Wahlreform einbringen wird, steht völlig in ihrem Belieben. Daß Herr v. Zedlitz gleich den Erlauchten in der Leipziger Straße die Demokratisierung der elsässischen Verfassung durch den Reichstag und die Reichsregierung als schweres Verbrechen verurteilte, dafür aber seine helle Begeisterung für absolutistische Kabinetsordern von 1820 oder noch früher an den Tag legte, verstand sich ebenso sehr wie seine hämische Herabsetzung des sogenannten Mißtrauensvotums des Reichstages vom 14. Dezember. Aber er hatte dafür den süßen Trost, daß auch der Sprecher der preußischen Nationalliberalen, Abgeordneter Röchling, in einer „nicht mißzuverstehenden Weise" die nationalliberale Fraktion des Reichstages desavouiert und das restlose Bekenntnis zum Militärabsolutismus und zur Säbeldiktatur abgelegt hatte. In dem gerechten Bewußtsein, daß auch die Nationalliberalen im Grunde die unerschütterlichen Verbündeten der Junkerreaktion bildeten, konnte er mit dem frechen Hohnworte schließen, daß das Heer, wenn das Proletariat in seinem Wahlrechtskampfe die Feste des Staates mit dem Generalstreik auszuhungern versuche, eine ebenso zuverlässige Waffe gegen den inneren Feind sein werde, wie in Zabern.

Die Antwort des entschiedenen Liberalismus auf die Provokationen der von Röchling bis Winkler gesammelten Reaktion ließ leider an schneidiger Kampfesfreudigkeit so gut wie alles zu wünschen übrig. Mit seiner dröhnenden Bezirksvereinsstimme hielt Herr Wiemer eine seiner üblichen Oppositionsreden. Er hatte mancherlei zu tadeln. Aber seine Rede verriet nicht im geringsten die ernste Entschlossenheit, den gehäuften Provokationen und der dreisten Kampfansage des Junkertums endlich auch einmal mit besonderer Schärfe und durch ein konzentriertes Kraftaufgebot entgegenzutreten. In der Wahlrechtsfrage will der Freisinn ruhig weiter wursteln wie bisher. Heilfroh will er schon sein, wenn nur das geheime und direkte Wahlrecht unter Beibehaltung der ganzen ungeheuren Dreiklassenschmach unter Dach und Fach gebracht wird. Und was die Eroberung der Volksrechte anlangt, so erklärte Herr Wiemer, daß die Fortschrittliche Volkspartei durchaus kein Parlamentsheer erstrebe, das seien nur Agitationsphrasen. Wenn Herr Wiemer kein Parlaments- und kein Volksheer haben will, so kann er doch nur ein Prätorianerheer wünschen. Das aber haben wir doch gerade und das zu beseitigen und die Armee auf die Verfassung zu vereidigen und dem Willen der Volksvertretung zu unterstellen, müßte doch wohl auch das Ziel des liberalen Verfassungskampfes sein. Aber auch der „entschiedene" Freisinn will nirgends anstoßen. Bei solch einer Gegnerschaft können sich freilich unsere Reaktionäre ins Fäustchen lachen.

Die einzige ernsthafte und gründliche Kritik nicht nur an den letzten politischen Vorgängen, sondern auch an der ganzen preußischen Politik übte der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Hirsch. Er wandte sich zuerst gegen die knickerige und schätzesammelnde Politik der Finanzverwaltung. Bei einem so günstigen Etat wie er jetzt seit Jahren vorliege und auch durch die Krise nicht erschüttert werden könne, sei es unbedingt nötig, endlich an eine Reform des Steuerwesens heranzutreten, das Steuerminimum heraufzusetzen und die Nichtbesitzenden von den Steuerzuschlägen zu befreien. Ueberhaupt gelte es, Preußen endlich zu einer Kulturpolitik zu zwingen. Wie sehr alle Kulturaufgaben daniederliegen, beweise das Faktum, daß Preußen über 300 Millionen für seine Justiz, seine Polizei und die Zuchthäuser ausgebe, dagegen nur eine winzige Summe zur Verhütung von Verbrechen durch eine vernünftige Fürsorge. Ungeheuerlich auch sei es, daß Preußen nur den zehnten Teil dessen für Medizinalwesen ausgebe, als für die sogenannte Seelsorge, für die liebe Geistlichkeit. Auch die Ausgaben für die Volksschulen in Preußen seien geradezu kümmerlich, gemessen an den Mitteln, die für die besitzenden Klassen zur Förderung der Hochschulen und der Universitäten ausgeworfen würden. Lächerlich vollends stellten sich die staatlichen Volksschullasten in Preußen dar, wenn man sie mit den mehr als hundertfach höheren Ausgaben für die Soldaten vergleiche.

Nach dieser Analysierung der kulturfeindlichen Preußenpolitik überhaupt, wendete sich unser Redner den aktuellen politischen Fragen zu. Er geißelte den jämmerlichen Rückzug, den die Regierung in der Wahlrechtsfrage vor der Reaktion angetreten habe, er behandelte mit beißender Schärfe das Zaberner Gewaltregiment der Soldateska und dessen Billigung durch den Abgeordneten Röchling, dessen eigenartige juristische Auffassung über die Staatsräson, die dem Recht voranzugehen habe, er unerbittlich ans Tageslicht zog. Er begleitete den Jagowschen Husarenritt vor der Kronprinzenfronde mit entsprechenden Glossen und verbreitete sich gebührend über das Thema der Streifjustiz. Mit der energischen Kampfesansage gegen alle scharfmacherischen Umtriebe, gegen die Wahlrechtsfeinde und die junkerlich-militaristische Fronde schloß der sozialdemokratische Redner seine zweistündigen Ausführungen unter stürmischer Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion.

Auch diese parlamentarische Debatte zeigte wieder das rücksichtslose Draufgängertum des Junkertums, das übereifrige Helfershelfertum unserer höchsten Staatsbeamten und die unsägliche Schlappheit unseres Liberalismus. Was bei einem solchen Zusammenprall des eisernen und des irdenen Topfes herauskommen muß, liegt auf der Hand. Ebenso die ewig alte und ewig neue Lehre des proletarischen Klassenkampfes: daß die Arbeiterklasse unermüdlich auf dem Posten sei, zu immer entschlossenerem Kampfe rüsten muß, wenn sie mit ihrer Welt von Feinden fertig werden will. —

## Zabern vor dem elsaß-lothringischen Landtag.

**Straßburg**, 14. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) In der Mittwochsitzung verlas der Präsident folgende von sämtlichen Parteien abgegebene Erklärung:

„Die Zweite Kammer ist mit der Regierung der Ueberzeugung, daß die Zivilverwaltung in Zabern durchaus ihre Pflicht getan und zu den Eingriffen des Militärs jeder tatsächliche Anlaß und jede rechtliche Grundlage gefehlt hat. Sie stellt fest, daß die Regierung auch im engen Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse eine größere Energie zur Erlangung einer Genugtuung für die dem elsaß-lothringischen Volke zugefügte Beleidigung hätte entfalten sowie zur Aufklärung und Beruhigung der Bevölkerung etwas hätte tun müssen. Sie vermag endlich in der Erklärung der Regierung keinerlei Garantien gegen eine Wiederholung solcher Gesetz und Recht verletzenden Vorkommnisse zu finden.

Die Zweite Kammer bittet den Reichstag, dem sie für sein energisches Eintreten den Dank des elsaß-lothringischen Volkes ausspricht, in Fortführung des Kampfes um die Wahrung von Gesetz und Recht einzutreten für:

1. eine den modernen bürgerlichen Anschauungen entsprechende reichsgesetzliche Abgrenzung der Gewalten;
2. eine Reform der Militärgerichtsbarkeit;
3. einen Ausbau unserer Verfassung in der Richtung der vollen bundesstaatlichen Selbständigkeit Elsaß-Lothringens."

Als Vertreter der Regierung ergriff der Unterstaatssekretär für die Justiz, Dr. Petri, das Wort, um scharf gegen den Oberst v. Reuter vorzugehen. Reuter hätte in der Gerichtsverhandlung abfällige Aeußerungen über die Gerichtsbarkeit getan. Er habe daraufhin die Gerichtspersonen als Zeugen vernehmen und sie vom Diensteide entbinden lassen. Der Oberst habe gar keinen Grund zu seinen Anklagen gegen die Justizverwaltung gehabt. Er weise die Unterstellungen des Obersten v. Reuter ganz entschieden zurück.

Dann gab er dem Hause bekannt, daß die Justizverwaltung dem Generalkommando mitgeteilt habe, der Oberst solle sich an die Staatsanwaltschaft und nicht an die Gendarmen wenden.

Der erste Redner ist Abgeordneter Hauß vom Zentrum. Er freut sich, daß die Regierung heute endlich energische Worte gefunden habe; denn die gestrige Erklärung des Staatssekretärs lasse die Garantien, die nötig sind, vermissen. Hauß betont ferner, daß Zabern einen Verfassungs- und Rechtsbruch darstelle und der Reichskanzler das Faustrecht proklamiert habe. Der Rock des Königs werde nur dann nicht geachtet, wenn Träger desselben unschuldige Menschen schänden. Als der Verhandlungsleiter dem Kreisdirektor Verleitung zum Meineide vorwarf, sei aber der Rock des Bürgers geschändet worden. Das Gericht sei nicht unparteiisch gewesen. Das ergäbe sich schon aus den Aeußerungen des Oberkriegsgerichtsrats Medicus und aus den Telegrammen an Jagow und Oldenburg. Zur Beseitigung der Unruhen hätte eine Waschfrau in Zabern ausgereicht. **Seiner Meinung nach müsse der Oberst überhaupt pathologisch bewertet werden.** Auf der Stirn des General v. Deimling und des Chefs des Generalstabes hafte heute das Kainszeichen der Unruhen in Zabern. General v. Deimling, so habe er erfahren, habe zu Mandel beim Diner erklärt, er kümmere sich nicht um Zabern, der Oberst hätte seine Instruktion. Noch nie sei eine Regierung so mit Ruten gezüchtigt worden, wie die elsaß-lothringische Regierung. Das Bild, das Staatsanwalt Krause entworfen habe im Gerichtssaale, sei richtig. Wie Kosaken in Petersburg hätten die Soldaten in Zabern gehaust. Der 10. Januar sei für Elsaß-Lothringen der größte Unglückstag, **denn da seien Gesetz und Recht zerrissen und ein Hauptbestandteil der Verfassung zerfetzt worden.**

Nach Hauß sprach Unterstaatssekretär Mandel. Er bestätigt die vor Gericht gemachte Aeußerung, daß er zum Kreisdirektor gesagt habe, er solle dableiben, denn er habe einen tüchtigen Vertreter in Zabern. Seiner Meinung nach hätte aber der Kreisdirektor das Anerbieten, einen Extrazug zu nehmen, annehmen sollen. Im Reichstag sei für ihn keine Veranlassung gewesen, zu reden, denn es wäre kein schönes Bild gewesen, wenn er gegen den Reichskanzler aufgetreten wäre. Die Untersuchungen, die die Regierung angestellt habe, hätten ergeben, **daß das Einschreiten des Militärs nicht nötig gewesen sei**; die Zivilverwaltung hätte nicht versagt. In weiterem Maße hätte die Regierung nicht einschreiten können; nur der Statthalter hätte sich an die zuständige Instanz wenden müssen, was er auch getan habe. Die Meinung der elsaß-lothringischen Regierung gehe dahin, **daß die Kabinettsorder von 1820 für Elsaß-Lothringen ungültig** sei. Mit der Verfassung hätte nach Meinung der Regierung die Zaberner Sache absolut nichts zu tun.

Darauf sprach Genosse Emmel. Er hielt eine prinzipielle Abrechnung mit dem Militarismus. Die Regierungserklärung sei auf den Ton gestimmt: „Heiliger Heydebrand, sei uns gnädig!" Das gehe schon aus der Erklärung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" hervor, die vollständig damit einverstanden sei. Es müsse festgestellt werden, daß die Regierung heute im Vergleich zu gestern einen großen Teil ihrer Aeußerungen preisgegeben habe. Sie habe zugeben müssen, daß die Gerichtsverhandlung nicht einwandsfrei geführt worden sei. Direkt ungehörig wäre es gewesen, daß der Unterstaatssekretär Mandel den Kreisdirektor beim Diner behalten habe.

Genosse Emmel polemisierte dann gegen die Ausführungen Mandels. Es herrsche in Elsaß-Lothringen **eine militärische Nebenregierung.** Beweis dafür sei, daß der kommandierende General dem Kaiser Mitteilungen macht, die nicht nur militärischer, sondern häufig auch politischer Natur seien und von denen die elsaß-lothringische Regierung gar keine Kenntnis erhalte. Es bestehe absolut kein Gegensatz zwischen Armee und Volk, sondern lediglich zwischen dem Volk **und dem vom Größenwahn befallenen Offizierkorps.** Wenn manche Offiziere sich durch ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen müßten, dann würden sie nicht einmal satt zu essen haben.

Als darauf Genosse Emmel den Säbelhieb des Leutnants von Forstner als einen Akt der Feigheit bezeichnet, wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Zum Schluß kommt Emmel auf die Forderung zu sprechen, die ganze Militärgerichtsbarkeit, die nur schädlich sei, zu beseitigen. Die Regierung habe die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Militärgewalt unter die Zivilgewalt gestellt werde, und daß die Zivilgewalt besser organisiert werde.

Nach Emmel sprach Zorn v. Bulach, der zugibt, daß die Aeußerung des Leutnants v. Forstner über die „Wacke“ eine Beleidigung des Volkes sei. Er hätte nicht eingreifen können. Das sei nicht so einfach, wie sich die Herren Abgeordneten das vorstellten. Das Wort „Wacke“ habe an sich keine große Bedeutung; schlimm sei es nur, daß es gegen Leute, die sich nicht haben wehren können, gegen Soldaten, gebraucht wurde. Wenn man der Regierung Dickfälligkeit vorwerfe, so gebe er zu, daß die elsaß-lothringische Regierung zwar ein dickes Fell habe; man dürfe aber nicht vergessen, daß darunter ein warmes Herz für das Land schlage.

Nach ihm sprach der liberale Abg. Wolf, womit die Interpellationsdebatte beendet wurde.

Genosse Emmel beantragt, um die Sache nicht übers Knie zu brechen, Vertagung der Sitzung auf Donnerstag vormittag. Das Haus beschloß dementsprechend.

An der Annahme des Antrages, der von allen vier Parteien des Hauses gestellt ist, ist nicht zu zweifeln.

# Streikpostenstehen.

Im Preußischen Landtag hat der nationalliberale Landtagsabgeordnete Landgerichtsdirektor Röchling am Dienstag erklärt, Streikpostenstehen könne nach dem Allgemeinen Landrecht durch Polizeiverordnungen verboten werden. Gestern äußerten sich in demselben Sinne der freikonservative Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz und sogar, soweit zu ersehen ist, unter Berufung auf ein angebliches Reichsgerichtserkenntnis, der preußische Polizeiminister v. Dallwitz.

Darf in der Tat durch Polizeiverordnung oder durch ein Landesgesetz das Streikpostenstehen verboten werden, oder ist vielmehr durch Reichsgesetz verboten, das Streikpostenstehen den unter § 152 der Gewerbeordnung fallenden Arbeitern zu untersagen?

Die Rechtslage ist die: den unter § 152 der Gewerbeordnung fallenden Arbeitern darf weder durch Polizeiverordnung noch durch Landesgesetz das Streikpostenstehen untersagt werden, Polizeiverordnungen oder Landesgesetze, die dies dennoch tun, sind unzulässige und rechtsungültige Eingriffe in das Reichsrecht. Diesen Standpunkt hat auch das Reichsgericht eingenommen. Es sei gegenüber der Unverfrorenheit, mit der die klare Rechtslage auch von einem preußischen Richter öffentlich gegen Gesetz und Recht in ihr Gegenteil gedeutet wird, an das entscheidende Reichsgerichtsurteil und die ihm vorausgegangenen Vorgänge erinnert.

Unter dem 24. April 1900 erließ der Lübecker Senat eine vom 21. April datierte Verordnung, die dahin ging:

> Personen, welche planmäßig zum Zwecke der Beobachtung oder Beeinflussung der Arbeiter einer Arbeitsstelle oder des Zuzugs von Arbeitern zu einer Arbeitsstelle an einem öffentlichen Orte sich aufhalten, werden mit Geldstrafen bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

Sofort nach Bekanntwerden dieser Verordnung wiesen wir nach, daß diese Polizeiverordnung rechtsungültig sei, weil sie dem Reichsrecht widerspreche. Die sozialdemokratische Fraktion wendete sich dann gegen den Lübecker Versuch einer Durchlöcherung des Reichsrechts in einer Interpellation. Diese kam am 11. Juni 1900 zur Verhandlung. Der Rechtsansicht der Interpellanten traten auch das Zentrum durch den Abg. Dr. Spahn, die Nationalliberalen durch Abg. Dr. Bassermann, die Freisinnigen durch Roesicke-Dessau und Dr. Müller-Meiningen bei. Auch der frühere konservative Abgeordnete v. Buchka trat in der „Juristenzeitung“ der Auffassung bei, daß die Verordnung rechtsungültig sei. Da der Lübecker Senat die rechtswidrige Verordnung nicht aufhob, forderte das „Hamburger Echo“ zum Ungehorsam gegen die Verordnung auf. Dadurch sollte eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt werden. Das gelang. Genosse Molkenbuhr wurde wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen rechtsgültige Verordnungen (§ 110 Str.-G.-B.) angeklagt, aber freigesprochen, weil die Lübecker Verordnung rechtsungültig ist.

Die Gründe, welche das Reichsgericht für die Rechtsungültigkeit in seinem Urteil vom 4. Februar 1901 (obeng. Entsch. Bd. 34 S. 121) anführte, sind im wesentlichen folgende:

„1. Weil die Verordnung sich auf jeden öffentlichen Ort ohne Einschränkung bezieht, weil auch die Strafbarkeit nicht davon abhängig gemacht ist, daß die Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit oder Ruhe von dem öffentlichen Ort durch den näher bestimmten Aufenthalt gestört oder gefährdet wird, fällt die Verordnung nicht unter die in dem § 366 Nr. 10 Str.-G.-B. dem Landesrecht vorbehaltenen Polizeiverordnungen.“

2. Die Verordnung ist rechtsungültig, weil sie dem Reichsrecht, nämlich § 152 G.-O. widerspricht. Es wird nun näher dargelegt, was nach § 152 G.-O. straflos ist. Es heißt da: „Straflos ist die Einwirkung auf den Willen anderer dahin, daß diese an der Verabredung teilnehmen und ihr Folge leisten (vorbehaltlich der Beschränkungen in § 153 G.-O.), die Beeinflussung, um bei Anhängern Einwirkungen im entgegengesetzten Sinne zu verhindern, abzuschwächen oder wirkungslos zu machen, oder um Gegner oder Gleichgültige heranzuziehen, sei es durch Wort oder Schrift oder durch andere erlaubte Mittel, namentlich die Presse; die Ausführung der dem gemeinsamen Zweck dienende Schritt; kurz, die Vornahme aller Handlungen, welche der Herbeiführung, Fortdauer oder Unterstützung der Verabredung oder Vereinigung zu dienen bestimmt sind, mit Einschluß des das Werben von Anhängern vorbereitenden Aufsuchens von Gelegenheit dazu. Denn diese sich als Vorbereitung der straflosen Verabredung darstellenden Handlungen können nicht strafbar sein, wenn die Ausführung selbst strafbar ist, und sie können auch durch die Landesgesetzgebung nicht unter Strafe gestellt werden. Diese ist selbst bezüglich der Vorbereitungshandlungen zu Straftaten durch die im Strafgesetzbuch gegebenen Rechtssätze über den Versuch gebunden.“ Dann wird vom Reichsgericht betont: „Selbstverständlich sind bei Ausübung des Koalitionsrechts die bestehenden Gesetze zu befolgen; eine nach einem bestehenden Strafgesetze strafbare Handlung wird nicht dadurch straffrei, daß sie das Mittel bildet, die Zwecke der Koalition zu fördern.“

Das Reichsgericht führt dann am Schluß des Erkenntnisses aus: „Mit den dargelegten Grundsätzen des Reichsrechts, welches im Zweifel die von ihm behandelte Materie abschließend regelt in bezug auf die Straflosigkeit der auf eine Arbeitseinstellung sich beziehenden Handlung, tritt die Verordnung des Senats in Lübeck in Widerspruch. Denn sie stellt eine reichsgesetzlich straflose und erlaubte Vorbereitung der Beeinflussung von gewerblichen Arbeitern zum Zwecke der Einleitung, Aufrechterhaltung oder Förderung einer den Abschluß eines künftigen Arbeitsvertrages bezielenden Arbeitseinstellung unter Strafe, indem sie die Streikposten mit Strafe bedroht, welche regelmäßig als Beauftragte einer in sich verbundenen Mehrheit die Interessen der zu einer Verabredung oder Einigung der bezeichneten Art geneigten oder verbundenen Arbeiter durch das erlaubte Mittel der Beobachtung und Beeinflussung wahrnehmen wollen, namentlich die Ausdehnung des Streiks durch Zutritt Arbeitswilliger zu veranlassen suchen. Sie ist mithin nach Artikel 2 der Reichsverfassung materiell ungültig.“ Das Reichsgericht erwähnt dann noch, daß damit natürlich die schon früher in bejahendem Sinne entschiedene Frage nichts zu tun hat, ob ein Streikposten in einem Einzelfall einen für alle Personen gültiges Straßenpolizeireglement verletzt und sich dadurch strafbar gemacht habe.

Es ist stark, daß gegenüber dieser Darlegung des Reichsgerichts im preußischen Abgeordnetenhause keck und kühn Stimmen laut werden können, die dahin abzielen, unter Bruch der Reichsverfassung das Streikpostenstehen durch landespolizeiliche Verordnungen zu verbieten. Die Landtagsdebatte zeigt, wie dringend not die Bestrafung jeder Antastung des Koalitionsrechts tut.

# Politische Uebersicht.

### Arbeiterschutz im Reichstage.

Die große Frage, die alle Gemüter beschäftigt, ist auch heute noch nicht Gegenstand der Verhandlung. Erst morgen kommt die sozialdemokratische Interpellation über die Straßburger Kriegsgerichtsurteile und über die konservative Aktion im Herrenhaus auf die Tagesordnung, und am Montag nächster Woche wird sie voraussichtlich erörtert werden. Aber einen Hinweis auf die kommenden Debatten gab die heutige Sitzung bereits, als zu Beginn der Präsident gegen die Kritik Verwahrung einlegte, die Graf York von Wartenburg im Kreise der erlauchtesten Gesetzgeber am Parlament des allgemeinen Wahlrechts geübt hat.

Dann setzte der Reichstag die Beratung der Petitionen fort. Es kam indessen nur eine zur Verhandlung, deren Bedeutung auch in dieser mehrstündigen Diskussion nicht erschöpft werden konnte. Es handelt sich um einen verstärkten Arbeiterschutz in der Schwereisenindustrie, wie er von einer Reihe von Korporationen, namentlich von dem Deutschen Metallarbeiterverband verlangt wird. Die Petitionskommission hatte beantragt, dieses Gesuch zur Erwägung zu überweisen, soweit es gesetzliche Regelung der Pensionskassen verlangt, und im übrigen bezüglich der Arbeitszeit, der Ueberstunden, des Verbots der Nacht- und Frauenarbeit usw. der Regierung zur Berücksichtigung zu übergeben. Dagegen wandte sich ein Antrag der Konservativen, die die Ueberweisung zur Erwägung für die ganze Petition für ausreichend halten.

In sehr eingehender Betrachtung unter sachkundiger Anführung einzelner Erscheinungen, die gewissenhaft festgestellt und prägnant hervorgehoben wurden, gab Genosse Spiegel, ein Fachmann im besten Sinne des Wortes, eine anschauliche Darstellung von der Ausbeutung, der sich die Arbeiter der Schwereisenindustrie unterwerfen müßten. Seine Darstellung wurde im Lauf der Debatte noch ergänzt durch die Angaben des Genossen Haberland, der in geschickter Polemik gegen die Konservativen und Nationalliberalen die Notwendigkeit des gesetzlichen Eingreifens vollends nachwies, denn die Konservativen und Nationalliberalen kämpften für ihren milderen Antrag, der offenbar ihrem sozialpolitischen Gewissen genügt. Von der Rechten tat es Herr v. Graefe, während im Namen der Nationalliberalen Herr Dr. Böttger, ein Beauftragter der rheinischen Hüttenindustrie, sprach. Auch die lothringische Schwereisenindustrie schickte zum Schutz für ihre angeblich bedrohten Interessen ihren Vertrauensmann, Herrn Windeck, vor, der die Stelle nach bestem Können ausfüllte, die in der vorigen Legislaturperiode der Hüttenbaron de Wendel inne hatte.

Für das Zentrum sprach Herr Giesberts, von den Polen Herr Sosinsky für den Antrag der Kommission, der dann auch gegen die Konservativen und Nationalliberalen Annahme fand.

Morgen wird der Gesetzentwurf über die Neuregelung der Sonntagsruhe in erster Lesung beraten werden.

### Aus dem Seniorenkonvent.

Der Seniorenkonvent des Reichstags beschloß am Mittwoch, folgende Tage von Reichstagssitzungen freizulassen: den 26. und 27. Januar, 2., 23. und 24. Februar, 14. und 16. März.

Auf den Wunsch der Petitionskommission, daß mehr Petitionen als bisher zur Beratung im Plenum gelangen sollen, kam der Seniorenkonvent überein, die Beratung von Petitionen sobald als möglich auf die Tagesordnung zu setzen.

Auf eine Anregung von sozialdemokratischer Seite, regelmäßig Schwerinstage abzuhalten, wurde mit Rücksicht darauf, daß die Etatsberatung drängt, entschieden, daß, wenn möglich, noch vor der Fertigstellung des Etats Schwerinstage abgehalten werden sollen. Später sollen dann wieder regelrecht Schwerinstage stattfinden.

### Eine neue Militärvorlage in Sicht.

Der bayerische Kriegsminister hat am Dienstagabend in der Kammer auf eine Anfrage des Liberalen Müller-Hof wegen der Gerüchte, daß demnächst eine halbe Milliarde für Neubewaffnung der Feldartillerie gefordert werden soll, geantwortet:

> „Wenn der Abgeordnete von mir Erklärungen verlangt, daß keine neuen Forderungen für Bewaffnung und Ausrüstung der Armee mehr kommen werden, dann muß ich zu meinem Bedauern erklären, daß ich und wohl kaum irgendwo ein Kriegsminister eine solche Erklärung abgeben kann. Eine Armee muß technisch auf der Höhe der Zeit bleiben, und kein Minister kann auch nur auf fünf Jahre voraus sagen, welche Fortschritte die Technik auf dem Gebiete des Militärs bringt und in welche Zwangslage eine Heeresverwaltung durch die Erfindungen der Technik versetzt sein kann.“

Die Erklärung des Kriegsministers wird allgemein als die Ankündigung aufgefaßt, daß in der Tat eine große Artillerievorlage bevorsteht, gegen die sich die wiederholte Warnung des bayerischen Ministerpräsidenten gerichtet hat. Dieser aus zentrumsagitatorischen Bedürfnissen hervorgegangene Protest des Grafen Hertling gegen weitere Rüstungen hat demnach bei dem Kriegsminister keine Gunst gefunden.

### Bayerischer und preußischer Militarismus.

Die Debatte über den Militäretat führte am Dienstagabend in der bayerischen Abgeordnetenkammer zu einer beachtenswerten Erklärung des Kriegsministers. Die „Staatszeitung“ hatte eine Mitteilung über den Waffengebrauch des Militärs gebracht, aus der hervorging, daß es auch in Bayern zulässig sei, daß die Militärgewalt aus eigenem Recht gegen die Zivilbevölkerung zum Waffengebrauch schreiten dürfe, wenn sie finde, daß die Zivilverwaltung zu lange zögere. Der Kriegminister v. Kreß erklärte nun am Dienstag mit allem Nachdruck, daß die Notiz der „Staatszeitung“ falsch sei und amtlich dementiert werden würde: In Bayern seien die Bestimmungen ganz klar, niemals dürfe das Militär ohne Requisition der Zivilbehörde einschreiten.

Mit dieser Erklärung stellte der bayerische Kriegsminister wenigstens für das bayerische Gebiet die bürgerliche Rechtsordnung wieder her.

Zugleich erklärte der Kriegsminister, daß er die „rednerische Entgleisung“ eines Kriegsgerichtsrats, der von Sozialdemokraten als minderwertigen Elementen gesprochen hatte, mißbillige.

* * *

Die „Staatszeitung“ berichtigt am Mittwoch auf Veranlassung des Kriegsministers ihre Notiz, daß in Bayern das Militär befugt sei, auch ohne Requisition der Zivilverwaltung die Waffen zu gebrauchen. Das preußische Recht gelte nicht für Bayern.

### Keine Revision im Reuter-Prozeß?

Nach dem „Deutschen Kurier“ will im Prozeß gegen den Oberst v. Reuter der Gerichtsherr auf das Rechtsmittel der Revision verzichten. Maßgebend für die Entschließung sei die Erwägung, daß auf Grund des vorliegenden Tatsachenmaterials auch das Oberkriegsgericht nur zu einem freisprechenden Urteil gelangen würde, und andererseits durch eine abermalige Aufrollung des Prozesses nur den preußenfeindlichen Elementen gedient werde.

Eine weitere Meldung desselben Blattes aus Straßburg besagt, daß sämtliche Unterstaatssekretäre beabsichtigen, gemeinsam mit dem Staatssekretär ihr Abschiedsgesuch einzureichen, wenn der Statthalter Graf Wedel seinen Abschied nimmt. Die Unterstaatssekretäre wollen an dieser Absicht auch dann festhalten, wenn Graf Wedel im Amte bleibt und nur der Staatssekretär Freiherr von Bulach geht.

### Eine Zabern-Interpellation im badischen Landtage.

Im badischen Landtage brachte am Mittwoch die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellation ein:

„Im Urteil des Straßburger Militärgerichts vom 10. Januar wird behauptet, daß die preußische Kabinettsorder vom 17. Oktober 1820 noch in Geltung sei und daß die Offiziere sich bei Anwendung dieser Vorschrift nicht darum zu kümmern brauchten, ob die Order mit den Gesetzen in Einklang stehe. Da auch die in Baden liegenden Truppenteile zum preußischen Kontingent gehören, ersuchen wir die Regierung um Beantwortung der Frage: „Welche Schritte hat die Regierung getan oder gedenkt sie zu tun, um die persönliche Freiheit der badischen Staatsbürger und das Ansehen der badischen Zivilverwaltung zu schützen.“

Die Fortschrittliche Volkspartei reichte folgenden Antrag ein:

„Die Regierung wird ersucht, beim Bundesrat die alsbaldige Vorlage eines Gesetzentwurfs zu betreiben, durch welchen die Militärgerichtsbarkeit auf rein militärische Delikte beschränkt wird.“

### Wehrsteuerbeklemmungen.

Die Wehrsteuer verursacht unseren großen Patrioten andauernd Verdauungsbeschwerden. Sie möchten gar gerne ihre Vermögensdeklarationen möglichst weit hinausgeschoben haben. Und die preußische Regierung ist natürlich gerne bereit, auf solche Wünsche der Reichen zarte Rücksicht zu nehmen. Finanzminister Dr. Lentze erklärte heute im Abgeordnetenhause, er sei bereit, die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag bis zum 31. Januar zu verlängern. Leider sei es nicht möglich, darüber hinauszugehen.

### Eine Hilfstruppe der Staatsstreichler.

Der neugegründete Preußenbund, der sich vor Jahresfrist zusammengetan hat, um eine „vaterländische“ Vereinigung zu bilden, durch deren Mitwirkung „preußische Eigenart zu kräftigen und zu stützen“, hält am 18. d. Mts. im preußischen Abgeordnetenhause zu Berlin seine erste Hauptversammlung ab. Den Vorsitz in den Verhandlungen wird der Handelskammersyndikus Dr. Rocke (Hannover) führen, dem als stellvertretender Vorsitzender Generalmajor z. D. Rogge (Wernigerode) zur Seite steht. Dem vorläufigen Vorstand gehören weiter an die Abgeordneten Graf von der Gröben, Landrat Schulze-Pelkum, Graf Guidotto Henckel-Donnersmarck, Freiherr v. Meerscheidt-Hüllessem (Rügen) und Kommerzienrat Eschenbach (Berlin).

Wem die Namen der Vorstandsmitglieder, denen die berüchtigten borussischen Reaktionäre Graf von der Gröben, Schulze-Pelkum usw. angehören, noch nicht genug gesagt hätten, dem verriete ein Begrüßungs- und Verherrlichungsartikel des Preußenbundes in der „Kreuzzeitung“ Zweck und Absichten dieser junkerlich-scharfmacherischen Hilfstruppe. In dem erwähnten Artikel der „Kreuzztg.“ heißt es nämlich:

> Das sind die Grundgedanken, die zur Bildung des „Preußenbundes“ geführt haben. Wir Mitglieder des „Preußenbundes“ verlangen, daß an dem historisch herausgebildeten Charakter Preußens nicht gerüttelt wird. Wir lehnen für Preußen jeden frivolen Versuch ab, seine Verfassung im Geiste einer nivellierenden demokratischen Politik ändern zu wollen. Wir bekennen uns vielmehr zu einer organischen Staatskunst, welche die Rechte im Staate bemißt nach dem Maße der für diesen erfüllten Pflichten und gemachten Leistungen. Wir verlangen eine starke Krone und eine kraftvolle Regierung, welche dem Willen parlamentarischer Majoritäten nicht unterworfen sind. Wir treten endlich ein für ein monarchisches Heer, welches der ausschließlichen Kommandogewalt des Kaisers untersteht. Insbesondere wollen wir unsere ruhmvolle preußische Armee nicht nach englischem Muster zu einem Parlamentsheere machen lassen. Jedem Versuche, in das innere Leben der Armee von Parlaments wegen einzugreifen, einem Versuche, der heute wieder mit besonderer Leidenschaftlichkeit unternommen wird, treten wir mit Entschiedenheit entgegen.
>
> Heute, wo der deutsche Reichstag der demokratischen Zersetzung verfallen ist, beruht der Halt des Ganzen außer der Treue der Bundesfürsten wieder in erster Linie in dem festgefügten, kraftvollen preußischen Staate. Nicht ein Aufgehen Preußens in Deutschland, das sonst der Liberalismus immer im Munde führte, ohne sich klar zu machen, wie er sich dieses „Aufgehen“ eigentlich dachte, sondern eine kraftvolle Behauptung der preußischen Eigenart kann heute trotz allen Wehgeschreies der judo-liberalen Presse dem deutschen Vaterlande allein Heil bringen. Wir Mitglieder des „Preußenbundes“ erachten die Mission Preußens noch lange nicht für abgeschlossen und erfüllt, sondern sie besteht weiter und soll auch weiter fortwirken in unverminderter Kraft.

So schließen die preußischen Reaktionäre ihre Reihen, um jeden Fortschritt in Preußen und im Reiche zu bekämpfen. Und die „Liberalen“? Die Reden der Bassermann und Röchling sind die Antwort!

### Ein Vorstoß der badischen Scharfmacher.

Der Verband der südwestdeutschen Industriellen hat an die badische Regierung eine Denkschrift gerichtet, in der sich der Verband gegen die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung ausspricht. Die badische Regierung hat bisher den wiederholt ausgesprochenen Wunsch des badischen Landtags, es mögen 100 000 M.

zwecks Einführung einer Arbeitslosenversicherung in den Staatsvoranschlag eingestellt werden, einfach ignoriert, auch im Voranschlag für 1914/15 kommt sie diesem Verlangen nicht nach. Die Scharfmacher können also mit der bisherigen Haltung der Regierung zufrieden sein. Sie befürchten aber ein Umschwenken der Regierung, da der Landtag wegen der Nichtachtung seines einmütig ausgesprochenen Wunsches mit ihr sofort ins Gericht gehen wird, und hoffen daher, mit ihrer Denkschrift der Regierung das Rückgrat zu stärken.

### Schutz vor Schutzleuten.

Mit einem neuen schweren Fall von Mißbrauch des Amtes durch einen Polizeisergeanten hatte sich das Landgericht Beuthen O.-S. zu beschäftigen. Diesmal hat das Gericht aber ausnahmsweise fest zugegriffen, denn es verurteilte den Polizeisergeanten Kaluza aus Beuthen zu neun Monaten Gefängnis. Es hat mit diesem Urteil bestätigt, daß der Ruf nach „Schutz vor Schutzleuten" durchaus seine Berechtigung hat. Die Ursache zur Verurteilung ist folgende:

Am 7. Oktober vorigen Jahres betrat der Gerichtsdiener Hubrich ein Lokal in Beuthen, in dem der Polizeisergeant Kaluza schon saß. Da beide in Uniform waren, glaubte der Gerichtsdiener mit dem Polizeisergeanten ein freundschaftliches Gespräch anknüpfen zu können. Damit fand er aber bei diesem nicht nur keine Gegenliebe, sondern wurde sogar noch beschimpft. Schließlich kam es zum Wortwechsel zwischen den beiden, dem der Wirt dadurch ein Ende machte, daß er den Gerichtsdiener aus dem Lokale wies. Kaum hatte dieser den Hausflur erreicht, als auch schon Kaluza hinter ihm herkam, sein Schließzeug aus der Tasche zog, seinen Kollegen von der Justiz fesselte und nach der Wache transportierte. Der Transport erregte großes Aufsehen, zumal der Gefesselte in seiner Gerichtsdiener-Uniform war. Vergeblich ersuchte der Gefesselte, ihm doch die Fesseln abzunehmen, mit dem Erfolge, daß diese immer fester angezogen wurden, so daß er vor Schmerzen laut aufschrie. Dafür erhielt er einen schweren Faustschlag ins Gesicht und auf der Polizeiwache noch einen, weil er keine „militärische Haltung" eingenommen hatte. Dann wurde Hubrich, nachdem ihm alle Wertgegenstände abgenommen waren, in die Zelle gestoßen, aus der er nach dreiviertelstündigem Aufenthalt mit Hilfe eines anderen Polizisten entlassen wurde. Das ärztliche Attest, das sich Hubrich gleich nach seiner Freilassung ausstellen ließ, stellte Verletzungen der Knochen und der Sehnen an den Handgelenken und außerdem mehrere lose Zähne, Folgen der Faustschläge, fest.

Mit Rücksicht darauf, daß der angeklagte Polizeisergeant sich bei Ausführung der Tat gar nicht einmal im Dienst befand, sondern seinen vierzehntägigen Urlaub hatte, ging das Gericht über die vom Staatsanwalt beantragten 6 Monate hinaus und erkannte wegen unbefugter Festnahme, gefährlicher Körperverletzung und öffentlicher Beleidigung auf 9 Monate Gefängnis. Der Verurteilte ist wegen Amtsvergehens schon einmal vorbestraft.

### Nochmals die „Friedrich Wilhelm".

Die Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft „Friedrich Wilhelm" sendet uns als Antwort auf die von uns in der letzten Sonntagsnummer veröffentlichte Zuschrift des Genossen Dr. Eulert folgende sogenannte Berichtigung:

Auf die Zuschrift des Herrn Dr. Eulert erklären wir berichtigend:

1. Es ist unwahr, daß die Direktion der „Friedrich Wilhelm" „von der Tätigkeit des Herrn Dr. Eulert für Partei und Gewerkschaft" etwas erfahren hat;

2. es ist unwahr, daß sie Herrn Dr. Eulert „durch einen ihrer Beamten mitteilen ließ, er könne denken, was er wolle, irgend welche Verhetzung der Angestellten im Bureau würde jedoch seine Entlassung zur Folge haben";

3. es ist unwahr, daß die „Friedrich Wilhelm" den von Herrn Dr. Eulert zitierten Brief oder aber andere, diese Angelegenheit betreffende Briefe an Herrn Geheimrat Kapp geschrieben oder daß sie — wie wir schon jetzt erklären wollen — ein solches Schreiben veranlaßt hat;

4. es ist unwahr, daß die Direktion der „Friedrich Wilhelm" auf Schleichwegen oder überhaupt auf irgend einem Wege erfahren hat, daß Herr Dr. Eulert in Stettin organisiert gewesen ist;

5. es ist unwahr, daß die Direktion der „Friedrich Wilhelm" es „so geschoben" hat, daß man Herrn Dr. Eulert ermitteln konnte.

Wir haben jetzt erfahren, daß Herr Dr. Eulert niemals aus seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei ein Hehl gemacht, daß er insbesondere auch mit unseren Beamten häufig darüber gesprochen hat und daß das in unserer Beamtenschaft seinerzeit viel erörtert worden ist. Die politische Gesinnung des Herrn Dr. Eulert war also vielen Leuten — auch außerhalb des Kreises unserer Beamten — bekannt geworden, daß es nicht auffallen kann, wenn diese Kenntnis auch in das Bureau des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten gelangt ist.

## Die Sozialisten in der bulgarischen Kammer.

Sofia, den 13. Januar.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der schon begonnenen Protestbewegung war die Regierung gezwungen, die Kammer endlich für eine außerordentliche Session einzuberufen. Sie hat absichtlich den Termin für die ordentliche Session verstreichen lassen und die außerordentliche Session erst fünf Tage vor Weihnachten (russischer Zeitrechnung) angesetzt; sie hoffte, es werde ihr gelingen, in diesen fünf Tagen das Budget wenigstens für die nächsten zwei Monate durchzubringen, und dann auf Grund ihres formellen Rechtes die Sitzungen für zwei Monate vertagen zu können. Im Laufe dieser Zeit würde sie wahrscheinlich die Kammer aufgelöst und dadurch die Möglichkeit erlangt haben, das Land ein halbes Jahr ohne Parlament zu regieren und den ihr günstigen Verlauf der neuen Wahlen vorzubereiten.

Die Einzelheiten bei der Eröffnung der neuen Kammer sind für die Situation in Bulgarien überaus charakteristisch. Die Regierung und der Hof verzichteten von vornherein auf das übliche höfische Zeremoniell; kein Kanonensalut während des Einzuges des Königs in die Sobranje, kein feierlicher Zug des Königs im Paradewagen, keine Truppenspaliere auf dem Wege zum Parlament, kein Hurrageschrei. Der Tag der Eröffnung des bulgarischen Parlaments war einer der schwersten für den bulgarischen Monarchismus. Auf dem Wege vom Schloß zum Parlament stand außer den öffentlichen und geheimen Polizeiagenten fast kein anderes Publikum. Die Galerien der Sobranje waren fast überfüllt, aber auch dort bemühte sich die Vorsehung des Chefs der öffentlichen Sicherheit, alle Plätze nur mit Damen und verkleideten Agenten zu besetzen. Dieser Umstand zeigt zur Genüge, wie groß das Mißtrauen der Regierung und des Königs gegen das Volk ist. Noch weniger vertrauen sie der Armee, die einst die Hauptstütze des Throns und aller reaktionären Regierungen war. Und deshalb fehlte diesmal auch das Militär. Finsteres Wetter, düstere Stimmung in der Regierung, Bestürzung und Angst in den Hofkreisen, beinahe ein Trauerzug des Königs zur Eröffnung der Sobranje, deren Mehrheit ihre feindselige Stimmung gegen den König und seine Regierung nicht verheimlichte. Daß der König während der Thronrede sich mit den Mitgliedern seiner Familie umgab, wahrscheinlich um an das Mitleid zu appellieren, konnte die Stimmung nicht ändern.

Bei dem Eintritt des Königs in den Saal ertönte, bevor die Regierungsabgeordneten ihn mit Begrüßungsrufen empfangen konnten, der Protest der sozialdemokratischen Fraktion: Weg mit der Monarchie! Es lebe die Republik! In diesem Rufe einigten sich nach zehnjährigem Streit und gegenseitiger Feindschaft die beiden Fraktionen der bulgarischen Sozialdemokratie. Ohne jegliche Uebereinkunft verließen alle 38 Sozialisten nacheinander den Saal, während der 37. die Thronrede mit folgenden Worten unterbrach: „Vor dem noch rauchenden Blute von 6000 bulgarischen Bürgern, die zugrunde gingen dank der verbrecherischen Politik des Monarchismus, protestiert die bulgarische Sozialdemokratie mit dem Rufe: Weg mit der Monarchie! Es lebe die Republik!"

Der Eindruck dieser kühnen Demonstration der bulgarischen Sozialisten war sowohl im Parlament als auch außerhalb ein ungeheurer. Der König wurde blaß und brachte kaum seine Rede zu Ende. Er beeilte sich, fortzukommen und verließ den Saal unter der stummen Demonstration der im Saal gebliebenen Opposition, die zum größten Teil aus Bauernbündlern bestand.

Diese Szenen zeigen, wie tief die Aktien des Monarchismus gefallen sind; der Kampf gegen den Monarchismus wird innerhalb und außerhalb des Parlaments immer populärer und die republikanische Losung gewinnt immer größere Bedeutung. Und wenn der zehnjährige Kampf in den Reihen des bulgarischen Proletariats nicht zwei einander schwächende feindselige Fraktionen geschaffen hätte, so könnte sehr leicht bei der gegenwärtigen völligen Desorganisation aller bürgerlichen Parteien und bei der antimonarchistischen Stimmung der Armee nach dem Kriege die Liquidation des monarchistischen Regimes in Bulgarien erreicht werden. Aber die Zwietracht in der sozialistischen Partei hindert das bulgarische Proletariat, sich an die Spitze der republikanischen Bewegung zu stellen, und dient ungewollt auch der Reaktion bei der Befestigung des persönlichen Regimes und des Monarchismus.

*

**Sofia, 13. Januar. Die Sobranje ist aufgelöst worden.**

Die Auflösung erfolgte nach neunstündiger Sitzung, während derer die Gruppen der Opposition aus verschiedenen Gründen die Annahme der zwei provisorischen Budgetzwölftel ablehnen zu müssen erklärten. Ministerpräsident Radislawow verlas um Mitternacht den Auflösungserlaß, der mit der Arbeitsunfähigkeit der Kammer begründet ist.

## Ungarn.

### Sturmszenen im Abgeordnetenhaus.

**Budapest**, 14. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es zu großen Lärmszenen. Die Opposition war nämlich äußerst erregt darüber, daß der Immunitätsausschuß wegen verschiedener Vorfälle in der gestrigen Sitzung für heute einen Bericht vorbereitet hatte, worin dem Abgeordnetenhause äußerst drakonische Strafen für einige Abgeordnete vorgeschlagen werden. Unter großer Erregung des Hauses wurde die Sitzung eröffnet. Zu Beginn der Sitzung rief der Präsident den Ministerpräsidenten Tisza zur Ordnung, weil er in seiner gestrigen Rede nach einer Rede des Abg. Vazsonyi die Oppositionellen „Abenteurer und Desperados" genannt hatte. Der Ordnungsruf wurde von der Opposition mit großem Lärm aufgenommen, und es wurde dem Präsidenten zugerufen: „Warum haben Sie gestern dem Ministerpräsidenten nicht den Ordnungsruf erteilt?" Es dauerte lange Zeit, ehe sich der Lärm legte. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte der Immunitätsausschuß, daß wegen der gestrigen Vorfälle drei Abgeordnete von 15 und einer von 45 Sitzungstagen ausgeschlossen werden sollen. Die Opposition nahm diesen Antrag mit stürmischen Protestrufen auf und rief: „Das stenographische Protokoll wurde gefälscht." Graf Julius Andrassy ergriff das Wort und sagte u. a., der Präsident habe den Ministerpräsidenten nachträglich zur Ordnung gerufen, weil er sich inzwischen vergewissert habe, daß der Ministerpräsident ihm deshalb nicht zürnen werde. Graf Andrassy wurde zur Ordnung gerufen, und als er seine Bemerkung wiederholte, zum zweiten Male. Ministerpräsident Graf Stephan Tisza begründete hierauf die Urteile des Immunitätsausschusses. Er wurde von der Opposition wiederholt durch lärmende Protestrufe unterbrochen, weshalb mehrere Abgeordnete zur Ordnung gerufen und zwei Abgeordnete an den Immunitätsausschuß verwiesen wurden. Nachdem der Ministerpräsident geschlossen hatte, forderte der Vorsitzende die ausgeschlossenen Abgeordneten, darunter den Grafen Michael Karolyi, auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Die Abgeordneten leisteten dieser Aufforderung nicht Folge, weshalb der Präsident die Sitzung suspendierte. Während der Pause erschien die Parlamentswache und forderte die drei Abgeordneten auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Da sie sich weigerten, erteilte der Kommandant mehreren Soldaten der Wache den Befehl, die drei Abgeordneten aus dem Saale zu entfernen. Nun ergaben diese sich in ihr Schicksal und verließen in Begleitung der Wache den Saal. Die Opposition brachte den ausgeschlossenen Abgeordneten dabei demonstrative Ovationen dar.

## Frankreich.

### Briands Programm.

**Paris**, 14. Januar. Die Vereinigung der Linken hielt gestern abend eine Plenarversammlung ab, an der u. a. Briand, Millerand, Barthou, Etienne, Pichon und Dupuy teilnahmen. Die Versammlung nahm eine an die Wähler gerichtete Erklärung an, welche als Parteiprogramm folgende Punkte aufzählt: Laienschule, Gewissensfreiheit, Schutz des Rechtes und der Sicherheit aller Bürger, Garantie der nationalen Unabhängigkeit und Würde, Wahlreform ohne für die Republik gefährliche Gruppenbildungen, Entwickelung des seit zwanzig Jahren in Angriff genommenen Werkes der Demokratie, eine Steuerreform, die den Grundbesitz entlastet, ohne die produzierenden Stände des Landes zu beunruhigen. Die Statuten der Vereinigung legen ihren Anhängern die Verpflichtung auf, an die erste Stelle alle Fragen betreffend die Verteidigung des Landes, die Zukunft der Nation und die Ausdehnung des französischen Einflusses in der Welt zu stellen, die Laienschule zu verteidigen und alle Kräfte anzuwenden, um die Schäden des parlamentarischen Regimes auszumerzen.

### Ein Attentat.

**Paris**, 14. Januar. Heute vormittag wurde in der Wohnung des Führers der „Radikalen türkischen Partei", des Generals Scherif Pascha, ehemaligen türkischen Gesandten in Stockholm, ein Mordanschlag verübt. Ein junger Mensch erschien daselbst und verlangte dringend, von Scherif Pascha empfangen zu werden. Der Kammerdiener Scherifs verweigerte dies, worauf der junge Mann einen Revolver auf ihn abfeuerte und ihn verwundete. Infolge des Knalles eilte der Schwiegersohn Scherif Paschas, Salil, herbei und tötete mit einem Revolverschuß den Angreifer, dessen Identität bisher nicht festgestellt worden ist. Es handelt sich allem Anschein nach um ein politisches Attentat. Scherif Pascha gibt hier seit einigen Jahren eine Zeitschrift unter dem Titel „Mescherutiette" heraus, in welcher das jungtürkische Komitee für Einheit und Fortschritt auf das heftigste befehdet wurde. Scherif Pascha ist übrigens vor Jahresfrist von der jungtürkischen Regierung in contumaciam zum Tode verurteilt worden.

**Paris**, 14. Januar. **Scherif Pascha erklärte einem Berichterstatter, es handle sich bei dem auf ihn verübten Anschlag um ein rein politisches Verbrechen**, und er sei überzeugt, daß der Anschlag **von der türkischen Regierung angestiftet** worden sei. Er glaube, daß der Anstifter des Attentats der gegenwärtige Großwesir Said **Halim** sei, der leibliche Bruder seiner Gattin, der Prinzessin Emineh von Aegypten.

## Rußland.

### Das Marthrium der Arbeiterpresse.

Die fortgesetzten Verfolgungen der Arbeiterpresse in Rußland bilden eine ständige Rubrik der Tageschronik. Täglich werden Strafen und Konfiskationen über die beiden in der Hauptstadt erscheinenden Arbeiterblätter verhängt. In der Provinz jedoch wird schon die Gründung von Arbeiterblättern im Keime erstickt. So hörten wir kürzlich aus dem Kaukasus, daß die gesamte Redaktion und Expedition eines neugegründeten Arbeiterblattes ins Gefängnis gewandert ist. Noch schlimmer haust die Polizei in Odessa. Dort wurde vor einiger Zeit das Arbeiterblatt „Odeski Kurjer" unterdrückt und die „der Teilnahme an der Redaktion verdächtigen" J. Bograd und W. Stepanek nach den wüstesten Verbannungsorten Sibiriens deportiert. (Stepanek wurde am Tage der Deportation als entflohener Verbannter „entlarvt" und ist nun zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden!) Ferner wurde N. Dolgolew nach dem Gouvernement Perm verbannt. Seit der Unterdrückung des oben genannten Blattes wurden mehrfache Versuche gemacht, ein Wochenblatt zu gründen. Aber alle Versuche führten zu neuen Verhaftungen und Deportationen. So wurden kürzlich unter dem Verdacht, ein Arbeiterblatt gründen zu wollen, drei Arbeiter auf drei Jahre nach dem Gouvernement Olonetzk verbannt und fünf Arbeiter aus Odessa ausgewiesen!

# Letzte Nachrichten.

### Der Streik in Südafrika.

**London**, 14. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung erklärte der Südafrikanische Gewerkschaftsbund, nachdem die Arbeiter **mit großer Mehrheit** dafür gestimmt hatten, den **Generalstreik**. Nach Bekanntwerden der Abstimmung proklamierte darauf **die Regierung das Kriegsrecht**. Die Brotversorgung ist seitens des Gewerkschaftsbundes unter den Streikenden organisiert worden. Auch sind die Arbeiter entschlossen, unter allen Umständen die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Ein hervorragender Arbeiterführer Südafrikas erklärte gestern einem Korrespondenten der „Central News":

**„Alles, was wir zu tun haben, ist, Frieden zu erhalten, und deshalb bilden wir eine eigene Polizei. Damit hoffen wir, das Militär zur Untätigkeit zu verdammen. Diese Gedanken bilden das Wesen unserer Taktik."**

In unterrichteten Kreisen heißt es, daß man die Bürgerwehr nur dadurch so schnell auf die Beine gebracht hat, daß man den Buren erzählte, daß es sich um einen Aufstand der Eingeborenen handelte.

**Kapstadt**, 14. Januar. (W. T. B.) Die Straßenbahnen waren heute vormittag in Betrieb, doch waren **die Motorführer übereingekommen, die Arbeit niederzulegen**, wenn ein Ruf an sie ergehen sollte. Der vom Gewerkschaftsverband angeordnete Streik der Bergarbeiter bezieht sich vorläufig nur auf Transvaal und den Oranje-Freistaat. Dem Vernehmen nach wird der Gewerkschaftsverband der Kap-Provinz je nach den Umständen den Streik anordnen oder nicht.

**Johannesburg**, 14. Januar. Wie vor einigen Tagen, so **scheiterte auch heute ein Versuch der Polizei, den Sekretär des Gewerkschaftsverbandes Bain festzunehmen**, an dem Widerstand der Streikenden. Ein während dieses Widerstandes abgefeuerter Schuß soll nach den einen von den Streikenden in dem Gewerkschaftshaus, nach den anderen von der Polizei abgefeuert worden sein. Infolge dieses Vorganges wächst die Spannung. **Das Gewerkschaftshaus ist verbarrikadiert.** In **Benoni** hat heute vormittag die Volksmenge **zwei Verhaftete gewaltsam befreit**, die Lage ist ernst.

**Johannesburg**, 14. Januar. (W. T. B.) Eine große Volksmenge, die vor dem Gewerkschaftshaus eine Kundgebung veranstaltete und eine drohende Haltung annahm, wurde **von der Polizei mit dem Bajonett auseinandergetrieben**, wobei zwei Personen verletzt wurden. Das Kriegsrecht wird streng durchgeführt. Die Bürger sind gehalten von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh in ihren Häusern zu bleiben. Niemand darf ohne besondere Erlaubnis die Stadt betreten oder verlassen. Patrouillen von Bewaffneten durchziehen beständig die Straßen.

### Das Drama auf Sakuraschima.

**Tokio**, 14. Januar. (W. T. B.) Der Kapitän des japanischen Kreuzers „Tone" meldet drahtlos, daß in **Kagoschima niemand am Leben geblieben** sei. Ein Schiff, das nach dem ersten Ausbruch des Vulkans 307 Flüchtlinge an Bord nahm, soll während des zweiten Ausbruches gesunken sein.

**Nagasaki**, 14. Januar. (W. T. B.) Nach drahtlos übermittelten Berichten eines Kriegsschiffes ist die Stadt **Kagoschima 15 Fuß hoch mit Asche bedeckt.** 600 Häuser sind eingestürzt. Die Insel **Sakuraschima ist dem Verderben preisgegeben; sie ist in** Rauchwolken gehüllt, durch welche Flammengarben zucken.

### Eine gute Nachricht vom „Cobequid".

**St. John (Neu-Braunschweig)**, 14. Januar. (W. T. B.) Der hier im Hafen liegende Dampfer „Royal George" hat von dem gestrandeten Dampfer „Cobequid" einen drahtlosen Hilferuf S — O — S (Save our souls) aufgefangen. Daraus geht hervor, daß sich **das Schiff zu dieser Zeit noch über dem Wasser befand.** Alle Anstrengungen, die Lage des Schiffes festzustellen, sind bisher vergebens gewesen.

**Yarmouth (Neu-Schottland)**, 14. Januar. (W. T. B.) Der Dampfer „Cobequid" wurde auf den Trinityklippen gesichtet. Als der Nebel sich lichtete, wurde bemerkt, daß der größere Teil des Schiffsrumpfes über das Wasser hinausragte. Sturzwellen überfluten den Dampfer, so daß Teile der Schiffsladung an Land getrieben werden. **Man nimmt an, daß die Passagiere sich am Leben befinden.**

### Beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

**Rastatt**, 14. Januar. (W. T. B.) Heute nachmittag fuhr ein **neunjähriges Kind** beim Schlittschuhlaufen in die Murg und **ertrank.** Der Stiefvater, der zu Hilfe eilen wollte, geriet **in Lebensgefahr und konnte nur mit großer Mühe gerettet werden.**

# A. Wertheim — Heute billige Lebensmittel

## Fleisch

**Schinken** im ganzen .. Pfund 80 Pf.
**Schweinekotelettes** Pfund 1.00
**Kamm und Schuft** Pfund 95 Pf.
**Schweinebauch** .. Pfund 70 Pf.
**Liesen** ..... Pfund 65 Pf.
**Rückenfett** ..... Pfund 55 Pf.

**Austral. Hammelfleisch**

**Keule** im ganzen .... Pfund 85 Pf.
**Rücken** im ganzen ... Pfund 70 Pf.
**Dicke Rippe** ..... Pfund 70 Pf.
**Dünnung** ..... Pfund 60 Pf.
**Kotelettes** ..... 2 Stück 25 Pf.

## Wurstwaren

**Rollschinken** ca. 6–8 Pfd., Pfd. 1.45
**Schinkenspeck** in Stücken, von 1½ bis 4 Pfund ... Pfund 1.20
**Magerer Speck** .. Pfund 90 Pf.
**Fetter Speck** ..... Pfund 80 Pf.

*Aus eigener Wurstfabrik:*

**Landleberwurst** .. Pfund 90 Pf.
**Pastetenleberwurst** Pfd. 1.15
**Jagdwurst** ..... Pfund 1.10
**Teewurst** ..... Pfund 1.25
**Rotwurst** .... Pfund 55, 75 Pf.

## Geflügel

**Gänseklein** mit Magen Stück 75 Pf.
**Gänsekeulen** ..... Stück 68 Pf.
**Gänseleber** ..... Pfund 1.60
**Gänseliesen** ..... Pfund 1.20
**Gänsehautfett** ... Pfund 85 Pf.
**Gänsedarmfett** ... Pfund 80 Pf.
**Gänsestückenfleisch** Pfd. 65 Pf.
**Gänsebrust** am Knochen Pfd. 1.10
**Suppenhühner** Stck. 1.65 bis 2.70
**Brathühner** .. Stück 1.65 bis 2.70
**Poulets** ..... Stück 2.30
**Poulets** gefroren .... Stück 1.40
**Haselhühner** ..... Stück 1.20
**Birkwild-Hähne** .. Stück 2.90
**Birkwild-Hennen** . Stück 1.80
**Schneehühner** Stück 95 Pf.

## Fische

**Kabeljau** ohne Kopf in ganzen Fischen .... Pfund 25 Pf.
**Seelachs** ohne Kopf in ganzen Fischen .... Pfund 25 Pf.
**Schellfisch** 2 bis 4 Pfund .. 35 Pf.
**Goldbarsche** .... Pfund 25 Pf.
**Tarbutt** ..... Pfund 45 Pf.
**Zander** ..... Pfund 70 Pf.
**Tafelachs** in ganz. Fischen Pfd. 45 Pf.
**Leb. Karpfen** Pfd. 85 Pf. u. 1.00
**Lebende Schleie** .. Pfund 1.15
**Lebende Forellen** Pfund 1.90
nur Leipziger Str.

## Obst ▫ Gemüse

**Apfelsinen** Dtz. 25, 35, 45, 55 Pf.
**Amerikaner Aepfel** Pfd. 30 Pf.
**Maschanska-Aepfel** 2 Pfd. 35 Pf.
**Kochäpfel** ..... Pfund 15 Pf.
**Blumenkohl** Kopf 15, 20, 25 Pf.
**Rosenkohl** ..... 2 Pfund 35 Pf.
**Grünkohl** ..... 3 Pfund 20 Pf.
**Rhabarber** ..... Bund 5, 10 Pf.
**Franz. Artischoken** Stück 25 Pf.
**Rot- u. Wirsingkohl** Pfd. 6 Pf.

**Blutapfelsinen** Dtz. 38 Pf.
**Mandarin.** Pfd. 20 Kiste 25 St. 83 Pf.
**Bananen** .... Pfund 23 Pf.
**Weißkohl** ... Pfund 3 Pf.

**Koch- u. Backbutter** Pfd. 1.10, 1.18
**Tisch-Butter** Pfd. 1.28 ½-Pfd.-Pak. 64 Pf.
**Tafel-Butter** Pfd. 1.36 ½-Pfd.-Pak. 68 Pf.
**Gänseschmalz** ..... Pfund 95 Pf.
**Sprott** Pfd. 70 Pf. **Lachsbückl.** 3 St. 25 Pf.
**Goldfische** geräuchert ... 2 Stück 25 Pf.
**Sprottbücklinge** ..... Pfund 55 Pf.
**Ahlbecker Flundern** . Pfund 80 Pf.

# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 15. Januar 1914.

Anfang 6 Uhr.

**Eines Palast am Zoo.** Variété-Lichtspiele.

Anfang 6½ Uhr.

**Eines Rollendorf-Theater,** Variété-Lichtspiele.

Anfang 7 Uhr.

**Opernhaus.** Parsifal.
**Deutsches.** König Lear.

Anfang 7½ Uhr.

**Kgl. Schauspielhaus.** Wilhelm Tell.
**Lessing.** Pygmalion.
**Königgrätzer Straße.** König Richard III.
**Zirkus Busch.** Galavorstellung.
**Zirkus Schumann.** Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Mit Ballon und Flugzeug über Berg und Tal.
**Kammerspiele.** Die Pariserin.
**Deutsches Schauspielhaus.** Wer zuletzt lacht.
**Deutsches Opernhaus.** Zar und Zimmermann.
**Lustspielhaus.** Die spanische Fliege.
**Montis Operetten.** Die verbotene Stadt.
**Deutsches Künstler-Theater.** Schirin und Gertraude.
**Schiller O.** Weh dem, der lügt.
**Schiller Charlottenburg.** Meyers.
**Theater am Nollendorfplatz.** Freddy und Teddy.
**Theater des Westens.** Polenblut.
**Berliner.** Wie einst im Mai.
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.
**Rieses.** Lettchen Gebert.
**Trianon.** Anatoles Hochzeit.
**Thalia.** Die Tangoprinzessin.
**Residenz.** Hoheit — der Franz.
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Kinokönigin.
**Rose.** Der Schürzenjäger.
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.
**Herrnfeld.** Was sagen Sie zu Leibusch?
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.
**Wintergarten.** Spezialitäten.
**Apollo.** Der Stolz der 3. Kompagnie.

Anfang 8½ Uhr.

**Luisen.** Deines Bruders Weib.
**Walhalla.** Tangofieber.
**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.
**Folies Caprice.** Der Kuckuck. Manöverschwindel. Die Samuels.

Anfang 8½ Uhr.

**Neues Volkstheater.** Der Kaiserjäger.

Anfang 9 Uhr.

**Berliner Eispalast.** Eissport.
**Eines Rollendorf-Theater.** Variété-Lichtspiele.

**Sternwarte,** Invalidenstr. 57–62

---

**Schiller-Theater O.** Bauner-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Weh' dem, der lügt.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **König Lear.**

**Schiller-Theater** Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Meyers.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Weh' dem, der lügt.**
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: **Zopf und Schwert.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Meyers.**

**Deutsches Schauspielhaus** Abds 8 Uhr: Wer zuletzt lacht!

**Theater am Nollendorfplatz 5.**
Abends 8 Uhr: **Freddy und Teddy.**

---

**Theater in der Königgrätzer Straße**
Abends 7½ Uhr:
**König Richard III.**

**Komödienhaus.**
Abends 8 Uhr:
**Hinter Mauern.**

**Berliner Theater.**
**Wie einst im Mai.**

**Theater des Westens.**
8 Uhr: **Polenblut.**
Sdd. 4 U.: Das tapfere Schneiderlein.
Sonnt. nachm. 3½ Uhr: Gräfin Fifi.

8 Uhr **Residenz-Theater** 8 Uhr.
**Hoheit — der Franz!**
Musikalische Groteske in 3 Akten von Artur Landsberger und Willi Wolff. Musik von Robert Winterberg.
Morgen u. f. Tage: **Hoheit - der Franz!**
Sonntagnachm.: **Schlafwagenkontrol.**

**Deutsches Künstlertheater**
**Soziletät.**
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Donnerstag, 8 Uhr:
**Schirin und Gertraude.**
Freitag, 8 Uhr:
**Schirin und Gertraude.**

**ROSE-THEATER**
Große Frankfurter Str. 132.
**Der Schürzenjäger.**
Anfang 8 Uhr:
Freitag: **Der Schürzenjäger.**
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: **Schneewittchen.** Abds. 8 Uhr: Zum 25. Male: **Der Schürzenjäger.**

**WINTER GARTEN**
Yvette. Robert Steidl. Willi Pantzer Co. Hau-Ping-Chien-Truppe. Paris-Trio. Charlene u. Charlene. Farben-Ballett. Wysto u. Whyss. Robert u. Robert. Bowden u. Stol.
**„Persien"**
**Ballettdivertissement**
Kostüme v. Paul Poiret, Paris.
**Rauchen gestattet!**

**APOLLO THEATER**
8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr.
**Riesen-Lachstürme!**
**Hartstein**
in
**Der Stolz d. 3. Kompagnie.**
Kommen! Sehen! Jubeln! und das gr. Januar-Progr. u. a. **Bernhard Mörbitz Oskar Schwarz** mit seinen 6 American Girls.
**Rauchen gestattet.**

---

**Freie Volksbühne**

Nächste Serie der Nachmittagsabteilungen und der Abteilungen 16—20 (vom 18. Januar ab) im:
**Neuen Volkstheater:** Gerh. Hauptmann
**Michael Kramer**
Drama in 4 Akten. — Regie: Edgar Lyche.

**Abendabteilungen:** Nächste Aufführung = **Courteline: Einakterabend.** =

**Ordnersitzung:** Sonnabend, den 17. Januar, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Saal III.
Das Erscheinen aller Ordner ist Pflicht, da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist. 244/1
**Der Vorstand.** In Vertr.: G. Winkler.

---

**Arbeiter-Bildungsschule.**
Sonntag, den 18. Januar 1914:
**23. Stiftungs-Fest**
in **Obiglos Festsälen,** Koppenstraße 29.
**Hans Sachs-Abend**
unter Mitwirkung erster Künstler.
**Vortrag** des Reichstagsabgeordn. **Eduard Bernstein: „Hans Sachs und seine Zeit."**
**Lieder zur Laute: Dr. Heinz Schall-Caspary.**
**Rezitationen: Hans Werder (Deutsches Theater).**
Zur Aufführung gelangen: 6/1*
1. **Das heiße Eisen.**
2. **Der tote Mann.**
3. **Das böse Weib** (mit Worten, Kräutern u. Steinen gutzumachen)
In Szene gesetzt von **Fritz Witte-Wild.**
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.
Nachdem: **Fest-Ball.**
**Billetts a 60 Pf.** sind in der **Schule,** Grenadierstr. 37, und in folgenden Geschäften zu haben: **Gottfr. Schulz,** am Kottbuser Tor; **Horsch,** Engelufer 15; **Reul,** Barnimstr. 42; **Vogel,** Lortzingstr. 37; **Kaczorowski,** Ravenéstr. 6; **Kuhring,** Jahnstr. 1; **Weihnacht,** Grünstr. 21; **Agthen,** Koppenstr. 33. **An der Kasse 75 Pf.**

---

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**
**Luisen-Theater.** Tägl. 8½ Uhr: **Deines Bruders Weib.** Schausp. in 6 Bild., 1 Vorsp. v. Ernst Bitterfeld u. Hedwig Courths-Mahler.
**Walhalla-Theater.** 8½ Uhr: Zum ersten Male: **Tangofieber.** Gr. Posse m. Ges. u. Tanz v. E. Urban.

---

**Brauerei Friedrichshain**

Täglich außer Sonnabends:
**Das stimmungsvollste**
**Bayr. Bockbier-Fest.**
Mittwochs u. Donnerstags:
**Elite-Tag.**

---

**„Clou"** :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
**Großes Doppel-Konzert!**
Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Gren.-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brase, und **Tegernseer und Zillerthaler Musikanten,** Dirig. Hans Starp.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Konzert der vereinigten Männer-Gesangvereine Borsigscher Männerchor „Harmonie" und Männerchor 1861!

---

**Zirkus Alb. Schumann.**
Heute Donnerstag, d. 15. Januar, abends 7½ Uhr:
**Gr. Gala-Sport-Vorstellung**
mit dem phänomenalen Januar-Programm bestehend aus
**10 vollständig 2 für Berlin neuen Attraktionen.**
Um 9½ Uhr:
Die neue große Ausstattung in 7 Bildern:
**„Tipp"**
der Derby-Favorit 1914.

**Trianon-Theater.**
Täglich abends 8 Uhr:
**Anatoles Hochzeit.**

**Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.**
Zum 280. Male:
**Die Kino-Königin**
Operette in 3 Akten.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr: **Die Haubenlerche.**

**Metropol-Theater.**
Abends präzise 7 Uhr 55:
**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

**Casino-Theater**
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
**Nur noch bis Donnerstag, den 15. Januar:**
**Ferdinand der Tugendhafte.**
Freitag, 16. Jan., zum 1. Male: **„Die alte Weberin".**
Sonnt. 4 U.: **Geheimnisse v. New York**

**Folies Caprice.**
Anfang präzise 8½ Uhr
**Der Kuckuck.**
**Manöverschwindel.**
**Die Samuels.**

**Concordia-Festsäle**
**64 Andreasstrasse 64**
Jeden Donnerstag u. Sonntag:
**Soiree der Hoffmann-Sänger**
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorausgkart. haben Gültigkeit

---

**URANIA**
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr.
**Mit Ballon und Flugzeug über Berg und Tal.**

**Zirkus Busch.**
Heute Donnerstag, 15. Januar, abends 7½ Uhr:
**Die neuen großen Januar-Attraktionen.**
U. a.:
**Marino,** der Bezwinger des Autos.
**Novellos Dressur-Akt „Im Kindergarten".**
Baronin **M. Sadaja,** Schulreiterin.
**3 Renards,** Gymnast. Luft-Akt.
Zum Schluß:
**„Pompeji".**
Orig. Ausstattungs-Pantomime des Zirkus Busch in 5 glänz. Akten.

**Berliner Prater-Theater**
Kastanien-Allee 7/9.
Donnerstag, den 15. Januar 1914:
**Gastspiel des Voigt-Theaters.**
**Der Herr Senator.**
Lustspiel in 3 Akten von Schönthan und Kadelburg.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8½ Uhr.

**Passage-Panoptikum.**
Der **unersättliche**
**Froschschlucker.**
Halbstündlich eine Mahlzeit lebender Fische und Frösche.
**Cols Experimente:**
**Aus dem Jenseits**
**Lebend!**
**Ohne Extra-Entree.**

**Reichshallen-Theater**
**Stettiner Sänger**
Neu: **No. 13!**
Urkomische Burleske.
Anfang 8 Uhr.

Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßig. Preisen:
**Eine Hochzeit in der Müllerstraße.**

---

**Neue Welt.**
**Arnold Scholz.** **Hasenheide 108/114.**
**Heute Donnerstag, den 15. Januar:**
**Elite-Tag!**
**Braten zweier ganzen Schweine**
Portion 90 Pf. Zuschnitt 9 Uhr.
**Im neuen Saale: Großer Ball.**
**Anfang 7 Uhr.** **30 bayr. Mad'l.**
**Entree 30 Pf.** **6 Kapellen.**

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

# Gewerkschaftliches.

## Die arbeitslosen Berliner Holzarbeiter.

Am Mittwochnachmittag veranstaltete die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes eine Versammlung der Arbeitslosen im großen Saale der Brauerei Friedrichshain. Bis auf den letzten Platz war der Saal gefüllt. Eine Menschenmenge, wie man sie nicht größer in einer stattlichen Volksversammlung sieht. Und das alles waren nur arbeitslose Holzarbeiter! Welche Fülle von Not und Elend sich in deren Reihen birgt, das zeigte der Verlauf der Versammlung.

In einem einleitenden Vortrage kennzeichnete Genosse Wermuth die im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft begründeten Ursachen der Arbeitslosigkeit und empfahl eine Resolution, welche die wiederholt von unserer Seite an Reich, Staat und Gemeinde gestellten Forderungen zur Linderung der Arbeitslosennot aufs neue erhebt.

Nach dem Referenten kam eine lange Reihe von Rednern aus den Reihen der Arbeitslosen zum Wort. Viele Wünsche wurden vorgetragen, von deren Verwirklichung sich die Arbeitslosen eine Hilfe in der Not versprechen. Von der Verbandsleitung wurde verlangt, daß sie den länger als sechs Wochen ausgesteuerten Arbeitslosen eine Notstandsunterstützung zuteil werden lasse. Wenn 1913 die große Aussperrung gekommen wäre — sagte ein Redner —, dann hätte die Verbandskasse größere Ausgaben gehabt als die geforderte Notstandsunterstützung kostet. Was nützen uns die sieben Millionen Verbandsvermögen — meinte ein anderer Redner —, wenn wir nichts davon haben. Eine Kleinigkeit davon könnte doch für uns abfallen, und wenn es eine Million wäre, dann blieben ja immer noch sechs Millionen übrig und der Not wäre ein wenig abgeholfen.

Weiter wurde Klage darüber geführt, daß viele Unternehmer bei Arbeitsmangel die Arbeiter „aussetzen“ lassen. Diese würden, da sie nicht als Arbeitslose gelten, nach einigen Wochen ohne Benutzung des Arbeitsnachweises von ihrem Arbeitgeber wieder eingestellt. Auf diese Weise bleibe so mancher Kollege Jahr und Tag in der Arbeit, während die Arbeitslosen auf dem Nachweis sitzen bleiben. Das sei eine Umgehung des Arbeitsnachweises. „Aussetzen“ müsse als Arbeitslosigkeit gelten.

Mehrere Redner schilderten die Not der Arbeitslosen. Viele Kollegen hätten bereits das letzte Hemd versetzt. Die bitterste Not herrsche in der Familie. In der Wohnung sehe es öde und traurig aus. Alles bis auf das allernotwendigste sei verkauft oder versetzt. Selbst der Steuerexekutor finde nichts mehr zum Mitnehmen. Mancher Kollege sei so weit, daß er sich sage, es bleibe ihm nichts weiter übrig, als zum Strick zu greifen. Im Hinblick auf diese drückende Not gaben einige Redner den Arbeitslosen den Rat, sie sollten sich nicht länger scheuen, die öffentliche Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Wenn so die Armenkassen bestürmt werden, dann würden die Behörden vielleicht endlich Mittel und Wege finden, um durchgreifende Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu treffen. —

Einige Redner wandten sich gegen die Ortsverwaltung mit kritischen Ausführungen, die Glocke als unzutreffend bezeichnete. Er führte aus, die Ortsverwaltung habe gegenüber der Arbeitslosigkeit getan, was sie tun konnte. Sie habe die Wünsche der Arbeitslosen berücksichtigt, wo immer es anging. Die Kritik erkläre sich ja aus der Mißstimmung der Arbeitslosen, die man wohl verstehen könne. Doch wichtiger sei es, sich über die wahren Ursachen der Krise klar zu werden, und an der Bekämpfung derselben mitzuwirken. Im übrigen werde den Wünschen der Arbeitslosen, soweit sie die Ortsverwaltung erfüllen könne, selbstverständlich Rechnung getragen.

Nach Schluß der regen Aussprache wurde die Resolution des Referenten einstimmig angenommen. Sie soll dem Reichstage und den städtischen Behörden zugeschickt werden. Dann wurde über eine Reihe von Anträgen aus der Versammlung abgestimmt. — Das Ergebnis waren die folgenden Beschlüsse:

Die Ortsverwaltung soll auf Abschaffung des Aussetzens hinwirken und mit den Unternehmern verhandeln wegen Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf 6 Stunden. (Ueber den letzten Punkt schweben bereits, wie Glocke bemerkte, Verhandlungen.)

Es soll alle vier Wochen eine Arbeitslosenversammlung einberufen und dazu ein Regierungs- und ein Magistratsvertreter, sowie ein Vertreter des Hauptvorstandes geladen werden.

Schließlich wählte die Versammlung eine Deputation von neun Mitgliedern, die beim Oberbürgermeister Wermuth vorstellig werden und ihn ersuchen soll, seinen Einfluß geltend zu machen, damit Arbeitsgelegenheit geschaffen, eventuell städtische Mittel zur Arbeitslosenunterstützung bewilligt werden.

## Deutsches Reich.

### Tariferneuerung in den Rauchwarenzurichtereien.

Die zwischen dem Deutschen Kürschnerverband und dem Arbeitgeberverband der Zurichtereibesitzer abgeschlossenen Tarifverträge für Leipzig, Hamburg und Berlin wurden durch die Arbeiter im September 1913 zum 31. Dezember gekündigt. Die Kündigung war erfolgt, um die neunstündige Arbeitszeit für Leipzig und Hamburg einzuführen, außerdem eine Erhöhung der Lohntabellen und bessere vertragliche Bestimmungen zu erzielen; in Leipzig und Hamburg betrug bisher die Arbeitszeit 9½ Stunden. Bei den Verhandlungen stimmten die Unternehmer einer Erhöhung der hauptsächlich in Betracht kommenden Löhne von 6 bis 10 Proz. zu, machten diese aber davon abhängig, daß die Gehilfen gewillt sein müßten, die Unternehmer im Kampfe gegen die Rauchwarenhändler und Schleuderer in der Weise zu unterstützen, daß die Gehilfen nur bei organisierten Unternehmern arbeiten, wohingegen sich die Unternehmer verpflichten, nur im Deutschen Kürschnerverband organisierte Gehilfen zu beschäftigen. Von diesem jetzt wieder verlangten gegenseitigen Organisationszwang, der ab 1909 bestand, waren die Unternehmer bei der Aussperrung 1911 zurückgetreten. Die bitteren Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben augenscheinlich die Zurichtereibesitzer belehrt, daß sie mit der damaligen Aussperrung und mit allem, was damit zusammenhängt, einen großen Fehler gemacht haben. Eine Verkürzung der Arbeitszeit lehnten die Unternehmer ab, unter Hinweis auf die stark ausgeprägte Saisonarbeit, die es mit sich bringe, daß nur die wenigste Zeit voll gearbeitet wird und in der Saison auch keine Ueberstunden gemacht werden. Mit einer Bestimmung, die besagt, daß die in den Lohntabellen vorgesehenen Preise zu bezahlen sind, gleichgültig, ob die Arbeiten von gelernten oder ungelernten Arbeitern verrichtet werden, erklärten sich die Unternehmer einverstanden; weiter waren sie damit einverstanden, daß in Zukunft der Vertrag nicht mehr am 31. Dezember, sondern am 15. Januar abläuft. Eine Versammlung in Leipzig, woselbst über 90 Proz. der in Betracht kommenden Gehilfen arbeiten, beschloß mit 194 gegen 119 Stimmen die Annahme der getroffenen Vereinbarungen. Der Vertrag wird für drei Jahre abgeschlossen. Die Abstimmungen für Hamburg und Berlin werden in den nächsten Tagen stattfinden. Die beteiligten Arbeiter hatten vor der Tarifkündigung beschlossen, bei einem eventuellen Kampfe die ersten 14 Tage auf jedwede Unterstützung zu verzichten und dann mit einer Unterstützung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung einverstanden zu sein.

### Eine empfindliche Seele.

Wegen Beleidigung hatte in Görlitz ein gewisser Schlosser Reimer vor dem Schöffengericht eine Geldstrafe von 5 M. wider einen Metallarbeiter Krämer erwirkt. Reimer war eines Tages mit einem Schlosser Lucas zur Arbeitsstelle gegangen. Als Krämer, der auf einem Rade angefahren kam, an den beiden vorbeifuhr, rief er dem Lucas scherzhaft zu: „Lucas, laß Dich nicht anfärben!“ Dadurch fühlte sich Reimer in den Augen seines Kollegen verächtlich gemacht, lief zum Kadi und erzielte die Bestrafung des „Schwerverbrechers“. Von der Berufungsinstanz wurde festgestellt, daß Reimer erst Mitglied des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins gewesen ist, später in eine freie Gewerkschaft übertrat, es jedoch dort auch nicht lange aushielt und schließlich im gelben Werkverein landete, dem er noch heute angehört. Die Strafkammer erblickte in dem scherzhaften Zuruf keine Beleidigung und sprach den Rufer Krämer frei.

**Beendigter Bergarbeiterstreik.** Siebzehn Wochen standen die Bergarbeiter der Braunkohlengrube „Gewerkschaft Freudenthal“ in Oberkaufungen im Streik. Die angebahnten Verhandlungen führten im Laufe der vorigen Woche zur Einigung zwischen Werksverwaltung und Belegschaft. Erstere willigte in eine Schicht- und Gedingelohnerhöhung für alle Arbeiter ein und wurde daraufhin die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die Streikenden — 90 Mann, von denen in den siebzehn Wochen auch nicht einer zum Verräter wurde —, sind sämtlich wieder eingestellt worden.

### Ein neues Organ der Gelben.

Am 10. Januar ist die erste Nummer der „Mitteldeutschen Rundschau“, Organ der Werkvereine in Frankfurt a. M. und Umgegend erschienen. Tausende von denkenden Arbeitern sollen nach der Ankündigung in Frankfurt sich zu den Prinzipien der Werkvereine bekennen. Der Inhalt der ersten Nummer ist, obgleich es sich um eine Doppelnummer handelt, recht dürftig. Außer zwei Aufsätzen zur Einführung in das Wesen oder richtiger Unwesen der Werkvereine enthält sie nur einen Rückblick auf das Jahr 1913, der im Kriegervereinsstil von den Angriffen auf Krupp und das Heer und über die Vorfälle in Zabern spricht. In den Einführungsartikeln soll den Lesern das Verderbliche des Kampfcharakters der freien Gewerkschaften und das warme Herz der Unternehmer für „ihre Arbeiter“ und ihre Liebe zur Sozialpolitik klargemacht werden. Arbeitern solche Kost zuzumuten, ist ein starkes Stück. Der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter kann trotz allen zeitweiligen Schwankens an dieser Art der Werkvereine keinen Gefallen finden.

# Der Kölner Polizeiprozeß.

Zu Beginn der Mittwochsitzung fehlt wieder ein Zeuge wegen Krankheit; die

**allgemeine Seuche,**

wie Verteidiger Heine bemerkt. Auf den Zeugen wird verzichtet. Wegen der schweren Erkrankung des Polizeiinspektors Landschultz konnte seine Vernehmung nicht durch eine Vereidigung geschlossen werden; das Protokoll über seine Vernehmung ist also nur eine Urkunde, nicht aber ein Beweismittel. Notgedrungen muß, um keine Vertagung eintreten zu lassen, auf Landschultz als Zeugen die Verteidigung verzichten.

Die kommissarische Vernehmung des Zeugen Hoffmann vom Ring-Café ergab das Eingeständnis der in seinem Lokal erfolgten Zechereien. Auf die Frage, ob er auch Geschenke an Inspektoren gegeben habe, verweigert der Zeuge die Aussage. (Allgemeine Bewegung.)

Der Zeuge Baugewerksmeister Jung begründet dann seine gestrige Aussage von den Sektgelagen und der Bemerkung Hoffmanns über seine guten Beziehungen, die ihm die Konzession für den Betrieb seiner Wirtschaft verschaffen würden.

Nacheinander treten dann die Beamten an, die vor dem Untersuchungsrichter die Aussage verweigerten. Der Kriminalschutzmann Quendt hat wiederholt Geld angenommen, aber nach seiner Behauptung für notwendige Auslagen.

Kriminalschutzmann Berger verweigert die Aussage darüber, ob ihm von Geschenken etwas bekannt sei. Er selber hat 15 M. einmal angenommen.

Kriminalschutzmann Wegener hat auch Belohnungen angenommen.

Kriminalschutzmann Hemperich meint, daß bei den kleinen Vigilanzgeldern die Schutzleute direkt auf die Annahme von Geschenken angewiesen seien, sonst könnten sie nicht erfolgreich arbeiten. Sie müßten

**Spitzel schmieren,**

um Angaben zu bekommen. Polizeirat Emmering habe die Rückerstattung von Auslagen mit der Begründung verweigert, daß er mit 3 M. einen ganzen Monat durch Köln laufe. (Große Heiterkeit.) Der Zeuge bestätigt, dem Publikum sei allgemein bekannt,

**man müsse bei Diebstählen den Beamten Geld geben.**

Kriminalschutzmann Ueberall verweigert die Aussage.

Kriminalschutzmann Rumor will gleichfalls Geschenke nicht angenommen haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, was denn geschehe, wenn der Bestohlene nichts hat, sagt der Zeuge:

**Ohne Geld sei nichts zu machen.**

Polizeipräsident: Der Polizeirat Emmering ist bei

# Kleines Feuilleton.

**Ein Kulturbringer.** Alfred Lichtwark, der Direktor der Hamburger Kunsthalle, ist — im 62. Lebensjahre — nicht unerwartet, aber doch zu früh gestorben. Er war gerade dabei, sein Museum, das eines der lebendigsten und populärsten in Deutschland ist, bedeutsam zu erweitern. Er wollte so das Werk, dem er sein Leben gewidmet hatte, vollenden: die Kunst aller Zeiten lebendig zu machen und das Leben der Gegenwart mit Kunst zu durchtränken. Lichtwark war kein Büchermensch; er begnügte sich nicht mit der Ueberlieferung. Er forschte nach neuen Werten: so fand er eine eigene Hamburger Kunst, die von den primitiven, den frühgotischen Meistern Bertram und Francke hinaufführt bis zu dem Lichtentdecker Philipp Otto Runge und dem Schilderer Hamburger Winkel, dem Valentin Ruths. Damit nicht genug, veranlaßte Lichtwark auch die heutigen Maler hamburgisch zu malen, den Hafen, das Alsterbecken, die Bürgermeister und die Führer der Kaufmannschaft. Kalkreuth, Trübner und vor allem Max Liebermann kamen so in die Kunsthalle der Hansastadt.

Lichtwark war auch sonst eifrig bemüht, der Kunst Pionierdienste zu leisten. Er hat ausgezeichnete und leicht zu verstehende Bücher gegen die Dummheiten und Geschmacklosigkeiten der Deutschen geschrieben; er zankte über das staubige Markartbukett und lobte den düftereichen Strauß, sonderlich die Feldblumen, die jedermann mit der Hand zu pflücken und nach eigenem Ermessen in ein Gefäß zu ordnen vermag. Mit Witz kämpfte er gegen die schwere Krankheit der Zeitgenossen, mehr scheinen zu wollen, als man ist: Das Palastfenster und die Flügeltür wurden ihm zu Symbolen der Großmannssucht, die es zu beseitigen galt. Solcher Kritik, die stets scharf, aber immer menschlich war, gesellte Lichtwark eine bedeutende produktive Erziehungsarbeit. Als ein Erster veranstaltete er für Schüler und Schülerinnen Museumsführungen und suchte auch sonst nach guten Gelegenheiten, die Kunst in die breite Oeffentlichkeit zu tragen. Er war kein dumpfdeutscher Fachmann, sondern ein kluger und begeisteter Prophet der Weisheit, daß Kunst und Wirklichkeit eine Einheit sind. Lichtwark wußte, daß jede Zeit ihre eigene Kunst hervorzubringen pflegt; er sah die Werte der früheren Tage in solchem Zusammenhang als Kunst der Könige und der Fürsten, er wollte die Mächte der Gegenwart anreizen, aus sich heraus eine neue und eigene Kunst zu schaffen.

Lichtwark war ein leidenschaftlicher Erreger, aber auch ein gebändigter und zielklarer Erkenner.

**Die Leibwache der Mona Lisa.** „S' ist bitterkalt und mir ist schlimm zu Mute!“ — Allmählich kann man diese dumpfe Klage jetzt im Louvre hören. Schlimme Zeiten für die armen Wächter! Die schönen Tage der Gemütlichkeit von ehedem sind vorbei, Mars regiert die Stunde und treibt die 150 Schatzhüter unbarmherzig allnächtlich hinaus in die dunklen Gänge und Treppen des schlafenden Gebäudes. Die Verwaltung des Louvre hat gefunden, daß jetzt, nachdem die Mona Lisa, man möchte sagen wieder hinter Schloß und Riegel ist, ein neuer Geist einziehen müßte. Zunächst wurde der nächtliche Wachtdienst verstärkt und die Anzahl der Runden mehr als verdoppelt. Dreizehnmal müssen jetzt die Wächter ihre Rundgänge durch das Gebäude machen, und zwar drei große und 10 kleine. Die große Runde ist eine wirkliche Marschleistung, wie die Wächter seufzen. Sie umfaßt nämlich etwas mehr als 5 Kilometer und führt treppauf, treppab, über Galerien und Höfe, durch alle Bureaus und Magazine, durch die Rumpelkammern und die Ausstellungszimmer. Außerdem sind an einzelnen versteckten Stellen des Gebäudes Wachen aufgepflanzt worden, doch werden die Orte nach jeder zweiten Nacht wieder gewechselt. Gerade diese Bestimmung ist zu einer Tortur für die Wächter geworden, da sie sich nicht bewegen und nicht mucksen dürfen.

Damit noch nicht genug! Mit großen Scheinwerfern werden Galerien, Winkel und Höfe abgesucht. Sämtliche Türschlösser des Gebäudes sind abgeändert und alle sogen. Passepartoutschlüssel abgeschafft worden. Ferner hat man die kleinen Garderobenräume unter den Treppenhäusern, in denen die Angestellten sich gelegentlich aufhielten, abgeschafft und einen einheitlichen großen Ankleideraum für alle Angestellte geschaffen. Andere Maßregeln sollen in nächster Zeit in Aussicht stehen. Das Bewachungspersonal beklagt bitter, daß ihm mit äußerstem Mißtrauen begegnet werde. Die kleinste Nachlässigkeit wird mit Entlassung bestraft.

**Ein ungedruckter Brief Richard Wagners,** besonders merkwürdig durch das Verhältnis von Inhalt und Datum — er ist vier Monate vor dem deutsch-französischen Kriege geschrieben — wird im „Temps“ veröffentlicht. Der in der Bibliothek des Pariser Konservatoriums aufbewahrte Brief trägt das Datum: Luzern, 16. März 1870. Adressat ist der begabte Vielschreiber Champfleury, einer der Vorkämpfer der Wagnerschen Musik in Frankreich. Wagner schreibt:

„Ich applaudiere von ganzem Herzen der Gründung des Blattes, dessen Programm mir ein Ausgangspunkt zur Verwirklichung meiner Lieblingshoffnungen, der Verschmelzung des französischen und des germanischen Geistes zu sein scheint.“

Im weiteren sagt Wagner, daß er sich immer mit dem Gedanken eines internationalen Theaters in Paris für die großen Werke aller Nationen getragen habe. Nur Frankreich und im besonderen nur Paris sei zu einer solchen Verknüpfung imstande. — Zum alldeutschen Nationalheiligen eignet sich Richard Wagner nun einmal nicht.

**Das Renntier stirbt aus!** Aus Christiania wird uns geschrieben: In dem Bericht, den der Lappenvogt Staaf soeben an die norwegische Regierung gerichtet hat, wird betont, daß nur noch eine schleunige Hebung der Renntierzucht eventuell durch gesetzliche Maßnahmen das Aussterben des Renntiers verhindern kann. Der Lappenvogt führt die Verminderung der Renntierzahl hauptsächlich auf den sich allmählich vollziehenden Uebergang der sogen. Rennlappen zu Fischerlappen oder Bettlerlappen zurück. Der Lappe gibt nämlich unter dem Einfluß der ihm gebrachten „Kultur“ das Nomadenleben auf, er wird seßhaft, und siedelt sich in wirtlicheren Gegenden an, als es die sind, in denen er früher mit seinen Renntierherden herumzog. Besonders akut ist die Renntierfrage in dem Oesterland Lehn geworden. Vogt Staaf befürwortet, daß die norwegische Regierung Schritte tut, um die Rennlappenbevölkerung, die jetzt noch existiert, zu erhalten. Die Zahl der Renntiere, die Ende 1912 noch 29 346 betrug, ist jetzt auf 25 761 herabgesunken. Die Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaft wird mit dem Rest auch bald aufgeräumt haben.

### Notizen.

— Theaterchronik. Die nächste Novität des Lessingtheaters ist Frank Wedekinds Simson, in dem Katzler als Simson und Tilla Durieux als Delila mitwirken. — Das Schauspiel „Du sollst nicht töten“ von Leonid Andrejew ist vom Deutschen Theater zur deutschen Uraufführung angenommen worden.

— Musikchronik. Waghalters „Mandragola“, deren auf Sonnabend angezeigte Uraufführung infolge einer Erkrankung Julius Liebans verschoben werden mußte, wird seine Premiere im Deutschen Opernhause nunmehr Ende nächster Woche haben.

— Der Fall Cassirer hat in dem Prozeß der ehemaligen Oppositionsmitglieder der Sezession leider noch nicht die Aufklärung gebracht, die so dringend notwendig wäre, viel notwendiger als die Feststellung, ob diese oder jene Beleidigung Strafe verdient oder nicht. Da — wie wir es vorausgesagt hatten — die Häuser Mosse und Cassirer sich verglichen haben, kann auch von der Seite nichts mehr laut werden. Vielleicht gibt die Berufung der jetzt mit ihrer Klage hereingefallenen Künstler endlich Gelegenheit, festzustellen, wieweit das Kunsthändlerkapital die Sezession beherrscht hat und wieweit Cassirer die Sezession benutzt hat, seine Kunsthandelsinteressen dort wahrzunehmen (z. B. wieviele der dort ausgestellten Franzosen usw. gehörten Cassirer?).

— Geologische Wanderungen in die Mark unternimmt wieder an vier Sonntagen der Bezirksgeologe Dr. Menzel. Die einleitenden Vorträge dazu beginnen Freitags abends 9—10 Uhr im Hörsaal der Bergakademie, Invalidenstr. 44. Alles nähere im Programm der Freien Hochschule.

— Von Henryk Sienkiewicz wird in einem Warschauer Blatt ein neuer Roman „Die Legionen“ veröffentlicht. In polnischen literarischen Kreisen war man der Meinung, daß der greise Schriftsteller, der so lange geschwiegen hat, überhaupt nichts mehr veröffentlichen werde. Der neue Roman erregt daher Aufsehen.

— Gorki in Rußland. Maxim Gorki ist nach Rußland zurückgekehrt, das er viele Jahre meiden mußte. Er hält sich zurzeit in Petersburg auf. Möge ihm die „Mutter Erde“ hold sein.

— Radiummonopol in den Vereinigten Staaten. In seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien brachte im Bundeskongreß die Regierung den Vorschlag ein, alle im Gebiet der Vereinigten Staaten liegenden radiumhaltigen Gänge als Staatseigentum zu erklären und gleichfalls alle Fabriken, die sich mit der Radiumgewinnung und Verarbeitung beschäftigen, zu übernehmen. Auch der Verkauf soll unter Kontrolle gestellt werden.

der Verrechnung der Auslagen etwas streng. Wirkliche Auslagen werden aber ersetzt, bei größeren Sachen werden Vorschüsse gegeben. **Vorsitzender: In der Regel** werden aber Bestohlene gezwungen sein, den Beamten Geld zu geben?

Zeuge Rumor schildert seinen Dienst bei dem letzten **Kaiserbesuch, wo er eine bestimmte Person beobachten mußte.** Der Polizeirat verweigerte ihm die Erstattung der Ausgaben. — Polizeipräsident v. Weegmann: Von armen gedrückten Beamten kann keine Rede sein. Von Privatzuwendungen ist mir während meiner Dienstzeit überhaupt nichts bekannt geworden. — Verteidiger Mertz: Also beim Kaiserbesuch wurde ein Mann zwei Tage lang beobachtet, der eventuell das Leben des Reichsoberhauptes bedrohte. Dafür hat man nicht mal ein paar Mark übrig gehabt. — Verteidiger Heine: Und gestern hat uns der Herr Polizeipräsident noch erklärt, den Kriminalbeamten würden ohne weiteres besondere Ausgaben vergütet.

Kriminalschutzmann Hartmann verweigert die Aussage, ob von ihm Geschenke angenommen worden seien; desgleichen Kriminalwachtmeister Langer. Der Kriminalschutzmann Steimel hat ebenfalls ab und zu Belohnungen angenommen. Der Kriminalbeamte könne nur mit Geld arbeiten.

Kriminalwachtmeister Gehrke hat ebenfalls mehrfach Belohnungen angenommen, desgleichen Kriminalwachtmeister Christian. Ob andere Geschenke angenommen haben, darüber will der Zeuge die Aussage verweigern.

Kriminalschutzmann Homeyer hat in einzelnen Fällen Belohnungen angenommen, ebenso Kriminalschutzmann Dentsch.

Kriminalschutzmann Klinker hat vom Direktor Holländer 50 M. bekommen infolge einer öffentlichen Auslobung. Ueber andere Zuwendungen verweigert der Zeuge die Aussage.

Kriminalschutzmann Richter kann sich auf Einzelfälle nicht mehr besinnen, es könne im Jahre fünf- bis fünfzehnmal vorkommen, daß er Geschenke angenommen habe. Auf weitere Fragen verweigert der Zeuge die Aussage. Auch Kriminalschutzmann Lilienthal verweigert die Aussage auf die Frage nach der Annahme von gesetzlich verbotenen Geschenken.

Kriminalschutzmann Zander verweigert auf alle Fragen nach Geschenken und Belohnungen die Aussage.

Einer nach dem andern der weiter vernommenen Kriminalbeamten verweigert die Aussage auf die Frage, ob sie Geschenke angenommen haben. Sie erklären, daß sie mit den Vigilantengeldern nicht auskommen können. — Kriminalkommissar Buß, dessen Fall am Dienstag erörtert wurde, bestreitet, eine Anzeige unterdrückt zu haben. Inspektor Eiben tritt vor und beteuert, sich nicht bewußt zu sein, jemals gegen seine Ehre gehandelt zu haben. — Es kommt dann zu einem aufsehenerregenden

**Zusammenstoß zwischen dem Polizeipräsidenten und Inspektor Kautz.**

Der Polizeipräsident erklärt, daß Kautz falsche Angaben über die Ursache seiner Versetzung nach Hannover gemacht habe. Die Versetzung sei auf seine, des Präsidenten, ausdrückliche Anordnung erfolgt. Er habe dringendes Interesse daran gehabt, den Angeklagten bei der Aufhellung der ganzen Dinge zu unterstützen. Die 20 Kriminalbeamten sind nach der Behauptung des Polizeipräsidenten alle von Hannemann ermittelt worden, wogegen dieser erregt protestiert. — Kautz: Der Polizeipräsident hat hier unter Eid die Unwahrheit gesagt, wenn er behauptet, ich sei nicht auf meinen Wunsch versetzt worden. — Vorsitzender: Ich verbiete Ihnen diese Ausfälle. — Verteidiger Heine: Ich stelle fest, daß der Polizeipräsident Herrn Kautz der Unwahrheit bezichtigte. — Kautz entschuldigt sich mit seiner Erregung. — Polizeipräsident v. Weegmann: Es haben sehr ernste Auseinandersetzungen zwischen mir und Kautz stattgefunden. — Verteidiger Mertz fragt Kautz, ob er nicht Jahre lang

**die rechte Hand des Präsidenten**

gewesen sei, der ihn jetzt so kurzerhand abschüttele. — Kautz gibt an, eine große Menge Arbeit geleistet zu haben, darunter sehr viel vertrauliche. — Polizeipräsident Weegmann: Ich habe in die Ehrenhaftigkeit des Kautz bis vor seiner Versetzung nie einen Zweifel gesetzt. Er war immer ein ganz hervorragender Beamter.

Der Angeklagte Sollmann gibt dann folgende Erklärung ab: Er habe niemals die Absicht gehabt, wie er anfangs schon behauptet habe, den Polizeipräsidenten oder die Staatsanwaltschaft zu beleidigen. Ueberhaupt habe ihm jede Beleidigung irgendeiner Person ferngelegen; er habe lediglich die wirklich vorhandenen Mißstände treffen wollen und bei der Verhandlung auch die Ueberzeugung gewonnen, daß der Polizeipräsident von diesen Mißständen nichts gewußt habe.

Polizeipräsident v. Weegmann: Ich habe aus der Erklärung des Angeklagten und den Verlauf der Verhandlung die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte nicht wider besseres Wissen seine Behauptungen aufgestellt hat. Ich bitte daher bei dem Urteil die Absicht der Beleidigung auszuschalten.

Nunmehr beginnt das

**Plaidoyer des Staatsanwalts.**

Er zergliedert zunächst den Backfischartikel und bleibt dabei, daß alles, was die Anklage behauptet, die Beleidigung der Staatsanwaltschaft, des Polizeipräsidenten und sämtlicher Beamten aufrecht zu erhalten sei. Der § 193 des Strafgesetzbuches sei dem Angeklagten zuzubilligen; denn er habe die gute Absicht der Aufdeckung von Mißständen gehabt. Es könne eingeworfen werden, er habe aus Sensationslust gehandelt und Reklame für die „Rheinische Zeitung" machen wollen. Jedoch verkenne er nicht, daß der Angeklagte berechtigte Interessen habe wahren wollen. Denn mancherlei spreche zugunsten des Angeklagten. Er sei im juristischen Sinne Laie und habe überdies die Behauptungen Hannemanns für wahr halten können. Die ganze Aufmachung des Artikels und einige Ausdrücke fielen aber zu seinen Ungunsten in die Wagschale. Zu bestrafen sei er nur wegen formaler Beleidigung. Der Staatsanwalt geht dann ausführlich auf die Beweisaufnahme ein und versucht, die Kölner Polizeiverhältnisse so rosig als möglich hinzustellen. Bei den Geschenken habe tatsächlich wirkliche Freundschaft eine Rolle gespielt. Auch bei den Konzessionsgeschichten sei nichts Positives erwiesen. Hirsch und Mawick hätten ihre Beziehungen zur Polizei zu Sondergeschäften ausgenutzt, ohne diese auch tatsächlich geschmiert zu haben. Im alten fröhlichen Köln, wo das halbe Jahr Fastnacht sei, könnte man auch die Gastereien der Beamten nicht so tragisch nehmen; sie hätten ja auch manchmal selber bezahlt. Auch die gespendeten Frühstückskörbchen seien nichts Schlimmes; höchstens entsprächen die mitgesandten Geldscheine nicht dem Ansehen der Polizei. Alles übrige liege lange zurück oder sei nicht mehr genau zu ermitteln. Auf die Zeugnisverweigerungen ging der Staatsanwalt überhaupt nicht ein. Von 950 Beamten der Kölner Polizei seien vielleicht nur 10 nicht ganz schuldfrei. Er beantragte dann gegen Sollmann eine

**Geldstrafe von 500 Mark.**

Nachdem der Polizeipräsident als Nebenkläger auf das Wort verzichtet hatte, begann Verteidiger Mertz mit seinem Plaidoyer. Er ging zunächst auf die Vorgeschichte des Prozesses, den Fall Hannemann, ein, indem er den bekannten Beweisantrag stellte. Der Backfischartikel des Angeklagten sollte ansetzen an der schon so oft kritisierten Tatsache, daß die Beamten in unzulässiger Weise Geschenke annehmen. Die scharfe Form sei durchaus verständlich, und das Prinzip des Artikels sei hier vor der Strafkammer mit vollem Siege verfochten worden. Das bestehende System des Geschenkeannehmens wird offiziell gebilligt. Das war der Kernpunkt der Angriffe. Von direkter Bestechung ist nirgends die Rede. Allerdings wendet er sich gegen ein offenkundiges Unwesen. Wenn es wahr sei, daß die höheren und höchsten Beamten Geschenke annehmen, dann müsse dadurch die Disziplin untergraben werden. Der Polizeipräsident sei hierbei selber von vornherein ausgenommen gewesen. Der Verteidiger geht dann ausführlich auf das Ergebnis der Beweisaufnahme ein. Sollmann habe die Rolle eines Vorkämpfers gegen schwere Mißstände gespielt. Er habe sich auf das berufen, was die Spatzen seit Jahren von den Dächern pfeifen. Diejenigen Kriminalbeamten, die heute vernommen worden seien, seien noch die besten der Kriminalpolizei, die ganz elend bezahlt würden.

Der Verteidiger spricht bei Schluß der Redaktion noch weiter.

# Aus der Partei.

**Französische Parteiaffären.**

**Paris**, 12. Januar. (Eig. Ber.) Die Seine-Föderation hat in der letzten Zeit zwei unerfreuliche Angelegenheiten zu erledigen gehabt. Die eine betraf das Ehepaar Cambier, dem nachgewiesen worden ist, daß das von ihm im Sommer gegründete, nur auf Verleumdung von Parteigenossen und Untergrabung des gegenseitigen Vertrauens bedachte Organ „Lutte des Classes" von den Subventionen des berüchtigten klerikalen Intriganten Bonjean lebte. Befremdlich ist, daß der Ausschließungsbeschluß bei einer solchen Sachlage noch immer 64 Opponenten — gegen 837 — gefunden hat.

In der Schlußsitzung des Föderationskongresses am 5. d. Mts. wurde der Deputierte Willm aus der Partei ausgeschlossen. Willm steht in nahen Freundschaftsbeziehungen zu Briand, was in parlamentarischen Kreisen längst bekannt war, aber im Publikum offenkundig erst dann wurde, als die beiden bei einem Ausflug einen Automobilunfall erlitten. Es war allerdings mehr eine Frage des persönlichen Takts als der Parteidisziplin, die Willm schon früher hätte veranlassen sollen, zwischen seinem Freund und seinem Mandat zu wählen, das ihn verpflichtete, diesen Freund als gefährlichen Schädling der Demokratie und Feind der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Willm hat aber vorgezogen, die Entscheidung der Parteiinstanzen über den Ausschließungsantrag gar nicht erst abzuwarten und hat seinen Austritt aus der Partei angemeldet, in einem Brief, worin er seine Absicht kundgibt, an die „Wähler" zu appellieren, d. h. seine Kandidatur in der Vorstadt Levallois-Perries gegen die Partei aufzustellen. Dieser Entschluß zeigt, daß in der Tat an ihm für die Partei nicht viel verloren ist. Die Seine-Föderation hat nun eine Resolution, die einerseits die Unvereinbarkeit persönlicher Intimität mit öffentlichen Angriffen ausspricht, andererseits auf das Parteistatut Bezug nimmt, das die Erwählten der Partei verpflichtet, beim Austritt aus der Partei ihr Mandat ihrer Organisation zur Verfügung zu stellen, mit 818 Stimmen angenommen. 71 Stimmen wurden für eine Resolution abgegeben, die einfach erklärte, daß Willm sich selbst außerhalb der Partei gestellt habe. — Willm, der von den Allemanisten zur geeinigten Partei kam, war ein sehr begabter Redner, der in wichtigen Debatten vorgeschickt wurde. Aber seine parlamentarische Rolle hatte schon früher mit seiner privaten Tätigkeit disharmoniert, so z. B. mit seiner Anwaltsarbeit für die Agoho-Sangha-Gesellschaft.

# Soziales.

**Behandlung der Angestellten in der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.**

Gerechte Erbitterung herrscht in der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte unter dem daselbst beschäftigten Personal. Die Arbeitskraft der Angestellten wird sehr häufig noch durch Ueberstunden fast bis zur vollständigen Erschlaffung ausgenutzt. Gegenwärtig sind derartige Ueberstunden wieder für mehrere Abteilungen der genannten Anstalt angeordnet. Dieselben sind infolge Teilung der Arbeitszeit durch eine $2^1/_2$stündige Mittagspause so eingerichtet, daß der Dienst statt $3^1/_2$ erst um 8 Uhr beendet ist. Nicht genug damit, daß die Ueberstunden dadurch an Zeit ein Opfer von $4^1/_2$ Stunden erfordern, müssen diejenigen, welche ihren Mittagstisch zu Hause einnehmen und dorthin fahren müssen, das Fahrgeld aus ihrer Tasche bezahlen. Denn eine Vergütung für Ueberstunden wird nicht gewährt. Besonders schlimm sind die Verheirateten daran, die entfernt wohnen und in den $2^1/_2$ Stunden nicht den Weg nach Hause und zurück machen können. Sie sind gezwungen, ihr Mittagessen im Restaurant einzunehmen und ihren Etat dadurch stärker zu belasten. Dabei sind die Besoldungsverhältnisse keineswegs glänzend.

Die Ueberstunden sind eingeführt, weil die laufenden Arbeiten infolge der dazwischen auszusendenden Formulare, von denen alle paar Tage neue ausgetüftelt werden, in den gewöhnlichen Arbeitsstunden absolut nicht auf dem laufenden gehalten werden können. Die Arbeitslosigkeit ist groß und es gibt hinreichend Kräfte, welche sich für die Reichsversicherungsanstalt sehr gut eignen würden. Warum engagiert man solche nicht, statt die vorhandenen Kräfte bis zum Uebermaße auszunutzen?

**Aerztestreik in Königsberg.**

Die Königsberger Aerzte haben, wie uns ein Telegramm meldet, gestern einen Beschluß des örtlichen Aerztevereins folgend, bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Königsberg, die gegen 40 000 Mitglieder zählt, ihre kassenärztliche Tätigkeit eingestellt. Die Kasse bringt den § 370 der Reichsversicherungsordnung einstweilen zur Anwendung.

Es zeigt sich von Tag zu Tag deutlicher, daß die Aerzte lediglich einen Scheinfrieden abschließen wollten. Von vornherein standen wir der für die Kassen äußerst ungünstigen Abmachung recht skeptisch gegenüber, die durch die Bemühungen des Staatssekretärs zustandegekommen ist. Ohne eine reichsgesetzliche Regelung — Behandlungszwang oder Zahlung durch das Reich — ist trotz der großen Opfer durch die Kassen ein dauernder Frieden nicht zu erhoffen.

**Zum Kampf zwischen den Krankenkassen und den Aerzten.**

Aus **Breslau** wird gemeldet, daß im **Landkreis Breslau** eine vorläufige Verständigung zwischen Aerzten und Krankenkassen erzielt wurde.

**Fort mit Streikpostenstehen und Sperre!**

Bis zu welchen verwegenen Forderungen die Hetze der Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht und insbesondere gegen das Streikpostenstehen führt, zeigt eine Zivilklage, die kürzlich das Düsseldorfer Landgericht beschäftigte. Die Klage ging von der Firma „Rhenania", Vereinigte Emaillierwerke A.-G. in Düsseldorf, Köln und Hagen aus. Sie richtete sich gegen 47 Arbeiter sowie die Düsseldorfer Lokalverwaltungen des deutschen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiterverbandes und **verlangte nichts weniger als: durch eine einstweilige Verfügung den Arbeitern das Streikpostenstehen in der Nähe der Fabrik zu untersagen und den Ortsverwaltungen zu verbieten, weiter das Streikpostenstehen anzuordnen, sowie ihnen aufzugeben, zukünftig jeden Sperrvermerk in der Presse zu unterlassen.** Zu allem Ueberfluß behielt sie sich auch noch einen Schadenersatzanspruch gegenüber den Arbeitern und Verbänden vor.

Auf der „Rhenania" war es im April v. J. zu Differenzen zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung gekommen, und zwar deshalb, weil ein neuer Direktor die Arbeiter mit einer indirekten Lohnkürzung beglücken wollte. Als Verhandlungen stattfinden sollten, da versuchte die Direktion, auch Streikbrecher von früher hinzuzuziehen, und als sich der verhandelnde Arbeiterausschuß dagegen auflehnte, da wurde er kurzerhand gemaßregelt. Nunmehr traten 180 Mann in den Ausstand und ein langwieriger, bis in den Herbst dauernder Kampf begann. Das Ende war diese Klage der Firma. Zu deren Begründung gab sie folgendes an: Sie verkenne nicht, daß der Streik — und als seine Mittel die Sperre und das Streikpostenstehen — nach § 152 der Reichsgewerbeordnung zunächst erlaubt gewesen sei. Das wäre aber auch nur so lange der Fall gewesen, als durch ihn die Erlangung besserer Lohnbedingungen und die Wiedereinstellung der Streikenden habe erzwungen werden sollen. Dieser ursprüngliche Zweck sei aber jetzt nicht mehr vorhanden. Jetzt werde nur noch aus Rache gestreikt, zu dem alleinigen Zweck, den Gegner zu schädigen. Daß dieser Streik ein „Racheстreik" wäre, gehe unter anderem daraus hervor, daß von den 180 Arbeitern, die im April ausständig geworden sind, 120 bereits wieder an anderen Orten untergekommen seien und daß von den anderen nicht ein einziger sich auf eine Annonce der „Rhenania" zum Eintritt gemeldet habe.

**Das Gericht gelangte zur Abweisung des ungeheuerlichen Klageantrags.** In den Gründen hieß es: Bei der Beurteilung wäre § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches maßgebend. Es sei davon auszugehen, daß eine Verletzung der guten Sitten dann vorliegt, wenn der Zweck ein sittlich nicht erlaubter sei oder die zur Erreichung dieses Zweckes angewandten Maßnahmen gegen die guten Sitten verstießen. Die Unsittlichkeit der Maßnahmen wäre selbst von der Klägerin nicht behauptet worden, und tatsächlich seien auch gerade Streikpostenstehen und Sperre die üblichsten und erlaubten Mittel des wirtschaftlichen Kampfes; beide Maßnahmen ständen auch nicht zur Handlungsweise der Gegenseite in einem unbilligen Verhältnis, denn die Klägerin habe heute noch die ausständigen Arbeiter **auf der schwarzen Liste der Arbeitgeber** stehen. Es sei auch nicht zutreffend, daß der Streik lediglich zum Zwecke der Rache geführt werde. Das Gericht habe vielmehr die **Ueberzeugung vom Gegenteil** gewonnen.

Die „Rhenania" bestreitet sowenig wie die Scharfmacher das Recht des Streikpostenstehens, nur seine Anwendung wollen sie bestraft wissen.

# Aus Industrie und Handel.

**Staatsbankrott in Mexiko.**

Die mexikanischen Wirren haben den Präsidenten Huerta zu einem Schritte getrieben, der wahrscheinlich das direkte Eingreifen der Großmächte veranlassen wird: Huerta stellt die Zinsenzahlung für die mexikanischen Staatsrenten für die ersten sechs Monate des Jahres ein. Das bedeutet den Staatsbankrott Mexikos, der durch Zwangskurs des Papiergeldes, Einführung von Bankfeiertagen, Erlaß eines Moratoriums (Aufschub der Zahlungsfristen für Handel und Industrie) bereits seit einiger Zeit eingeleitet war. Huerta braucht das flüssige Geld zur Löhnung seiner Truppen, und so haben die europäischen Gläubiger einstweilen das Nachsehen.

Auch die deutschen Kapitalisten werden von Huertas Maßnahme empfindlich betroffen. Eine Reihe von mexikanischen Staatspapieren werden an den deutschen Börsen gehandelt. Der gestrige Tag brachte für diese Werte, die schon seit einiger Zeit im Fallen sind, einen neuen erheblichen Kurssturz.

Es notierten:

| | 13. 1. | 14. 1. |
|---|---|---|
| 5proz. Mexik. Anl. von 99 . . . . | 88,75 | 84,60 |
| 4proz. „ „ „ 04 . . . . | 78,50*) | 67,00 |
| $4^1/_2$proz. „ Bewässerungsanleihe . | 75,10 | 72,00 |
| 5proz. Tehuantepec-Obligationen. . | 91,70 | 91,75 |
| $4^1/_2$proz. „ „ . . | 86,00 | 86,00 |

Am stärksten ist mit $6^1/_2$ Proz. der Rückgang der 4prozentigen Anleihe von 1904. Die Anleihen der Tehuantepec-Bahn haben keine Einbuße erlitten, weil die Bahn ein privates Unternehmen ist und fern vom Aufstandsplatz liegt.

**Die Erneuerung des Kohlensyndikats.**

Am gleichen Tage, an dem der preußische Handelsminister im Abgeordnetenhause den Beitritt des Bergfiskus zum Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat in Aussicht stellte, ist der Vertragsentwurf für die Erneuerung des Kohlensyndikats veröffentlicht worden. Ende 1915 läuft der bestehende Syndikatsvertrag ab. Der Entwurf sieht Aenderungen in der Organisation, in der Stellung der Hüttenzechen und den Verkaufsbestimmungen vor. Nach dem geltenden Syndikatsvertrage unterliegt der Selbstverbrauch der Hüttenzechen (Kohlenzechen mit Hüttenbetrieben vereinigt) nicht den Beschränkungen der zum Verkauf dienenden Förderung. Die Hüttenzechen brauchen für ihren Selbstverbrauch auch keine Lasten zu tragen, die sonst als Umlage von den Syndikatsmitgliedern je nach der Höhe der Förderung erhoben wird. Der Vertragsentwurf unterscheidet nun zwischen „Verkaufsbeteiligung" (die der gegenwärtigen „Beteiligungsziffer" entspricht) und „Verbrauchsbeteiligung" der Hüttenzechen.

Die Selbstverbrauchsmengen müssen „so verbraucht werden, daß sie nicht wieder in anderer brennbarer Form auf den Markt gebracht werden können". Sie umfassen also die Kohlenmengen, die zur Verhüttung von Erzen, als Feuerung für die Eisenproduktionsanlagen und ähnlichem verbraucht werden. Daneben gibt es, wie seither, noch den Begriff des sogenannten Zechenselbstverbrauches, das sind die für die eigenen Zwecke der Zechen erforderlichen Mengen, also z. B. die Kohlen zum Antrieb der Förderschalen der elektrischen Zechenzentrale usw. Der Hüttenselbstverbrauch wird in dem Vertragsentwurf insofern schlechter als seither gestellt, als er vermindertes Stimmrecht erhält und zu den Kosten des Syndikates, wenngleich nur in beschränktem Umfange, herangezogen wird. So bestimmt § 2: „In der Zechenbesitzer-Versammlung hat jeder Zechenbesitzer je eine Stimme für jede vollen 100 000 Tonnen seiner festgesetzten Verkaufsbeteiligung und für jede vollen 200 000 Tonnen seiner festgesetzten Verbrauchsbeteiligung." (Zurzeit gewähren je 10 000 Tonnen der Beteiligungsziffer eine Stimme.) Für die Deckung der Geschäftskosten werden zunächst 3 Prozent von den Monatsrechnungen gekürzt. Für einen etwaigen Mehrbedarf wird eine Tonnenumlage gleichmäßig auf die Verkaufsmenge und den Hüttenselbstverbrauch eingezogen. Solange sich die Syndikatsumlage bis zu 8 Proz. der Monatsrechnungen bewegt, bleibt der Hüttenselbstverbrauch ganz umlagefrei, erst an dem Mehrbetrag nimmt er mit der übrigen Förderung teil. Von einer Besserung der Stellung der reinen Kohlenzechen kann trotzdem keine Rede sein. Denn auch der Vertragsentwurf sieht eine Bevorzugung der Hüttenzechen vor. Ferner kommt als neue Bestimmung hinzu, daß im Falle eines Arbeiterausstandes der Zechenselbstverbrauch (neben dem Verbrauch für Zwecke, die „öffentlichen Interessen" dienen), auch von Außenstehenden bezogen werden darf.

Bei der Ausrechnung des Hüttenselbstverbrauches von Tochtergesellschaften soll fortan genügen, wenn das Syndikatsmitglied mindestens 81 (bisher 99) Prozent der Aktien, Kuxe usw. von inländischen, 75 Prozent von ausländischen Gesellschaften besitzt.

Was die Organisation anbetrifft, so wird der Beirat abgeschafft, dessen Funktionen der Zechenbesitzerversammlung übertragen werden.

Der Vertrag wird bis zum 31. März 1921 abgeschlossen unter der Bedingung, daß ihn sämtliche außenstehenden Zechenbesitzer des niederrheinisch-westfälischen Bezirkes mit einer Leistungsfähigkeit von mindestens 120 000 Tonnen jährlich bis spätestens 15. Mai 1914 beitreten. Er gilt auf weitere fünf Jahre verlängert, wenn ihn keiner der Vertragschließenden ein Jahr vor Ablauf kündigt. Ferner ist die Möglichkeit vorgesehen, daß, wenn die Produktion der Außenseiter im Laufe der Zeit mehr als 3 Proz. der Gesamtförderung der Kohlensyndikatsmitglieder beträgt, ein einzelnes Mitglied zum 1. April jeden Jahres den Vertrag mit einer Frist von mindestens einem Jahr kündigen kann.

*) vorgestern

# Aus der Frauenbewegung.

„Vorwärts“ Nr. 14. — Donnerstag, den 15. Januar 1914.

## Eine Lehre.

Am Dienstag wurde im Reichstage über ein Gesuch des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht verhandelt, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zum Reichstage unter denselben Bedingungen zu verleihen, wie es den Männern zusteht. Die Debatte bot ein Bild, das sich von dem früherer Erörterungen über die selbstverständliche Frauenforderung nicht unwesentlich unterscheidet. Kein Redner der bürgerlichen Parteien wagte diesmal die alten blöden Stammtischwitzeleien über die emanzipierten Weiber vorzubringen. Vielleicht war das eine unmittelbare Wirkung der Rede des Genossen Dr. Cohn, der als erster Redner im voraus diese Einwände gegen das Frauenstimmrecht spottend zurückwies. Aber auch der Gedanke des Frauenstimmrechts selbst hat augenscheinlich Fortschritte gemacht. Es erklärte sich diesmal nur die konservative Partei grundsätzlich gegen das Frauenstimmrecht. Selbst der freikonservative Redner gab nur dahin seine Meinung ab, daß im Augenblick das politische Wahlrecht der Frauen im Deutschen Reiche nicht ertragen werden könne. Einen ähnlichen Standpunkt vertraten die Redner der Zentrumspartei, der Nationalliberalen und der Volkspartei. Diese Ablehnung des Frauenwahlrechts suchten aber alle Redner durch anerkennende Worte über die Frauenbewegung zu mildern — und darin liegt das Charakteristische der Debatten vom Dienstag. Der Vertreter des Zentrums begrüßte es freundlich, daß die deutschen Frauen heute ein so großes Interesse an den öffentlichen Vorgängen im Reiche, im Staate und in der Gemeinde zum Ausdruck bringen und er bezeichnete es als ein berechtigtes Interesse dieser Frauen, im öffentlichen Leben in angemessener Weise berücksichtigt zu werden. Ebenso sprachen der nationalliberale und der freikonservative Redner ihre Freude und Anerkennung über die Tätigkeit der Frauen auf sozialem und kulturellem Gebiete in den Gemeinden, im Wohnungswesen usw. aus. Sogar der konservative Redner hatte nichts gegen eine politische Betätigung der Frauen — natürlich nur im Rahmen der konservativen Weltanschauung — einzuwenden.

Dennoch wäre es völlig falsch, wenn die Frauen nun von den bürgerlichen Parteien irgend eine beträchtliche Förderung ihrer Wünsche erwarten wollten. Trotz der platonischen Anerkennung stimmten die Konservativen und Freikonservativen für Uebergang zur Tagesordnung und die übrigen Parteien gelten die Petition nur wert, daß sie der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen wurde. Nur einige Fortschrittler schlossen sich der von der Sozialdemokratie vertretenen Auffassung an, daß die Petition von der Regierung zu berücksichtigen sei. Keine der bürgerlichen Parteien kann heute die Mitarbeit der Frauen entbehren, und so fühlen sie sich alle verpflichtet, ein paar platonische Liebeserklärungen abzugeben, um nicht die Frauen durch ein klares „Nein“ allzu grob zurückzustoßen. Die Zunahme und Notwendigkeit der Frauenerwerbsarbeit, die wachsende Bildung und politische Aufklärung der Frauenwelt bewegen die bürgerlichen Parteien dazu, die Forderungen der Frauen nicht rundweg abzulehnen. Soweit die Politisierung der Frauen im Sinne der eigenen Parteianschauung vollzogen worden ist — und alle Parteien bemühen sich lebhaft hierum —, hat man in bürgerlichen Kreisen auch nichts gegen die Uebertragung einiger Rechte auf die Frauen. Aber die Gewährung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Stimmrechts würde natürlich die Rechte der breiten Massen, der Allgemeinheit stärken, und darum sträubt man sich energisch gegen diese Forderung, und selbst gegen die Teilkonzessionen, die auf dem Wege zur Verwirklichung des Hauptziels liegen. So bleibt es bei dem Widerspruch: Anerkennung der Erwerbsarbeit und Bildungsmöglichkeiten — Aberkennung der politischen Rechte, die eine notwendige Folge jener ersten Zugeständnisse bilden.

Nur die Sozialdemokratie, die sich nicht gegen die soziale Entwickelung verschließt, sondern sich ihr bewußt an die Spitze stellt, vertrat auch am Dienstag wieder allein die Sache der Frauen. Sie ging noch über die Petition der Frauen hinaus und forderte das Wahlrecht für alle über 20 Jahre alte Frauen und Männer. Diese klare und entschiedene Forderung, die seit Jahrzehnten von der Gesamtpartei in ihrem Programm vertreten wird, suchte zwar der fortschrittliche Redner abzuschwächen, indem er der Sozialdemokratie eine gleiche Uneinigkeit in der Frage des Frauenwahlrechts vorwarf, wie er sie für seine (die fortschrittliche) Partei offen zugeben mußte. Er behauptete, die Massen, die hinter der Sozialdemokratie stehen, hätten nicht geschlossen den starken Willen zur Herbeiführung des Frauenstimmrechts. Der fortschrittliche Redner vermochte aber nicht ein einziges Beweisstück für diese Behauptung zu erbringen.

Die sozialdemokratischen Frauen kämpfen mit aller Energie für die Erreichung ihres Zieles und die Gesamtpartei mit den hinter ihr stehenden Massen hat diese Bestrebungen auf alle Weise unterstützt und gefördert. Die Massen, die gerade in dieser Frage mit der Sozialdemokratie gehen, sind weit größer als die Zahl der organisierten Anhänger und Wähler; denn zu ihnen gehören die Scharen von politisch rechtlosen Frauen, die sehr wohl wissen, daß nur die Sozialdemokratie geschlossen und mit ernstem Willen für das Frauenstimmrecht eintritt. Denn nicht hinter einer lauen und hinund herpendelnden Partei finden sich allemal die Massen, sondern hinter einer Partei, die klar, ehrlich und entschieden ihre Entscheidungen trifft und vertritt.

## Zur Geschichte des Frauenwahlrechts.

I.

In den Freiheitskämpfen des französischen Volkes am Ausgang des 18. Jahrhunderts wurde zum erstenmal in Europa die Forderung auf Gleichberechtigung der Frauen erhoben. Gemeinsam mit den Männern lehnten sich die Frauen gegen die unerhörte Unterdrückung und Aussaugung auf. Im Jahre 1788 entstanden die ersten ernsteren Unruhen. Weite Strecken des Landes konnten nicht mehr bestellt werden, weil die Bauern, von allen Mitteln entblößt, weder Saatkorn noch Zugvieh hatten, um die Aecker zu bebauen. Hungersnot, Seuchen, Verarmung sind die schreckliche Folge. Der „dritte Stand“ empört sich und konstituiert sich als Nationalversammlung. Der Sturm auf die Bastille, die Gefangennahme des Königs und seiner Familie, die Erklärung der Republik am 22. September 1792, das alles vollzog sich in rascher Folge unter leidenschaftlichen und blutigen Kämpfen, und an all diesem hatten Frauen teilgenommen. Frauen waren es, die im Jahre 1789 das Pariser Rathaus stürmten, als ihre Forderung nach Brot unerfüllt geblieben war, Frauen holten den König von Versailles nach Paris. Sie hatten in den Jahren vor der Revolution entsetzliche Leiden mit dem ganzen Volk ertragen, sie kämpften in dem blutigen Ringen mit, nun verlangten sie auch ihren Anteil an der neuen Freiheit und an den Rechten.

Es waren nicht in erster Linie politische Rechte, nach denen ihr Streben ging. Die Masse der Frauen wollte Brot für sich und ihre Kinder und die Freiheit, mit ihrer Hände Arbeit den Kindern das Leben zu sichern. Von den Zünften waren sie ausgeschlossen worden, ihr Tätigkeitsgebiet war nach allen Seiten eingeengt gewesen, jetzt forderten sie von der Nationalversammlung, „daß die Gleichheit zwischen Mann und Frau wiederhergestellt, ihnen Arbeit und Beschäftigung freigegeben werde und ihnen Stellen eingeräumt würden, für die ihre Fähigkeiten sich eigneten“. Die Gleichberechtigung sollte vor allen Dingen eine Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben sein, und die erreichten sie; die Zünfte wurden aufgehoben.

Aber es gab auch Frauen, die mehr wollten als ein Recht auf Arbeit, die eingesehen hatten, daß sie erst dann ihre Forderungen vollkommen durchsetzen könnten, wenn sie politische Rechte und politische Macht erhalten hätten. An der Spitze dieser Frauen stand Olympe de Gouges. Sie war erschüttert von dem grenzenlosen Elend des Volkes, in einem Aufruf forderte sie die Frauen auf, ihren Schmuck herzugeben, damit für die Armen Brot gekauft werden könnte, sie agitierte für die Errichtung staatlicher Musterwerkstätten für Arbeitslose; aber sie erkannte auch, daß die Proklamierung der Menschenrechte sich nur an das männliche Geschlecht wandte, nur ihm Rechte und Freiheit verhieß und die Frauen ganz beiseite schob. Der Mensch — das war der Mann.

Dagegen empörte sich Olympe de Gouges. Sie erließ ein leidenschaftliches Manifest. Der Erklärung der Menschenrechte stellte sie die Erklärung der Rechte der Frauen an die Seite, die von einer hohen Begeisterung und dem glühendem Wunsch getragen war, den Frauen zu helfen und sie aufzurütteln.

„Die Frau ist frei geboren und von Rechts wegen dem Manne gleich. Das Ziel jeder gesetzgebenden Gemeinschaft ist der Schutz der unveräußerlichen Rechte beider Geschlechter: der Freiheit, des Fortschritts, der Sicherheit und des Widerstands gegen die Unterdrückung. . . . Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen, die Tribüne zu besteigen sollte sie dasselbe Recht besitzen. Die Rechte der Frau aber sollen der Wohlfahrt aller, und nicht dem Vorteil des Geschlechts allein dienen.“ — „Erwacht Ihr Frauen!“ ruft Olympe de Gouges, „die Fackel der Wahrheit hat die Wolken der Torheit und der Tyrannei zerstreut; wann werdet Ihr sehend werden? Vereint Euch; setzt der Kraft der rohen Gewalt die Kraft der Vernunft und Gerechtigkeit entgegen.“

Ihre Worte fanden lebhaften Widerhall. Viele Frauen erklärten sich bereit, für die Rechte des weiblichen Geschlechts zu kämpfen, die ersten politischen Frauenvereine entstanden, Aber die Nationalversammlung wollte von dieser Auslegung der Menschenrechte nichts wissen, das Wahlrecht blieb auf die Männer beschränkt, und schon bald begann der Kampf gegen die politischen Frauenorganisationen. Olympe de Gouges hatte in aller Oeffentlichkeit das Blutvergießen durch die Republikaner heftig getadelt und besonders Robespierre angegriffen; die von ihr gegründeten Vereine stellten sich auf ihre Seite. Die Führerin wurde verhaftet und nach kurzem Prozeß am 3. November 1793 enthauptet. Olympe de Gouges hatte das Schafott besteigen dürfen, die Rednertribüne war ihr versagt geblieben.

Inzwischen war die Verfolgung aller Frauenvereine — nicht nur der politischen — planmäßig durchgeführt worden. Sie erschienen den Republikanern gefährlich; trotz aller Versuche, ihre Tätigkeit zu rechtfertigen und zu verteidigen, beschloß der Konvent im Oktober 1793 die Auflösung der Frauenvereine, und die Kommune stimmte diesem Beschluß zu. Bei der Begründung des Antrages wurden die gleichen Argumente vorgebracht, die heute noch den Hauptbestandteil der Reden von den Gegnern des Frauenwahlrechts bilden. So sagte der Deputierte Amar u. a.:

„Die politischen Rechte der Bürger bestehen darin, im Interesse des Staates Beschlüsse zu fassen, sie durchzusetzen und der Gewalt zu widerstehen. Haben die Frauen die moralische und physische Kraft, welche das eine wie das andere dieser Rechte erfordert? Die allgemeine Ueberzeugung spricht dagegen.“

Ehrbarkeit erlaube es dem Weibe nicht, sich öffentlich zu zeigen und mit den Männern zu diskutieren. Als eine Abordnung von Frauen sich Einlaß zur Kommune erzwang, wurden sie mit einer Rede des Generalprokurators Chaumette empfangen, die an die Sentimentalität der Männer appellierte und dadurch auch diejenigen gewann, die durch den Deputierten Amar nicht überzeugt worden waren. Chaumette rief aus:

„Die Natur sagte der Frau: Sei Weib! Die Erziehung der Kinder, die häuslichen Sorgen, die süßen Mühen der Mutterschaft — das ist das Reich Deiner Arbeit; dafür erhebe ich Dich zur Göttin des häuslichen Tempels, Du wirst durch Deine Reize, durch Deine Schönheit, durch Deine Tugenden alles beherrschen, was Dich umgibt!“

Das wirkte. Die Kommune ging so weit, ein für allemal die Annahme von Frauendeputationen zu verweigern, die Tribünen vor den Frauen zu schließen und endlich durch Gesetz zu bestimmen, daß die Frauen mit Gefängnis bestraft werden sollten, wenn sie sich zu mehr als fünf versammelten. Unter diesen Umständen mußten die Frauenorganisationen zusammenbrechen. Die Zeit war noch nicht reif für ihre Forderungen.

Nur ganz vereinzelt fanden sich Männer, die sich auf ihre Seite stellten, unter ihnen nahm der Philosoph Condorcet die erste Stelle ein. Schon im Jahre 1789 hatte er über das Bürgerrecht der Frauen geschrieben und bedauert, daß das Prinzip der Gleichheit, das die Revolution aufgestellt hatte, vor der Frau Halt mache. Er widerlegte alle Gründe, die gegen die politische Betätigung der Frauen angeführt werden konnten und ganz besonders hob er hervor, daß

„das geringere Maß an Kenntnissen, die schwächere Urteilskraft, die man den Frauen zum Vorwurf mache, selbst wenn man sie zugeben wolle, nicht als Grund angesehen werden könne, sie politisch für rechtlos zu erklären. Als Konsequenz dieser Anschauung müsse man sonst auf jede freie Verfassung verzichten und die Regierung, wie den Einfluß auf die Gesetzgebung nur der sehr kleinen Zahl kenntnisreicher und wahrhaft aufgeklärter Männer überlassen.“ (Lily Braun, „Die Frauenfrage“. Leipzig 1901.)

Diese Widerlegung hat noch heute ihre gleiche Bedeutung allen denen gegenüber, die davon reden, daß die Frau erst politisch gebildet, „gehoben“ werden müsse, daß sie noch nicht reif sei an der Politik teilzunehmen.

Condorcet stand ziemlich allein in Frankreich. Seine Worte fanden kein Echo bei den Männern seiner Zeit, und die Frauen konnten nicht mehr darauf rechnen, in der nächsten Zukunft ihre Forderungen verwirklicht zu sehen.

Um die gleiche Zeit, als die Frauen der französischen Revolution, unter denen vor allem noch Madame Roland, die Marquise Condorcet, Madame Tallien, Rose Lacombe genannt werden müssen, an den Kämpfen für die Freiheit teilnahmen, erschienen, beeinflußt durch die französische Bewegung, in England und in Deutschland zwei Schriften, die zunächst ebenfalls wegen ihrer Tendenz großes Aufsehen erregten. In England schrieb Mary Wollstonecraft im Jahre 1792 ihre „Verteidigung der Rechte der Frau“. Sie war viel zurückhaltender und vorsichtiger in ihren Forderungen als Condorcet, aber ihr Buch war doch eine freie und kühne Stellungnahme gegen die Reaktion und für die neuen Ideen. Sie verlangt vor allem eine andere Erziehung der Mädchen. Die Töchter sollen an Arbeit gewöhnt werden, statt der „Damen“ die man erziehe, werde man dann Frauen haben. Die bisherige Art der Erziehung müsse die Frauen naturnotwendig zu minderwertigen Menschen machen. Im Gegensatz zu Condorcet hält Mary Wollstonecraft die Reform der Mädchenerziehung für die Vorbedingung der politischen Gleichberechtigung. Wenn sie dann zu vernünftigen Wesen erzogen worden seien, dürfen sie auch nicht mehr als Sklaven behandelt werden und müssen dieselben Rechte haben wie die Männer.

Mary Wollstonecraft wurde wegen dieses Buches aufs heftigste von allen Seiten angegriffen. Sie hatte zu schonungslos die Fehler und Schwächen der Frauen aufgedeckt und man vergaß darüber vollständig, daß sie ihrem Geschlecht den Weg zu einem reicheren und schöneren Leben zeigte.

In Deutschland kam im gleichen Jahre Hippels „Ueber die bürgerliche Verbesserung der Weiber“ heraus. Zweifellos war auch Hippel stark von der französischen Revolution beeinflußt. Sein Buch stellt eine umfangreiche Widerlegung aller je erhobenen Einwände gegen die Gleichberechtigung der Frauen dar. Eine geistvolle und witzige Schrift, aber schwer zu lesen. Hippel schweift oft von einem Gedanken zu einem anderen ab, um dann nach längerer Zeit zum ersten zurückzukehren, und dadurch verliert das Buch an Kraft. Der Einwand, daß die Männer bisher allein Rechte besaßen, kann ihm kein Grund sein, sie den Frauen weiter vorzuenthalten. „Mißbrauch des Rechtes verwirkt nicht das Recht, Menschenrechte können niemals, Bürgerrechte nur durch Felonie verloren werden.“ Und später sagt er einmal:

„Ach! auch selbst dem, der an der Kette erzogen ist, blitzt der Name Freiheit auf, dieser göttliche Funke, durch den wir sind, was wir sind, und der uns so wenig schrankenlos macht, daß er uns vielmehr fester als alles an das Allerheiligste der Gesetze bindet.“

Hippel will die vollkommene Gleichberechtigung von Mann und Frau, nur das Monopol des Schwertes solle den Männern bleiben, wenn „der Staat sich nun einmal nicht ohne Menschenschlächterei behelfen kann oder will!“

In den drei großen europäischen Kulturländern tauchte fast gleichzeitig die Forderung des Frauenwahlrechts auf. In Frankreich wurde sie am leidenschaftlichsten vertreten, in England erhob nur eine Frau ihre Stimme für die Befreiung des weiblichen Geschlechts; in Deutschland stand ein Mann auf; die Frauen waren noch nicht so weit. — Jetzt nach mehr als hundert Jahren ist noch in keinem dieser Länder das politische Wahlrecht der Frauen Tatsache geworden. Ist die Zeit dafür noch nicht gekommen; sind die wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen die Forderung beruhen muß, in Frankreich, England und Deutschland noch nicht vorhanden?

T. B.

## Frauenarbeit auf dem Lande.

In konservativen Blättern findet sich folgende Notiz:

„Der Sonderausschuß der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für Landarbeit hat sich während der letzten Jahre wiederholt mit der wichtigen Frage der Frauenarbeit und des Hofgängerwesens beschäftigt. Es darf nicht unbeachtet bleiben, daß durch zweckmäßige Heranziehung der Frauen und schulentwachsenen Kinder zu den Landarbeiten ein ganz erheblicher Teil der fehlenden Hilfskräfte ohne weiteres verfügbar gemacht werden kann. Selbstverständlich darf die Mitarbeit der Hausfrauen nicht auf Kosten der häuslichen Pflichterfüllung geschehen, sondern nur in den Grenzen, die eine ordentliche Führung des Haushalts gewährleisten. Bei den heranwachsenden Kindern unserer Landarbeiterbevölkerung aber, die kaum der Schule entwachsen, Elternhaus und Heimat verlassen und dem Zuge in die Großstadt folgen, kann eine zweckmäßige Ausgestaltung des Hofgängerwesens Seßhaftigkeit und Liebe zur heimatlichen Scholle in hohem Maße entwickeln. — Es ist an der Zeit, die zahlreichen Erfahrungen praktischer Landwirte auf diesem Gebiete an sachverständiger Stelle zu sammeln und zu sichten. In dieser Absicht hat der Sonderausschuß der D. L. G. für Landarbeit einen „Unterausschuß für Frauenarbeit und Hofgängerwesen“ begründet. Der Unterausschuß hat nun zunächst den Wunsch, mit möglichst zahlreichen Praktikern in Verbindung zu kommen, die in ihren landwirtschaftlichen Betrieben die Mitarbeit der Hausfrauen und der heranwachsenden Kinder zweckmäßig ausgestaltet und auf diese Weise den Bedarf an Wanderarbeitern vermindert oder sogar ausgeschaltet haben.“

Schon jetzt ist der Anteil der Frauen und Kinder an der Erwerbsarbeit in der Landwirtschaft recht groß. Die Bestrebungen der Agrarier gehen aber dahin, noch mehr Frauen und Jugendliche heranzuziehen. Es ist bezeichnend, daß als Form für dieses Arbeitsverhältnis das „Hofgängerwesen“ empfohlen wird, wonach die Arbeitenden nicht mit ihrer vollen Arbeitskraft herangezogen werden, sondern nur zu Teilleistungen (einzelnen Tagen bezw. Tageszeiten in der Woche) verpflichtet werden. Natürlich geschieht das nicht mit Rücksicht auf die häuslichen Pflichten der Landarbeiterfrauen, sondern weil den Agrariern mit einer zeitweiligen Arbeitsleistung besser gedient ist und weil das Hofgängerwesen die Leute an die Scholle, d. h. an den agrarischen Unternehmer fesselt, ohne daß der Agrarier voll für den Unterhalt der Arbeitskräfte aufkommen müßte. Durch das Hofgängerwesen erhält der Agrarier billigere und abhängigere Arbeitskräfte, als es die Wanderarbeiter sind.

## Literarisches.

**Hedwig Dohm** als Vorkämpferin und Vordenkerin neuer Frauenideale. Von Adele Schreiber (Märkische Verlagsanstalt, Berlin, 1,40 M.). Vor einigen Monaten feierte Hedwig Dohm, eine der ältesten und treuesten Vorkämpferinnen der bürgerlichen Frauenemanzipation, ihren 80. Geburtstag. Als ein Gedenkbuch zu diesem Tage ist die Schrift von Adele Schreiber zu werten. Die Arbeit verzettelt sich nicht in biographische Einzelheiten, sondern gibt im Anschluß an die Schriften Dohms ein frisches Bild von der frischen Kämpfernatur Dohms und wirbt zugleich für die Dohmschen Ideen.

## Tagungen.

**Die 3. deutsche Konferenz für Arbeiterinneninteressen** wird vom ständigen Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninteressen am 19., 20. und 21. Februar im Architektenhaus, Wilhelmstr. 92, abgehalten. Folgende Fragen werden verhandelt: 1. Ergebnisse einer Untersuchung über die Lebensverhältnisse der ländlichen Arbeiterinnen; Referenten: Herr Professor Dr. Anhagen, Frl. Gertrud Dyhrenfurth. 2. Die Entwickelung der Frauenarbeit in der Maschinenindustrie; Referentin: Dr. Elisabeth Altmann-Gottheiner. 3. Die Entwickelung der Frauenarbeit in der Konfektionsindustrie; Referentin: Dr. Marie Elisabeth Lüders. 4. Die Lage der weiblichen Angestellten in den Wasch- und Plättanstalten; Referentin: Frl. Elisabeth Bernhard. Nach den Vorträgen findet Diskussion statt. — Der „Ständige Ausschuß“ setzt sich aus Vertretern bürgerlicher Organisationen zusammen.

**Ueber „Beruf und Ehe, Frauenemanzipation, Menschheitsbefreiung“** spricht Frau Lily Braun in einer Versammlung am Mittwoch, den 21. Januar 1914, abends 8½ Uhr, im Saale des Schillertheater-Restaurants, Charlottenburg, Bismarckstr. 110 I am Knie. Eintritt 1 M.

# Versammlungen.

**Ist die „Freie Vereinigung der Kinooperateure Deutschlands" eine gelbe Bewegung?**

Ueber dieses Thema referierte in einer in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Kinooperateure Groß-Berlins Buschick vom Deutschen Metallarbeiterverband. Der Redner gab eine allgemeine Darstellung von dem Wesen der gelben Gewerkschaften und ihrem verräterischen Treiben. Im Anschluß hieran kennzeichnete er das Verhalten der Freien Vereinigung der Kinooperateure und erklärte, daß diese eigentlich noch tief unter den gelben Gewerkschaften stände, da sie sich freiwillig zur Schutztruppe des Unternehmertums hergäbe. Der Charakter dieser gelben Vereinigung zeige sich am deutlichsten in dem Ausspruch, daß durch einen Tarif das Verhältnis zwischen Kinooperateuren und Kinobesitzern nur leiden werde. Die Vereinigung will also das gute Verhältnis mit den Unternehmern aufrechterhalten durch die Schutzlosigkeit und Rechtlosigkeit der Angestellten. Weiterhin sei auch bezeichnend für die Freie Vereinigung, daß sie ausdrücklich betont, die Lage der Operateure nicht durch „Streiks oder Gewaltakte" verbessern zu wollen, weshalb sie sich keiner modernen Gewerkschaft anschließen könne. Auch pflege sie den Standesdünkel, indem sie die Gruppe der Kinooperateure als einen besonderen Stand darstelle. Daß sie den Kampf nicht wolle, gehe aus dem jämmerlichen Bittgesuch hervor, das an die Kinobesitzer gerichtet war, und das die Freigabe des Heiligabends betraf. Der Referent schloß mit der Aufforderung an die anwesenden Operateure, sich Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiterverbande anzuschließen, der einzig und allein gewillt und imstande sei, die Interessen der Operateure wirksam zu vertreten.

Ein Mitglied der Freien Vereinigung suchte die Ausführungen des Referenten zu entkräften und den in Leipzig vom Deutschen Transportarbeiterverband abgeschlossenen Tarif für die Kinoangestellten als wertlos hinzustellen. Der Redner erhielt aber die nötige Belehrung aus der Mitte der Versammlung. Buschick selbst betonte in seinem Schlußwort, daß der Redner kein Recht habe, über den Tarif so zu sprechen. Es wäre eine Lohnaufbesserung von acht bis zehn Mark pro Woche und fernerhin ein freier Tag im Monat für sämtliche Kinoangestellte erzielt worden.

Jedenfalls hat die Versammlung gezeigt, daß der Freien Vereinigung mit ihrem Bestreben nicht viel Glück erblühen wird, und daß auch diejenigen Operateure, die ihr heute noch angehören, sehr bald einsehen werden, daß ihre Interessen wirksam nur in einer großen modernen Kampfesorganisation vertreten werden können.

## Quittung über Beiträge zum Bebel-Fonds.

X. Sch. 5,—. Tapezierer der Firma Fastrupp 10,—. Porzellanarbeiter Charlottenburg 19,15. 7. Abt. A.-N.-S. „Solidarität". Rekruten-Abschiedsball 3,50. Lagerhalter der 8. Abt. Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend 8,—. Zigarettenmaschinenführer Berlin und Reparaturschlosser 110,—. G. J. 75,—. S., Wilmersdorf 20,—. Sechserkasse der Möbelfabrik Union 10,—. Stiftungsfest der Schneider, gesammelt am Kaffeetisch durch Alde 3,50. Kollegen und Kolleginnen Kankorowicz u. Buthe, Prinzessinnenstraße 6,20. Referat Stulz, Handlungsgehilfen 6,—. Fahr- und Automobilführwesen Paul Gorke, 2. Rate 5,—. Vergnügen des Frauenleseabends 26. Abt. 4. Kreis 3,—. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Fa. Ullstein u. Co. 76,30. E. Cords 10,—. Von den Kollegen der Fa. Ekrzywan u. Co., Elisabethufer 55 5,—. O. Anton 1,50. Paul Bergmann, Schlächter 15,—. Deutscher Metallarbeiterverband, Gruppe Kinooperateure 10,—. G. durch U. 5,—. Aus Poritz durch Körsten 1,—. A. G., 4. Rate 200,—. Organisierte Fleischergesellen Neukölln 15,50. Zürichergruß 5,—. Ueberschuß von der Kranzspende A. B. durch W. Pletz 5,30. Sammelliste zur Errichtung von Jugendheimen 9,60. 5. Kreis auf Listen 265,80. (Darunter: 1. Abt. durch Gen. Huhnfleisch auf Listen 1,—. 1a Abt. durch Gen. Bieck auf Listen 37,25. 1b Abt. durch Gen. Chmilewski auf Listen 5,45. 3. Abt. vom Bezirk 419 durch Gen. Hauck 6,60. 4. Abt. durch Gen. Schmidt auf Listen 59,10. 5. Abt. durch Gen. Stindt auf Listen 11,25. 6. Abt. durch Gen. Hacker auf Listen. 14,50 u. 20,65. 7. Abt. von den Kollegen der Firma Bottner u. Dünzer 30,—. 7. Abt. von den Kollegen der Firma Bortreffich 10,—. 7. Abt. durch den Gen. Böttcher auf Listen 70,—. Dr. Liebknecht 10,—. 2. Kreis auf Listen a konto 655,60. Piano-Mechanikfabrik A. Legow, Ellenstraße 10,—. 6. Kreis auf Listen 3801,78. Werkzeugmacher A. für Ueberstunden 8,—. Sparverein „Vorwärts 1912" 7,20. Kranzüberschuß 6. Abteilung 3,—. Durch Bartosek 9,20. Durch Brandtner 1,05. Von den organisierten Einkassierern und Kassenboten im D. T. V. 10,—. 4. Kreis auf Listen 799,—, darunter Abt. Blechwalzwerk Rosenthal Bergmann 2. 11661 20,05. P. Müller, Lichtenberg 15,—.

**Berichtigung:** In der Quittung vom 10. Dezember heißt es: Abt. Werkzeugbau der Firma Schwarzkopf, Werk Wildau 10,—, es soll heißen: von der Firma Mattel-Schwarzkopf, Werk Wildau 10,—. Außerdem: Verband der Schneider, Ortsverwaltung Berlin 5,50, es soll heißen: durch Vermittelung des Verbandes der Schneider, Ortsverw. Berlin 5,50.

Die Sammlungen zum Bebelfonds sind noch nicht abgeschlossen.

Weitere Beiträge sind zu richten an **Emil Boeske, Berlin SW 68, Lindenstraße 2 I.**

**Marktpreise von Berlin am 13. Januar 1914.** nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums. Mais (mixed), gute Sorte 16,90—17,00, Donau 16,00—16,50. Mais (runder), gute Sorte 14,70—15,00. Richtstroh 0,00—0,00, Heu 6,60—8,00.

**Markthallenpreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 36,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,20. Hechte 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,20. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 3,00—24,00

---

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**
Frankfurter Viertel. Bezirk 273.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Töpfer

**Franz Hagen**

Friedrichsberger Str. 23 gestorben ist. 210/12

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

**Der Vorstand.**

---

**Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis**
Stralauer Viertel. Bezirk 306.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau

**Wilhelmine Wehlan**

Müncheberger Straße 34, gestorben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

210/11 **Der Vorstand.**

---

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.**

Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 12. d. M., unser langjähriges, treues Mitglied

**Frau Minna Wehlan**

nach einer schweren Operation gestorben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

59/2 **Der Vorstand**

---

**Zentralverband der Lederarbeiter**
**Filiale Berlin I.**

Hierdurch den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

**Robert Meinhardt**

am 12. d. Mts. gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freienwalder Straße, aus statt.

Um zahlreiches Geleit ersucht

134/2 **Der Vorstand.**

---

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**
**Verwaltungsstelle Berlin.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

**Hermann Rogge**

Neukölln, Selchower Straße 5, am 13. d. M. an Blutsturz gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

110/15 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Danksagung.**

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen lieben Mannes und Vaters spreche ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Redner, Herrn Gottfried Schulz, und der Firma Krüger meinen herzlichsten Dank aus. 530b

**Ida Strempel** nebst Sohn.

---

Hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager und Onkel, der Gastwirt

**Reinhard Grunwald**

nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

**Auguste Grunwald** geb. Hübner nebst Söhnen.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes aus statt. 115A

---

Am Montag, den 12. Januar, nachmittags 4½ Uhr, verschied nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau

**Berta Förster** geb. Lemke

im 29. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an

**Artur Förster**
Blücherstr. 13.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Januar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heil. Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, statt. 8/15

---

Angemeine
**Orts-Krankenkasse**
für
**Berlin-Tempelhof**

**Berichtigung**

zu der in Nr. 7 vom **8. Januar** veröffentlichten

**Bekanntmachung.**

Das Ergebnis der Stimmenabgabe bei der am **30. Dezember 1913** stattgefundenen Wahl der Arbeitgeber für den Ausschuß der **Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Berlin-Tempelhof** lautet nicht von Liste I vier, sondern nur **drei**, so daß Herr **August Müller nicht** gewählt ist, während von Liste II außer den bekanntgegebenen Namen der Gewählten Herr **Karl Schadack** als gewählt hinzukommt. 267/5

Berlin-Tempelhof, 14. Januar 1914.

**Albert George,** 1. Vorsitzender.

---

**Dr. Simmel**
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
**Prinzenstr. 41.** dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7. Sonntags 10—12.

---

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

---

gesündeste
**Der Kakao**
ist wegen seiner die Gesundheit fördernden Eigenschaften, seines Wohlgeschmacks und hohen Nährwertes

D. Rud. Weil's
Nährsalz-Bananen-Kakao

Besonders für **Blutarme, Genesende, Nervöse, Kinder** und **stillende Mütter.** Nicht stopfend. Paket = ¼ Pfund 1 Mark. 5 Pakete 4,75 Mark. Paket = ¼ Pfund 0,50 M.

Alleiniger Fabrikant:
**D. Mader, Prinzenstr. 86.**

Zu haben in den Filialen der
**Konsumgenossenschaft**
Berlin und Umgegend.

---

# Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

**V. a. G. Hamburg.**

## Mitgliederversammlungen der Filialen

finden statt:

| | |
|---|---|
| Filiale Berlin 1: | **Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 Uhr, Habels Brauerei, Bergmannstr. 5—7.** |
| „ Berlin 2: | **Montag, den 19. Januar, abends 8½ Uhr, bei Sitzlach, Ritterstr. 121.** Kassenbericht. Verschiedenes. |
| „ Berlin 3: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, bei Kayser, Reichenbergerstr. 154.** Kassenbericht. Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. |
| „ Berlin 4: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, bei Bringmann, Andreasstr. 26.** Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. |
| „ Berlin 5: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, bei Thiel, Rückerstr. 7.** Jahresbericht und Verschiedenes. |
| „ Berlin 6: | **Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.** Kassenbericht. Wahl eines Revisors. Beschlußfassung über Abhaltung eines Sommerfestes. |
| „ Berlin 8: | **Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 Uhr, bei Voigt, Badstr. 58.** Kassenbericht. Stellungnahme zur Unterstützungskasse. |
| „ Berlin 9: | **Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 Uhr, bei Liehr, Berlichingenstr. 14.** |
| „ Berlin 10: | **Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 Uhr, bei Faber, Stephanstr. 11.** |
| „ Berlin 11: | **Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 Uhr, bei Rapp früher Nißle, Dennewitzstr. 13.** |
| „ Berlin 12: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, bei Tauschel, Kameruner Str. 58.** |
| „ Berlin 13: | **Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 Uhr, bei Heinke, Kopenhagener Str. 67.** |
| „ Charlottenburg: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3.** Vortrag und Kassenbericht. |
| „ Köpenick: | **Sonnabend, den 17. Jan, abends 9 Uhr, bei Merkert, Rosenstr. 10.** |
| „ Neukölln: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, bei Tappert, Steinmetzstr. 114.** Nach der Versammlung: Gemütl. Beisammensein. |
| „ Reinickendorf-Ost: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 9 Uhr, bei Brückner, Provinzstr. 74.** |
| „ Rosenthal: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, bei Barth, Viktoriastr. 7.** |
| „ Schöneberg: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 9 Uhr, im Kassenlokal: Martin-Luther-Str. 69.** |
| „ Steglitz: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, im Kassenlokal: Mommsenstr. 7.** |
| „ Tempelhof: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8 Uhr, bei Benscheck, Mariendorf, Chausseestraße 27.** |
| „ Tegel: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, bei Hugo Sorrer, Schieperstr. 68.** |
| „ Weißensee: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, bei Penschert, Berliner Allee 251.** |
| „ Lichtenberg II: | **Sonntag, den 18. Januar, vorm. 9½ Uhr, bei Oskar Blume, Alt-Boxhagen 56.** Kassenbericht. Interne Kassenangelegenheiten. |
| „ Niederschöneweide: | **Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 Uhr, bei Raabe, Wilhelminenhofstr. 42.** Kassenbericht vom 4. Quartal. Verschiedenes. |
| „ Lichtenberg I: | **Sonnabend, den 17. Jan., abends 8½ Uhr, bei Johann Blum, Frankf. Chaussee 116.** |

Rege Beteiligung der Mitglieder erwünscht. 110/14

**Die Ortsverwaltungen.**

---

# Deutscher Arbeiter-Wanderbund
## „Die Naturfreunde"

**Ortsgruppe Berlin.**

**Sonntag, den 18. Januar 1914,** im großen Saale des **„Gewerkschaftshauses", Engelufer 15:**

## „Wenn wir wandern!"

**Großer Lichtbilder-Vortrag** mit 100 Bildern nach Originalaufnahmen des Vortragenden Genossen **Georg Krämer.**

1. Teil: **Durch die Uckermark.** 2. Teil: **Rügen.**
3. Teil: **In der Juninacht.**

Nach dem Vortrage:

TANZ Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen **50 Pf.** nach TANZ

**Einlaß 6 Uhr** **Eintritt 30 Pf.** **Beginn 7 Uhr**

---

**itesser**

**Pickel, auch die hartnäckigsten, fettglänzende Haut u. sonstige Hautunreinigkeiten** werden am **sichersten** durch meine seit fast 25 Jahren bewährten Spezialmittel beseitigt. Garantiert wirksam und unschädlich! **2.50 M.**
**Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**

---

**Spezialarzt**
**Dr. med. Wockenfuß,**
**Friedrichstr. 125** (Oranienb. Tor)
**für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur** (Dauer 12 Tage). **Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise.**
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

---

## Zentralverband der Handlungsgehilfen.
## Sektion der Lagerhalter.

**Sonntag, den 18. Januar, mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 1:**

## Konferenz der Lagerhalter der Provinz Brandenburg.

Tagesordnung:

1. **Konsumgenossenschaftliche Zeit- und Streitfragen unter Berücksichtigung der Bezirkskonsumvereine und ihrer Verwaltungen.** Referent: Kollege **G. Döhnel.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 77/3

Zu dieser Konferenz sind die Verwaltungen der Konsumvereine der Provinz Brandenburg eingeladen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kollegen wird dringend gebeten.

**Die Sektionsleitung.** J. A.: **Aug. Beck,** Adlershof.

---

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

**Zweigverein Berlin.**

## Mitglieder-Versammlungen.

**Freitag, den 16. Januar 1914, abends 8 Uhr:**
**Nordosten** bei **Spaeth,** Georgenkirchstraße 65.
**Westen** bei **Wiemers,** Bülowstraße 58.
**Pankow** im „Türkischen Zelt", Breitestraße 14.

**Sonnabend, den 17. Januar 1914, abends 8 Uhr:**
**Zehlendorf** bei **Mickley,** Potsdamer Straße 25.

**Sonntag, den 18. Januar 1914, vormittags 10 Uhr:**
**Süden** bei **Pfeffer,** Kottbuser Ufer 61.
**Oranienburger Vorstadt** bei **Dahms,** Schlegelstraße 9.
**Moabit** im „Gesellschaftshaus", Wiclefstraße 24.
**Wilmersdorf** im „Viktoria-Garten", Wilhelmsaue 114/115, (kleiner Saal).
**Schöneberg** bei **Ebrecht,** Meininger Straße 8.
**Mariendorf** bei **Richter,** Chausseestraße 27.
**Steglitz** bei **Heizmann,** Florastraße 4.
**Reinickendorf** bei **Andero,** Hauptstraße.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag über: **Die Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband.** 2. Neuwahl der Bezirksleitung. 3. Vorschläge zur Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes, der Revisoren sowie der Schlichtungs- und Beschwerdekommissionen. 4. Verschiedenes.

Wir ersuchen um vollzähligen Besuch obiger Versammlungen.

**Zugleich weisen wir darauf hin, daß durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung Umbauten des Bureaus notwendig sind, weswegen Bibliotheksbücher jetzt nicht ausgegeben werden können.**

**Der Vorstand.**

---

## Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

**Zahlstelle Berlin SO. 16. Engelufer 15 I.**
Fernspr.: Amt Moritzplatz 11 371.

## Steinarbeiter!

**Sonntag, den 18. Januar, vorm. 10 Uhr, in den Arminhallen,** Kommandantenstr. 58/59:

## Kombinierte Versammlung.

**Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.**

Wegen der Wichtigkeit derselben ist jeder Kollege verpflichtet zu erscheinen.

Um Pünktlichkeit ersucht 171/2* **Die Ortsverwaltung.**

---

# SINGER

Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!

Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

**SINGER CO.**
**Nähmaschinen Act. Ges.**
Berlin, Leipziger Str. 92.
**Läden in den verschiedenen Stadtteilen.**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Parteiangelegenheiten.

**Vierter Wahlkreis.** Morgen Freitag, den 16. Januar, abends 9 Uhr, beginnt bei Boeker, Weberstr. 17, der Einführungskursus über „Die Gedankengänge des wissenschaftlichen Sozialismus“. Vortragender ist Redakteur Genosse Däumig. Teilnehmerkarten a 30 Pf. sind noch zu haben.

**Storkow, Kummersdorf und Umgegend.** Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr: Große öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Adolf Helling in Kummersdorf. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Fritz Zubeil, Berlin, über: „Wer sind die Feinde der kleinen Landwirtschaft, und wo bleiben die Steuergroschen?“

Genossen, agitiert für guten Besuch!

**Treptow-Baumschulenweg.** Morgen Freitag, abends 7½ Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

**Tegel.** Am Sonnabend, den 17., findet für Tegel eine Flugblattverbreitung statt.

# Berliner Nachrichten.

**Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres abends von 7—9 Uhr statt.**

### Der Kohlentopf der Großen Berliner Straßenbahn.

Vor Zeiten, als es noch keine Kamine und Oefen gab, suchte man sich vor der Winterkälte dadurch zu schützen, daß man in den Wohnraum einen mit glühenden Kohlen gefüllten Topf stellte. Der Kohlentopf spendete zwar wenig Wärme, er stömte aber sehr viel üble Dünste aus. Damals mag wohl das Menschengeschlecht noch so robust gewesen sein, daß es etwas Kohlendunst ohne erhebliche Gesundheitsschädigung vertragen konnte. Immerhin wird man die Erfindung besserer Heizvorrichtungen mit Freuden begrüßt haben. Der primitive Kohlentopf, an dem sich unsere Urväter wärmten, weil sie nichts Besseres hatten, geriet in Vergessenheit, bis — im Zeitalter der größten technischen Errungenschaften auf allen Gebieten — die Große Berliner Straßenbahn den vorsintflutlichen Wärmespender wieder aus der Rumpelkammer hervorsuchte, um ihre Fahrgäste damit zu belästigen.

Lange hat es ja gedauert, ehe sich die Große Berliner Straßenbahn dazu aufschwang, an die Heizung der Wagen zu denken. Als sie dem Druck der öffentlichen Meinung vor einigen Jahren nachgeben mußte, da kam sie uns mit dem altväterischen Kohlentopf, der in ihren Händen zwar die Form geändert hat, im übrigen aber in seiner ursprünglichen „Reinheit“ erhalten geblieben ist. Ein Blechkasten mit glühenden Kohlen wird unter die Sitzbank des Wagens geschoben. Wer gerade über dem Kasten zu sitzen kommt, der wird an eine andere mittelalterliche Einrichtung erinnert, denn bald spürt er am eigenen Leibe, wie den armen Sündern, die auf dem Rost über gelindem Feuer langsam zu Tode gebraten wurden, in den ersten Stadien der Hinrichtung zumute gewesen sein mag. Doch das ist noch nicht das schlimmste. Das Vorgefühl des Gebratenwerdens hat immer nur einer oder zwei der Fahrgäste. Alle Insassen des Wagens müssen den entsetzlichen Kohlendunst einatmen, der den ganzen Raum erfüllt. Das ist nun eine Sache, bei der die Gemütlichkeit aufhört. Nicht jeder, der die Straßenbahn benutzen muß, verfügt über eine so feste Gesundheit, daß er eine halbstündige Fahrt in einer mit Kohlendunst geschwängerten Atmosphäre ohne Schaden ertragen kann, namentlich wenn sich solch ein Angriff auf seine Gesundheit täglich mehrmals wiederholt. Uebelkeit, Schwindel, Kopfschmerzen sind für viele die unausbleiblichen Folgen der Fahrt in einem Wagen, der durch den vorsintflutlichen Kohlentopf geheizt wird, welcher übrigens die Temperatur nur wenige Grad über Null erhöht. Es ist geradezu ein Skandal, daß es eine große Verkehrsgesellschaft wagen darf, ihre Fahrgäste mit Kohlendunst zu vergiften.

Im Wagen nicht rauchen, nicht ausspucken, die Hutnadeln sichern, das wird mit Recht im gesundheitlichen Interesse der Fahrgäste verlangt, und doch handelt es sich in allen diesen Fällen nur um die Möglichkeit einer Gesundheitsgefährdung. Aber die Kohlentopfheizung, die eine sichere Gesundheitsschädigung für viele Fahrgäste bedeutet, wird seit vielen Jahren ausgeführt. Sie ist schon oft kritisiert worden, aber das veranlaßt die Große Berliner Straßenbahn nicht, eine bessere Heizmethode einzuführen. Für eine elektrisch betriebene Bahn kann es doch nicht schwierig sein, die Wagen elektrisch zu heizen. Aber die Einrichtung mag wohl etwas mehr kosten als der mittelalterliche Kohlentopf und deshalb bleibt die Große Berliner Straßenbahn bei ihrer primitiven und gesundheitsschädlichen Heizmetode.

Auf Bauten ist polizeilich verboten, Kokskörbe in Räumen aufzustellen, wo Arbeiter beschäftigt sind. Der Kohlentopf im Straßenbahnwagen ist nichts anderes als ein Kokskorb im kleinen Maßstabe. In der Art anders, ist er doch im Wesen dasselbe. Aus denselben Gründen, die den Kokskorb aus den Arbeitsräumen verbannt haben, muß die offene Kohlenfeuerung aus den Straßenbahnwagen verschwinden. Sorgt die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn nicht selbst dafür, dann sollte sie von der Polizei dazu angehalten werden.

### Der Aufschwung des Automobilomnibusses.

Die zukunftsreiche Entwickelung des mechanischen Betriebes zeigt mit besonderer Deutlichkeit das Verkehrsergebnis der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft vom Jahre 1913. Die Zahl der beförderten Personen stieg gegen das Vorjahr um fast 11 Millionen auf 162 860 252 Personen. Die Automobile der Gesellschaft hatten im Jahre 1912 etwas über 9 Millionen Kilometer zurückgelegt. 1913 leisteten sie 12 149 148 Kilometer. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Automobile hat sich denn auch um 59 auf 221 im Laufe des Jahres vermehrt. Der Pferdebetrieb hat darunter verhältnismäßig wenig gelitten. Die Zahl der eingestellten Pferde ist sogar noch um 26 gestiegen und beträgt jetzt 4876. Die Zahl der im Betrieb befindlichen Pferdewagen ist allerdings um 10 zurückgegangen und beträgt jetzt noch 450. Mit dem Ersatz der Pferdelinien durch Automobillinien geht naturgemäß die Benutzung der Zeitkarten für die Pferdelinien zurück. Die Zahl der damit beförderten Personen betrug noch 1 160 649 oder 207 278 weniger als im Vorjahre. Die Zahl der beschäftigten Personen stieg im letzten Jahr um 321 auf 3421. Die aufsteigende Entwickelung des Omnibusbetriebes in der Großstadt zeigt folgende Zusammenstellung der Zahl der beförderten Personen seit 1903 in Millionen: 59, 85, 104, 128, 134, 114, 135, 145, 153, 158, 168.

### Hund, du hast es besser!

In einem bürgerlichen Blatte kann man ein Inserat dieses Inhalts lesen: Salon-Hundelager, bestehend aus Wasserreservoir, Holzrahmen mit elastischer Matratze und gelochter Filzeinlage; eine prächtige, weiche, warme und hygienische Ruhe-Gätte für jeden Hund, fabriziert in sauberer und eleganter Ausführung Otto Kind in Kotthausen.

98 000 Personen haben im Monat November im städtischen Obdach genächtigt. Den Hunden der Begüterten wird ein Salonlager bereitet, aber tausende Menschen müssen sich jeden Abend ein elendes Obdach suchen. Ja man kann gar nicht sagen, daß in Berlin unzählige Arbeiterfamilien wie die Hunde wohnen, ohne Luft und Licht, denn es gibt doch Hunde, die in einem eleganten und hygienischen Salonlager schlafen. Nicht alle, aber doch sehr viele!

### Vorsicht beim Schlittschuhlaufen.

Infolge der strengen Kälte, die im Laufe der letzten Nacht eingesetzt hat, haben sich nunmehr auch die großen Seen in der Umgebung Berlins mit einer allerdings noch sehr dünnen Eisschicht bedeckt. Der Müggelsee war gestern morgen fast vollständig zugefroren, doch ist das Eis noch so schwach, daß Dampfer und Kähne mühelos die dünne Rinde zu durchstoßen vermögen. Auch der Wannsee hat sich eine Eisdecke zugelegt, die kaum einen Zoll stark ist. Die Polizeibehörden von Friedrichshagen und Wannsee warnen daher dringend vor dem Betreten der Eisfläche, ehe nicht die Seen nach eingehender Prüfung freigegeben sind. Wenn die Kälte weiter anhält, dürfte allerdings am kommenden Sonntag in der Umgebung Berlins ein vorzüglicher Sport zu erwarten sein. Der kleine Hundekehlensee im Grunewald weist bereits eine stärkere Eisdecke auf, so daß er wohl schon am Donnerstag oder Freitag als Schlittschuhbahn freigegeben werden dürfte. Auch die Eisbahnen im Tiergarten dürften — natürlich immer Anhalten des Frostwetters vorausgesetzt — am Sonntag eröffnet werden.

**Beim Schlittschuhlaufen verunglückt** sind auf der Krummen Lanke zwei Personen. Der Kaufmann Wirth aus Halensee und ein Fräulein Meinhardt aus Berlin hatten sich, trotz der Warnung anderer Ausflügler, auf das Eis der Krummen Lanke begeben, um Schlittschuh zu laufen. Kaum hatten sie einige Schritte getan, als die dünne Eisdecke nachgab und beide einbrachen. Mehrere Herren, die Augenzeugen des Vorfalles gewesen waren, unternahmen sofort Rettungsversuche, die um so schwieriger waren, als die beiden Verunglückten unter das Eis geraten waren. Erst unter großen Anstrengungen konnten die beiden Personen gerettet werden.

**Die Park- und Gartenbaudeputation** beschäftigte sich gestern in ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre zunächst mit der wichtigen Frage der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Die Regelung soll so stattfinden, daß vom 1. April d. J. die Arbeit nicht mehr um 6 Uhr, sondern um 6½ Uhr beginnt, die Mittagspause in den Sommermonaten um ½ Stunde verlängert wird, so daß um 6 Uhr der Schluß eintritt. Die Berechnung des Gartenbaudirektors ergibt, daß zirka 8 Prozent Arbeiter mehr erforderlich sind und daß im Etat ein Mehr von 125 000 Mark eingestellt werden muß. Fast einmütig stimmte die Deputation der Vorlage zu.

Ferner wurde beschlossen, zur Besprengung der Böschungen des Landwehrkanals ein Motorboot in Bestellung zu geben.

Dem Oekonomen des Karpfenteichs wurde die Erlaubnis erteilt, die Zahl der Boote von 10 auf 16 zu erhöhen.

Für die Fußballspieler sollen einige Plätze im Treptower Park resp. Plänterwald mit zwei Toren errichtet werden; auch wurde dem Antrage, einige Unterkunftshallen zu erbauen, zugestimmt.

Ebenso soll im Kleistpark eine Unterkunftshalle mit Erfrischungsraum errichtet werden.

### Eine Familientragödie.

Ein Familiendrama hat sich am Dienstag in dem Hause Röntgenstraße 11 in Charlottenburg abgespielt. Dort wohnt seit etwa drei Jahren der Briefträger Wegner mit seiner Frau und zwei sechs und zwei Jahre alten Kindern. Die Leute lebten sehr zurückgezogen und unterhielten nur wenig Verkehr mit den anderen Hausbewohnern. Das Eheleben des Paares war ein gutes, doch scheint es in der letzten Zeit infolge der großen Nervosität der Frau wiederholt zu Auseinandersetzungen gekommen zu sein. In den letzten Tagen trug Frau W. ein sehr gedrücktes Wesen zur Schau. Am Dienstagmittag war es zwischen den Eheleuten aus geringfügiger Ursache zu einem Wortwechsel gekommen, der aber sehr bald zu allseitiger Befriedigung beendet wurde. Der Vorfall hatte aber Frau W. sehr erregt, so daß der Mann, der zum Dienst mußte, schon zurückbleiben wollte. Schließlich beruhigte sich die Frau aber anscheinend vollkommen und der Briefträger begab sich nach seiner Dienststelle. Als er am Abend gegen ½11 Uhr nach Hause kam, drang ihm aus seiner Wohnung starker Gasgeruch entgegen. W. ließ sofort, nichts Gutes ahnend, die verschlossene Tür öffnen und nun bot sich ihm ein erschütternder Anblick dar. In der Küche lagen die Frau und die beiden Kinder leblos auf dem Fußboden; die ganze Wohnung war über und über mit Gas gefüllt, denn sämtliche Hähne der Gasleitung standen offen. Ein telephonisch von der nächsten Unfallstation herbeigerufener Arzt stellte fest, daß Frau W. außerdem noch Lysol genommen hatte. Stundenlange Wiederbelebungsversuche waren schließlich bei der Frau und bei dem ältesten Kinde von Erfolg gekrönt; das zweijährige Mädchen war jedoch den Einwirkungen des Gases erlegen. Mutter und Kind wurden in sehr bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause Westend geschafft. Die kleine Leiche wurde beschlagnahmt.

**Um Unglücksfällen beim Eislaufen vorzubeugen,** bringt der Polizeipräsident die Bestimmung des § 30 Absatz 2 der Strom- und Schiffahrtspolizeiverordnung vom 15. Oktober 1899 in warnende Erinnerung, daß das unbefugte Betreten des Eises sowie das unbefugte Schlittschuhlaufen auf den hiesigen Gewässern verboten ist.

Die Polizei- und Stromaufsichtsbeamten sind angewiesen, auf die Beachtung dieser Bestimmung zu halten.

### Der aufgelöste Spielklub.

Ein großer Spielklub wurde in der vergangenen Nacht von der Kriminalpolizei wieder ausgehoben. Es ist die „Gesellige Vereinigung Berlin“, die unter der Leitung des bekannten Leutnants a. D. Theodor Strümpel stand und in der Bellevuestr. 7 fein eingerichtete Räume besitzt. Die Mitglieder und Spieler der Vereinigung sind nicht nur Berliner, sondern Leute, die aus allen Richtungen hierher kamen, sogar aus Paris. Von dort kamen auch die beiden Croupiers Maurice Sichel und Eugen Daudet, die in dem Klub beschäftigt waren. Die auswärtigen Gäste, die zum Spiel hierher kamen, wohnten in hiesigen Hotels. Gespielt wurde Bakkarat, Poker, aber auch Skat. Als in der vergangenen Nacht ein Kriminalkommissar mit mehreren Beamten überraschend erschien, war man wieder eifrig beim Spiel. Der Direktor Leutnant a. D. Strümpel, ein Mann von 37 Jahren, und die beiden Croupiers wurden verhaftet und heute der Staatsanwaltschaft vorgeführt, die Spieler festgestellt. Bei den Croupiers, die sich seit Dezember vorigen Jahres hier aufhalten, fand man 30 000 M.

### Geldschrankknacker in der Krankenkasse und im Konsumverein.

Reiche Beute machten Geldschrankeinbrecher in der vergangenen Nacht hier in Berlin und in Velten. In Berlin machten sie der neuerrichteten Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin einen Besuch. Diese Kasse hat seit drei Wochen in der Kigaer Straße 27 eine Zahlstelle. In den Räumen im ersten Stock des Quergebäudes führen die Schalterbeamten gleich am Eingang den Tag über jeder seine kleine Kasse. Abends werden diese mit der gesamten Einnahme in einen Geldschrank geschlossen, der hinter einer Schranke im Raume des Kassenvorstehers aufgestellt ist. Die „Knacker“ kanteten alle Türen auf, bis sie an den Geldschrank gelangt waren, erbrachen diesen nach der Art gewerbsmäßiger Spezialisten und erbeuteten daraus 7000 M. bares Geld. Die Einbrecher sind wahrscheinlich zwei junge Leute, die eine Frau gegen 2 Uhr nachts von ihrem Fenster aus das Haus betreten und nach einer Weile wieder verlassen sah. Die Frau dachte sich nichts dabei. Erst gestern morgen entdeckte der Kassenvorsteher den Einbruch.

In Velten erleichterten Einbrecher, wahrscheinlich auch Berliner, den Geldschrank des Konsumvereins in der Viktoriastraße um 6000 M. Hier drangen die Verbrecher gewaltsam in das Haus und in die Räume ein.

### Abermals Frau Heers!

In welchem erschreckenden Umfange der Weizen der Frau Heers geblüht haben muß, kann man aus der Tatsache schließen, daß sie gestern abermals vor dem Gewerbegericht, Kammer 3, als Beklagte erschien. Dort verlangten fünf Klägerinnen das Lehrgeld zurück, das ihnen unter der Vorspiegelung von 30 M. Wochenverdienst abgenommen ist. Die Verhandlung ergab im wesentlichen dasselbe Bild, wie früher, warf aber auf Einzelheiten noch einige interessante Schlaglichter.

Zunächst wurde in sämtlichen Fällen festgestellt, daß die Lehrzeit auf 14 Tage gegen Nachzahlung von 5 M. ausgedehnt werden mußte. Zwei Klägerinnen wurden nach beendeter Lehrzeit nicht weiter beschäftigt, weil sie keine Schere vorzeigen konnten. Sie hätten von Frau Heers eine solche kaufen können; aber 3 Mark zahlt niemand gern dafür, wenn sie für 1,25 Mark in jedem Geschäft zu haben ist, wie eine Klägerin festgestellt hat. Auf die Frage eines Beisitzers: „Haben Sie denn immer Beschäftigung für alle, die ausgelernt haben?“ antwortete die Beklagte naiv: „Herr Rat, die können auch in andere Fabriken gehen!“ Von dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß jeder gewöhnliche Sterbliche aus der Annonce entnehmen müsse, daß er bei Frau Heers nach absolvierter Lehrzeit Arbeit erhalten und dabei 30 Mark verdienen könne, daß aber Frau Heers doch offenbar genau gewußt habe, ein derartiger Verdienst könne nach so kurzer Lehrzeit unmöglich erzielt werden, sagte der Prozeßbevollmächtigte der Frau Heers offen heraus:

**„Die Annonce ist lediglich als Zugmittel aufzufassen!“**

Auf die weitere Frage: „Nach welcher Zeit würden denn die Klägerinnen 30 M. pro Woche verdienen können?“ erfolgte die Antwort: „Ungefähr nach dreiviertel bis einem Jahre!“ Damit ist klipp und klar von der Beklagten selbst zugegeben, um welche Art von Unternehmen es sich bei der „Lehranstalt“ handelt. Daran wird auch durchaus nichts geändert, wenn die Beklagte noch mehr solcher Bescheinigungen produziert, wie sie eine in der Verhandlung vorlegte, worin ein Dutzend oder mehr ehemalige Lehrdamen bescheinigen, daß sie bei der Beklagten das Zigarettenmachen erlernt hätten. Die Beklagte irrt auch, wenn sie etwa annehmen sollte, wie aus Aeußerungen ihrerseits hervorzugehen schien, daß ihr Unternehmen auf weniger „zweifelhafte Füße“ gestellt würde, wenn sie das Versprechen auf 30 M. Wochenverdienst künftig in den Annoncen fortläßt.

Erfreulich ist, wenn zutrifft, worüber sich die Beklagte bitter beschwerte, daß sie zufolge unserer Veröffentlichung gegenwärtig keine Lehrdamen mehr hat, während früher in völlig unzulänglichem Raume 18 Personen täglich zusammengepfercht wurden.

Die Klagen wurden sämtlich durch Vergleich erledigt.

**Ein schwerer Straßenunfall** hat sich am Dienstag am Weinbergsweg zugetragen. Dort wollte ein Herr Wilhelm Robbe kurz vor einem in der Richtung nach Charlottenburg fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 33 das Gleis überschreiten. Er wurde jedoch von dem Bahnwagen erfaßt und umgestoßen. R. erlitt einen Schädelbruch und wurde in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause Moabit geschafft.

### Vom eigenen Fuhrwerk überfahren

und schwer verletzt worden ist der Fuhrwerksbesitzer Karl Plath aus der Potsdamer Straße 25. Plath hatte im Auftrage eines Geschäfts Wirtschaftsgegenstände nach dem Dorfe Rohrbeck bei Döberitz zu transportieren. Kurz vor dem Ziele stürzte Plath, als der Wagen gegen einen Chausseestein stieß, von seinem Sitz und kam unter den Wagen zu liegen, dessen Vorderräder über ihn hinweggingen. Der Bedauernswerte trug schwere äußere und innere Verletzungen davon. Bald darauf wurde der Verunglückte aufgefunden und zu einem Arzte gebracht, der ihm Notverbände anlegte und seine Aufnahme in das Krankenhaus Westend veranlaßte. Dort liegt Plath in sehr bedenklichem Zustande danieder.

**Feuer in Lesmanns Ballsalon.** Gestern vormittag kurz nach 8 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Chausseestraße 19 gerufen, wo in Lesmanns Ballsalon Feuer ausgebrochen war. Es brannte ein einstöckiger Fachwerkanbau am Quergebäude, der als Garderobe hergerichtet ist. Die Flammen hatten auch einen Posten Stühle erfaßt. Der 15. Löschzug gab sofort kräftig Wasser, wodurch es gelang, das Feuer auf den Anbau zu beschränken und die eigentlichen Ballsäle zu schützen. Nach einstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. Die Ursache des Brandes ist nicht ermittelt.

**Dachstuhlbrand in der Flotowstraße.** Im Laufe des gestrigen Nachmittags hatte die Berliner Feuerwehr noch zwei größere Brände zu bewältigen. In der Flotowstr. 5 ging in der fünften Nachmittagsstunde der Dachstuhl des Hauses in Flammen auf. Der 15. Löschzug war schnell zur Stelle und griff das Feuer mit zwei Rohren an. Trotzdem dauerte es über eine Stunde, ehe der Brand völlig gelöscht war. Der Dachstuhl ist zu einem erheblichen Teil vernichtet worden.

# Vorortnachrichten.

## Mißliche Zustände bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Adlershof u. Umg.

Die Versicherungsbehörde hat von den in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen die Selbstverwaltung der Kassen erheblich beschränkenden und zum Teil ganz aufhebenden Bestimmungen, ohne Rücksicht auf die Versicherten, den ausgiebigsten Gebrauch gemacht. Nach der Reichsversicherungsordnung sollen die Krankenkassen auf Grund einer Satzung durch einen Vorstand und Ausschuß verwaltet werden. Bei der Adlershofer Ortskrankenkasse ist zurzeit aber weder ein Vorstand noch Ausschuß oder eine Satzung vorhanden. Hier ist einfach der Rendant von der Verwaltungsbehörde bestimmt worden, die Geschäfte der Kasse zu führen. Ueber die Zeit aber, wann die

Wahlen zum Ausschuß stattfinden sollen, scheint sich die zuständige Behörde nicht entschließen zu können. Auch auf die Satzungen der Kasse legt sie, wie es den Anschein hat, wenig Gewicht. Wie wäre es sonst zu verstehen, daß es vom vorigen Jahre im Juli bis jetzt die Versicherungsbehörde unterließ dafür zu sorgen, daß die neuen Satzungen der Kasse, die mit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft treten sollen, den Versicherungsträgern zugestellt wurden. Bereits am 18. Dezember v. J. hat der Teltower Kreistag zum zweiten Male über die Abänderungsvorschläge des Oberversicherungsamtes Beschluß gefaßt. An maßgebender Stelle hätte unseres Erachtens alles daran gesetzt werden müssen, um die Satzungen nun rechtzeitig fertig zu stellen, um sie den Versicherungsträgern auszuhändigen, damit die Ungewißheit beseitigt und Klarheit geschaffen worden wäre. Oder sind absichtlich, wie böse Zungen behaupten, die Entscheidungen mit Bezug auf die in den neuen Satzungen aufgenommenen Verschlechterungen so lange ausgesetzt worden, damit sich die Gemüter erst beruhigen sollen? Es ist an und für sich bedauerlich, daß die Versicherten bei Ueberweisung nach einer anderen Kasse durch die unklaren Bestimmungen oft von einer Kasse zur anderen hin- und hergeschickt werden; noch unangenehmer aber ist es für diejenigen Versicherten, welche in Adlershof, Grünau oder den anderen Vororten wohnen und die der Adlershofer Kasse angeschlossen sind. Von den dort wohnenden Versicherten waren viele als Heimarbeiter bisher in Berliner Kassen versichert. Durch die erfolgte Auflösung der alten Kasse wurden diese Versicherungspflichtigen der Ortskrankenkasse Adlershof zugewiesen, hier wurden sie aber nicht aufgenommen. Die betreffenden Personen mußten nun erst wieder nach Berlin fahren, um endlich zu ihrem Recht zu kommen, und hierbei geht nicht nur das Fahrgeld, sondern auch die Zeit und damit in den meisten Fällen der Arbeitsverdienst verloren. Um all diese unliebsamen Vorkommnisse kümmert sich anscheinend das Versicherungsamt nicht. Seit Montag voriger Woche ist der alte Vorstand seines Amtes enthoben worden. Das Versicherungsamt hat aber nicht etwa dem jahrelang amtierenden Vorsitzenden der Kasse hiervon Mitteilung gemacht — so weit reicht die Höflichkeit der preußischen Behörden nicht —, sondern der Rendant der Kasse mußte den Vorsitzenden erst darauf aufmerksam machen, daß ihm, dem Rendanten, jetzt von der Versicherungsbehörde die Führung der Geschäfte übertragen sei. Gestützt ist die Anordnung auf eine Ministerialverfügung. Die Arbeiter, als Mitträger der Versicherung, haben ein Recht zu fordern, daß diesem unerhörten Zustand sobald als möglich ein Ende bereitet wird. Sie werden darauf drängen, daß unverzüglich die Satzungen den Mitgliedern der Kasse ausgehändigt werden und wieder geordnete Verhältnisse bei der Kasse einziehen. Bei der Wahl aber muß es Ehrenpflicht aller Mitglieder der Kasse sein, dafür einzutreten, daß der Ausschuß sowohl als auch der Vorstand wieder so zusammengesetzt wird, wie es in den letzten vier Jahren der Fall war, nur dann bleibt die fernere gute Entwickelung der Kasse garantiert.

### Charlottenburg.

**Elternverein für freie Erziehung.** Am Sonntag, den 18. d. Mts. im Volkshaus, Rosinenstr. 3 (großer Saal): Märchenaufführung. Zur Aufführung gelangt „Das Märchen vom Fischer un sine Fru", Großes Märchenspiel in 4 Bildern mit Gesang und Reigen nach einer älteren Fabel von Berthold Schröder. Gespielt von 50 Kindern der Mitglieder. Anfang nachmittags 4 Uhr. Eintritt für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 10 Pf. Nach der Aufführung: Gemütliches Beisammensein. Billetts sind zu haben bei Kunschke, Weimarer Str. 31, Harnecker, Helmholtzstr. 34 (Zigarrengeschäft), Grätz, Spreestr. 56, Konsumniederlage, Wallstr. 23, Vorwärtsspedition, Sesenheimer Str. 1 und im Volkshaus, Rosinenstr. 3 (Stehbierhalle). Offene Kasse findet nicht statt.

**Bei der städtischen Sparkasse** überstiegen in den ersten sieben Geschäftstagen des Januar die Mehreinzahlungen die Rückzahlungen um 1 036 468 M. Dieses Ergebnis ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Zinsfuß für die Spareinlagen bereits vom 1. Januar d. J. ab von 3 Proz. auf 3½ Proz. erhöht worden ist. Die gesamten Einlagen der Sparer haben nunmehr den Betrag von 63 000 000 M. überschritten.

### Neukölln.

**Volkstümliche Vorträge.** Der nächste der von der Stadt Neukölln veranstalteten Vorträge findet am Dienstag, den 20. Januar, abends 8½ Uhr, in der Aula der Realschule, Boddinstr. 34-41, als Rezitationsabend für Herrn E. Taeppe-Neukölln statt. Das Programm, welches im Vortragslokal unentgeltlich zur Verteilung gelangt, bringt im ersten Teil „Enoch Arden" von Alfred Tennyson mit der begleitenden Musik von Dr. Richard Strauß. Im zweiten Teile wird Herr Taeppe über weitere ernste und heitere Dichtungen rezitieren. Der Eintritt ist frei. Kindern sowie Schülern, auch in Begleitung Erwachsener, ist der Zutritt nicht gestattet.

### Weißensee.

**Die Weißenseer Bank im Konkurs.** Vor acht Tagen meldeten einige Beauftragte der Sparer ihre Forderungen beim Konkursrichter an und es wurde dem Vorstand und Aufsichtsrat eine Woche Bedenkzeit gewährt. Da jedoch alle bisher vorgeschlagenen Sanierungs- und Liquidationsbemühungen an dem Willen der Genossenschafter scheiterten, so mußte der Konkurs eintreten. Die Weißenseer Bank bestand 34 Jahre und spielte in dem Wirtschaftsleben des Ortes eine bedeutende Rolle. Viele kleine Sparer haben den Verlust ihrer Notgroschen zu beklagen, die im unbegrenzten Vertrauen der Bank übergeben wurden. Wie der Konkurs auf die Geschäftswelt wirken wird, ist noch nicht vorauszusehen, man gibt sich jedoch der Hoffnung hin, daß den Genossenschaftern vom Konkursverwalter Zeit und Gelegenheit gegeben wird, ihre Verhältnisse in aller Ruhe zu regeln.

### Schöneberg-Friedenau.

**Kaufmannsgerichtswahl.** Bei der am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2½ bis 4 Uhr im Rathause zu Schöneberg stattfindenden Wahl der Gehilfenbeisitzer können nur diejenigen Handlungsgehilfen ihre Stimme abgeben, die am Tage der Wahl mindestens 25 Jahre alt, in Schöneberg oder Friedenau beschäftigt und in die Wählerliste eingetragen sind. Die Eintragung kann nur noch bis zum Sonnabend, den 17. Januar, bewirkt werden.

Der Antrag ist entweder schriftlich an den Herrn Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts im Rathause Badensche Str. 59 einzusenden oder mündlich an den Wochentagen von 10 bis 2 Uhr in der Gerichtsschreiberei des Kaufmannsgerichts, Rathaus, Badensche Str. 59 Zimmer 76 (Erdgeschoß) zu stellen. Der Antrag muß enthalten: Des Antragstellers Vor- und Zuname, Wohnung und Stand und die Angabe der Beschäftigungsstelle. Wer nicht in der Wählerliste steht, der verliert sein Wahlrecht. Daher sorge jeder für seine Eintragung. Ev. Auskünfte erteilt der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Münzstr. 20.

### Tempelhof.

**Ein umfangreicher Dachstuhlbrand** kam gestern (Mittwoch) mittag am Hohenzollerndamm 61 in Neu-Tempelhof zum Ausbruch. Als man die Gefahr gegen 11½ Uhr bemerkte, stand der Dachstuhl des Hauses schon in erheblichem Umfange in Flammen. Außer der Tempelhofer Feuerwehr eilte auch ein Löschzug der Berliner Wehr zu Hilfe. Es wurde mit mehreren Schlauchleitungen gegen das Feuer vorgegangen, doch konnte vom Dachstuhl nur wenig gerettet werden. Die Lösch- und Aufräumungsarbeiten nahmen mehrere Stunden in Anspruch.

Einer späteren Meldung zufolge ist bei dem Brand der Feuerwehrmann Lüttich verunglückt. Er erlitt Verbrennungen im Gesicht und erkrankte auch an den Folgen starker Rauscheinatmung. Der Feuerwehrmann Sehdlitz zog sich auf der Fahrt zur Brandstelle eine Fußverstauchung zu.

### Köpenick.

**Großfeuer.** Die Köpenicker Rohpappenfabrik von Mendelssohn u. Wharton in der Kaiser-Wilhelm-Straße 7a wurde gestern vormittag von einem Großfeuer heimgesucht. Der Brand erfaßte das Obergeschoß und den Dachstuhl des Fabrikgebäudes und dehnte sich mit rasender Schnelligkeit auch auf einige Fabrikations- und Lagerräume aus. Die Köpenicker Feuerwehr rückte in ganzer Stärke an und eröffnete sofort einen umfassenden Löschangriff. Später trafen auch noch die Feuerwehren aus Spindlersfelde und Adlershof auf der Brandstelle ein. Die Löschaktion wurde durch eine starke Rauchentwickelung sehr erschwert. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit der Feuerwehren gelang es, den Brand einzudämmen. Der Schaden ist beträchtlich. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts ermittelt. Bei der Firma tritt nur eine vorübergehende Betriebsstörung ein, da genügend Reserveräume vorhanden sind.

### Die Gemeinde-Wählerliste liegt aus:

**Reinickendorf.** Im Rathaus, Hauptstr. 38/40, Zimmer 11, wochentags von 8 bis 3 Uhr und Sonntags von 8 bis 10 und von 12 bis 1 Uhr.

**Treptow-Baumschulenweg.** Im Rathause, Neue Krugallee 1—3, Zimmer 49, von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, an den Sonntagen von 9 bis 10 Uhr vormittags und am Dienstag, den 27. Januar, von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

**Friedrichshagen.** Im Rathause an den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und an den Sonntagen von 9 bis 12 Uhr vormittags.

**Nieder-Schönhausen.** Im Rathaus, Zimmer 24, Werktags von 8 bis 3 und Sonntags von 11 bis 1 Uhr.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Spandau.** Heute Donnerstag, nachmittags 4½ Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses.

**Karlsdorf.** Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes, Adolfstr. 26.

**Teltow.** Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.

**Nieder-Schöneweide.** Heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, im Gemeindehause, Grünauer Str. 1.

**Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.**

# Aus aller Welt.

## Dampferkatastrophe an der amerikanischen Küste.

### 300 Menschenleben in Gefahr.

Ein schweres Dampferunglück meldet der Telegraph aus Halifax. Der der Royal-Mail-Gesellschaft gehörende Dampfer „Cobequid" ist auf einer Fahrt von St. John auf Neubraunschweig nach Bermuda in der Nähe der Neufundlandbänke auf ein Riff aufgefahren und befindet sich in größter Not. An Bord des Schiffes sollen sich etwa 300 Menschen befinden. Auf die funkentelegraphischen Hilferufe sind acht Dampfer, darunter der Dampfer des Norddeutschen Lloyds „Kronprinzessin Cecilie", nach der Unfallstelle abgegangen. Es ist jedoch bisher nicht gelungen, die genaue Lage des gestrandeten Schiffes festzustellen. Man glaubte zuerst, daß es an den Riffen von Briar Island gescheitert sei, doch war das Schiff nicht aufzufinden. Jetzt wird angenommen, daß die „Cobequid" in der Nähe der Grand Mannan-Insel, nicht weit von St. John, gestrandet ist.

Nach einer späteren Meldung hat die funkentelegraphische Verbindung mit dem Royal Mail-Dampfer „Cobequid" aufgehört. Der Leuchtturmwächter auf Briar Island berichtet, daß er außerstande sei, die Lage des Wracks zu bestimmen. Man nimmt an, daß es ein Irrtum des Kapitäns sei, daß das Schiff bei Briar Island gescheitert sei. Ein furchtbarer Nordweststurm erschwert die Rettungsversuche. Die letzte Nachricht des Dampfers war, daß der vordere Schiffsraum voll Wasser sei. Man glaubt, daß der Dampfer 150 Passagiere und ebenso viele Mannschaften an Bord hat. Der „Cobequid" wird für verloren gehalten. Seit Dienstagabend 7 Uhr fehlt jede Nachricht. Regierungsdampfer haben in der Nähe von Briar Island keine Spur von ihm gefunden.

### Die Vulkanverheerungen in Japan.

Ueber den bereits gemeldeten vulkanischen Ausbruch auf der Insel Sakuraschima liegen jetzt eingehendere Nachrichten vor. Die Eruption des Vulkans, der 130 Jahre untätig war, erfolgte mit großer Gewalt. Ungeheure Felsblöcke flogen über 800 Meter hoch und über 30 Kilometer weit. Lavaströme flossen an der Seite des Berges herab und begruben drei Dörfer auf der Insel; die Einwohner flüchteten auf das Festland. Hunderte von ihnen müssen umgekommen sein. Das Feuer sprang auf einen Wald auf dem Festlande über. Weitere Ausbrüche schickten brennende Lava bis nach Kagoschima und steckten diese Stadt in Brand. Auch hier kamen Hunderte um. Die Fliehenden fuhren mit Güterzügen nordwärts ab, und am Abend war die 70 000 Einwohner zählende Stadt vollständig verlassen. Ein in Kumanoto gestern angekommenes Telegramm berichtet, daß der Telegraphist der einzige in Kagoschima zurückgebliebene Beamte sei; die ganze Stadt sei in Asche und Rauch gehüllt.

Das Erdbeben wiederholte sich alle drei bis fünf Minuten. Ein Flüchtling, der nach Nagasaki kam, erzählte, daß er in Kagoschima über 200 Erschütterungen gezählt habe. Bei Beginn des Ausbruchs stiegen Rauch- und Flammensäulen aus verschiedenen Teilen des Berges auf. Vierzig Minuten später begann die Eruption vom Bergwipfel. Die ostwärts liegenden Häuser wurden zuerst vom Feuer ergriffen, das sich schnell ausbreitete.

Die Schrecken des Vulkanausbruches auf Sakuraschima wurden noch vermehrt durch eine hereinbrechende Flutwelle.

Wie aus Tokio berichtet wird, sollen durch die Flutwelle hunderte von Häusern auf Sakuraschima zerstört worden sein. Viele Einwohner, die dem vulkanischen Ausbruch entgingen, fielen den Wasserfluten zum Opfer.

**Tokio**, 14. Januar. Der Vulkan Sakuraschima ist teilweise in sich zusammengestürzt. Die Ausbrüche des Vulkans beginnen nachzulassen.

### Verhaftung einer Mädchenhändlerbande.

Einer der schlimmsten Auswüchse der kapitalistischen Kultur, der Handel mit Menschenfleisch, gedeiht trotz aller getroffenen behördlichen Maßnahmen. Jetzt ist man wieder einer Mädchenhändlerbande, die über ganz Polen verbreitet ist, in Sosnovic auf die Spur gekommen. Die Gesellschaft unterhielt in allen Teilen Russisch-Polens Agenturen. Es gelang, sechs Mitglieder der Bande zu verhaften, von denen vier bereits wegen Mädchenhandels vorbestraft sind. Die Polizei hofft, binnen kurzem noch weitere Mitglieder der Bande verhaften zu können.

### Russisches.

Eine Delegation des Petersburger Bezirksgerichts verhandelte vor kurzem in Peterhof den Prozeß einer angeblichen Räuberbande. Es stellte sich heraus, daß alle Angeklagten völlig unschuldig waren. Bald nach ihrer Verhaftung hatten sie trotzdem ein Geständnis abgelegt, weil sie vom Polizisten Shiwno durch Folterungen dazu gezwungen worden waren. Durch Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß Shiwno die Angeklagten einzeln ins Arrestlokal geschleppt hatte, wo er sie entkleidete und dann mit einem Strick, an dessen Ende ein Stück Eisen befestigt war — verhörte... Unter unmenschlichen Martern hatten die Angeklagten seinerzeit alles, was Shiwno verlangte, eingestanden und unterschrieben. Die Angeklagten wurden freigesprochen. In diesen Tagen hatte sich auch der zarentreue Shiwno vor dem Petersburger Appellhof zu verantworten. Der Appellhof verurteilte ihn zu einem Monat Arrest... Natürlich bleibt er weiter auf seinem Posten!

### Kleine Notizen.

**Eine schwere Bluttat** ist in der Nähe von Prenzlau entdeckt worden. In dem Dorfe Bandelow fand man die Frau des Bäckermeisters Rühling erschlagen auf. Unter dem Verdacht der Täterschaft ist ein Schmiedegeselle namens Prost verhaftet worden.

**Opfer der Arbeit.** Auf der Phönix-Grube in Königshütte sind am Mittwoch ein Schlosser und ein Häuer durch herabstürzende Kohlenmassen verschüttet worden. Beide sind tot. In der Nacht zum Mittwoch wurde ein Häuer durch Herabfallen eines Hammers erschlagen.

**Durch Explosion getötet.** Auf dem Maaskai in Rotterdam explodierten am Mittwoch vormittag einige Flaschen mit Kohlensäure. Eine Person wurde getötet und acht verletzt, darunter zwei schwer. Auch wurde erheblicher Sachschaden angerichtet.

**Unter Lawinen begraben.** Wie die „Neue Freie Presse" aus Innsbruck meldet, ist bei der Abräumung der großen Lawine auf der Mittenwaldbahn eine neue Schneelawine niedergegangen. Mehrere Arbeiter wurden verschüttet, einer getötet, ein zweiter verletzt. Auf der Arlbergbahn ereigneten sich bei Räumungsarbeiten auf dem Bahngleise zwei tödliche Unfälle. Aus vielen Orten kommen Nachrichten über Lawinenstürze, welche beträchtlichen Schaden verursachten.

**Brandunglück.** In Montreal brach Dienstag nachmittag ein großes Schadenfeuer aus, das die katholische Kathedrale von Notre Dame und den Stadtteil zwischen der Kathedrale und dem Wasser bedrohte. Viele Feuerwehrleute sind verletzt worden. Es herrscht sehr heftige Kälte.

## Frauen-Leseabende.

**Mariendorf.** Freitag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, bei Benschek, Chausseestr. 27: Vortrag der Genossin Rosa Luxemburg.

## Veranstaltungen.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Montag, den 19. Januar, abends ½9 Uhr, in Kellers „Neuer Philharmonie", Köpenicker Str. 96/97. Vortrag: „Körperkultur und Kleiderreform" mit Vorführung der verbesserten Ober- und Unterkleidung".

### Jugendveranstaltungen.

**Britz.** Heute abend im Heim: Erster Vortrag des Zyklus: „Unsere großen Dichter in ihren Hauptwerken". Referent: Herr Davidsohn.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres abends von 7—9 Uhr statt.**

— **E. K. 2135.** Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlin, Alexanderstr. 39/40, kann Ihnen den besten Rat erteilen. — **Sparer.** 1. Wir kennen die Kasse nicht. Bei Privatkassen ist jedoch Vorsicht immer geboten. 2. Bei der Konsumgenossenschaft Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße. — **K. H. 29.** Das wird an den Berliner Anschlagsäulen bekanntgegeben. Auch bei jedem Polizeirevier finden Sie eine diesbezügliche Bekanntmachung angeschlagen. — **F. B. 77.** Berlin, Blücherstr. 61. — **M. 35.** Die gewünschte Adresse können wir nicht mitteilen. — **O. F. 16798.** 1. Im Berliner Adreßbuch ist ein Verein wie angefragt nicht aufgeführt. 2. Warum nicht, weiß beruht die Annahme aber auf übertriebenem Mißtrauen. — **O. 1. Fr.** — **A. K. 17.** Die genaue Adresse ist uns nicht bekannt. Es würde aber genügen, die Adresse so zu schreiben, wie sie in Ihrer Anfrage niedergeschrieben ist. — **J. A. H. 18.** Eckertstr. 16, Sprechst.: Dienstag und Freitag 5—6.

### Witterungsübersicht vom 14. Januar 1914.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemünde | 778 | O NO | 1 | heiter | —10 | Haparanda | 768 | NO | 2 | wolkenl | —9 |
| Hamburg | 779 | NO | 4 | wolkenl | —7 | Petersburg | 763 | NW | 2 | bedeckt | —7 |
| Berlin | 772 | O | 3 | heiter | —11 | Scilly | 772 | O NO | 4 | bedeckt | 1 |
| Frankf. a. M | 766 | NO | 5 | bedeckt | —7 | Aberdeen | 778 | WNW | 8 | bedeckt | 1 |
| München | 764 | O | 4 | Schnee | —11 | Paris | 765 | NNO | 4 | wolkig | —4 |
| Wien | 768 | O SO | 1 | wolkig | —9 | | | | | | |

**Wetterprognose für Donnerstag, den 15. Januar 1914.**

Zunächst vorwiegend heiter bei strengem Frost und ziemlich scharfen östlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

| Wasserstand | am 13. 1. cm | seit 12. 1. cm [1] | Wasserstand | am 13. 1. cm | seit 12. 1. cm [1] |
|---|---|---|---|---|---|
| Memel, Tilsit | 462 [2] | —3 | Saale, Grochlitz | 154 [4] | —15 |
| Pregel, Insterburg | 271 [4] | —4 | Havel, Spandau [5] | 118 | 0 |
| Weichsel, Thorn | 360 [3] | —25 | „ Rathenow [5] | 90 | 0 |
| Oder, Ratibor | 138 [5] | —19 | Spree, Spremberg [5] | 156 | —54 |
| „ Krossen | 253 [4] | +4 | „ Beeskow | 143 [4] | +13 |
| „ Frankfurt | 236 [5] | 0 | Weser, Münden | 278 [7] | —30 |
| Warthe, Schrimm | — | — | „ Minden | 414 | —36 |
| „ Landsberg | 193 [4] | —5 | Rhein, Maximiliansau | 680 | +47 |
| Netze, Vordamm | 55 [4] | —19 | „ Kaub | 439 | +35 |
| Elbe, Leitmeritz | —8 | —8 | „ Köln | 386 | +30 |
| „ Dresden | 196 [4] | —30 | Neckar, Heilbronn | 228 | —69 |
| „ Barby | 244 [4] | —23 | Main, Hanau | 236 | —16 |
| „ Magdeburg | 302 [4] | —14 | Mosel, Trier | 406 | —50 |

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Oberhalb der Stadt Eisstand. — [5]) Eistreiben auf ¾ Strombreite. — [6]) Treibeis. — [7]) Grundeistreiben.

Die Nagat ist am Pegel Marienburg von gestern bis heute um 41 cm gefallen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Die Etatdebatte im Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung. Mittwoch, 14. Januar, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Lentze, v. Schorlemer, v. Dallwitz-Beseler, v. Trott.

### Erste Lesung des Etats.

(2. Tag.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fk.):

Die Reichsvermögenssteuer ist ein Eingriff in die Selbständigkeit der Bundesstaaten, an dem besonders die Sozialdemokratie interessiert ist, die nur direkte Steuern will, damit das Proletariat steuerfrei wird **und mit genießen kann, was die anderen erworben** und **erspart haben.** (Beifall rechts. Heiterkeit links.) Das ist

**ein Anfang zur Expropriation.**

Der Staatssekretär des Innern hat nicht prinzipiell und scharf genug die schädliche und verwerfliche Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Nur Reform der Arbeitsnachweise und bessere Verteilung der Arbeitskräfte zwischen Stadt und Land kann helfen. — Der überhaupt sehr treffenden Rede des Abg. Röchling (Hört! hört! links) stimme ich auch darin bei, daß ein besserer Schutz der Arbeitswilligen im Interesse des schwer bedrängten Mittelstandes unentbehrlich ist. Durch Polizeiverfügungen müssen Straßen und Plätze freigehalten und die Gewerkschaften müssen zivilrechtlich haftbar gemacht werden. Wir hoffen, für diese Bestrebungen in diesem Hause eine starke Resonnanz zu finden. (Zurufe der Soz.: Das glauben wir!) Die Dienstbotenversicherung ist eine weitere Belastung des Mittelstandes.

Jetzt ist kein Zeitpunkt für eine neue Wahlreform. Es herrscht auch in der Bevölkerung **gar kein dringendes Verlangen nach einer Wahlreform** Hals über Kopf (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), und die demokratische Presse ist ganz still geworden davon. Die Verstärkung der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen wird wettgemacht durch die erfreuliche Stärkung der Nationalliberalen. (Hört! hört! bei der Volkspartei und den Sozialdemokraten.) Die Ansichten der Parteien in der Wahlrechtsfrage stehen sich noch so scharf gegenüber wie früher; ehe keine Einigung erfolgt, kann von einer Befreiung des Dreiklassenwahlrechts von seinen Mängeln keine Rede sein. Von einem uneingelösten Königswort kann mit Bezug auf jenen merkwürdigen Passus der Thronrede von 1908 gar nicht gesprochen werden.

**Die Arbeiterklasse hat mit dem Reichstagswahlrecht schon weit mehr Recht, als ihr gebührt.**

(Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen Massenherrschaft, die der Tod aller Freiheit ist, wir aber Freiheit und Recht. (Langanhaltendes Gelächter links.) Im Interesse der Reichspolitik muß Preußen in seiner Eigenart als festgefügte Monarchie erhalten werden, zur preußischen Eigenart gehört aber auch sein Wahlrecht. (Bravo! rechts.) Im Reich gibts Sturm, wir stehen vor schweren Kämpfen. In der Zaberner Aktion hat die Sozialdemokratie die Leitung gehabt und die bürgerlichen Parteien haben sich verleiten lassen mitzutun (Stürmisches Oho! links und im Zentrum) bei einer Aktion, die das Ziel verfolgte, die kaiserliche Kommandogewalt im Heer durch die des Reichstags zu ersetzen, denn die Sozialdemokratie weiß, daß sie nicht zum Ziel gelangt, solange das Heer fest bleibt. Auf diesem Gebiet werden wir im Reichstag noch manches erleben. Die Straßburger Urteile und die allerhöchste Kabinettsorder vom 17. Oktober 1820 werden der Sozialdemokratie

**neue Gelegenheit zu Vorstößen**

geben, wobei die bürgerlichen Parteien mittun sollen. Diese Kabinettsorder ist gesetzgeberischer Natur, ob sie noch gilt, muß untersucht werden. Für Preußen eilt das ja nicht sehr, denn 61 Jahre lang brauchte von ihr niemals Gebrauch gemacht zu werden, denn die preußischen Zivilbehörden kannten ihre Pflicht, die Autorität aufrechtzuerhalten. (Stürmisches Bravo! rechts.) Wenn man im Elsaß die Order anwenden mußte, so ist das ein Beweis, daß dort die Zivilverwaltung nicht auf der Höhe der preußischen stand (Stürmisches Bravo! rechts) und daß sie an Haupt und Gliedern reformiert werden muß. Früher war sie preußisch, da war es besser! — Der Reichskanzler scheint durch die Mißbilligungsvoten nicht gebeugt zu sein, so frisch und kräftig wie gestern habe ich ihn noch nie gesehen. (Bravo! rechts — Heiterkeit links.) Bismarck sagte, daß solche Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Reichstag nur auf dem Wege des politischen Machtkampfes ausgetragen werden. Man will jede Einwirkung von Berlin auf Elsaß-Lothringen und seine Bundesvertretung beseitigen, man hat das Pluralwahlrecht für den elsässischen Landtag fallen lassen, alles Schritte zur Minderung des Einflusses Preußens im Reiche.

**Der Linken ist der Kamm geschwollen,**

sie sagt der Regierung den Machtkampf an. Wir fordern, daß unsere Regierung allen Uebergriffen des Reichstags den stärksten Widerstand entgegensetzt, im Interesse Preußens und des Reiches. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Finanzminister Dr. **Lentze**

erkärt, die Frist zur Einbringung der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag bis zum 31. Januar zu verlängern. Der Minister polemisiert eingehend gegen etatsrechtliche Betrachtungen der Vorredner.

Handelsminister Dr. **Sydow**

teilt mit, daß der Bergfiskus, der wegen der Preiserhöhung des Kohlensyndikats aus diesem ausschied, in neue Verhandlungen mit dem Syndikat eingetreten ist, hierbei einen größeren Einfluß des Staates auf die Preisbestimmung, unbeschränkte Bekohlung der Staatsbetriebe durch die Staatszechen, Aufrechterhaltung der Verkaufsorganisation und Ausdehnung der Verständigung auch auf das Saarrevier verlangt. Die Verhandlungen sind im Zuge.

Abg. Dr. **Wiemer** (Vp.):

Weshalb soll denn die Wahlreform jetzt nicht eingebracht werden? Soll dadurch etwa der Friede in diesem Hause gefährdet werden? Ich glaube, die Rechte hat das Kriegsbeil ausgegraben und will

**den Skalp des Ministerpräsidenten.**

(Heiterkeit.) Die geringe Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen war nicht eine Billigung, sondern eine Verurteilung dieses Wahlrechts. Das Wahlrechtsversprechen der Krone ist noch immer nicht eingelöst worden. Wir verlangen wenigstens die geheime und direkte Wahl, für die eine Mehrheit vorhanden ist.

Wenn die Erklärung zum Wehrbeitrag hinausgeschoben wird, so muß mit ihr auch gleichzeitig die zur Einkommensteuer hinausgeschoben werden. (Der Finanzminister nickt zustimmend.) Mit der Vermögenszuwachssteuer darf die direkte Besteuerung im Reiche nicht beendigt sein. Das Vorgehen des Polizeipräsidenten v. Jagow gegen die Vereinigung der Schutzleute in Berlin ist uns unverständlich. Jetzt hat er sogar den Vorsitzenden des Vereins nach Zabrze versetzt. Der bestehende Schutz der Arbeitswilligen reicht aus. Die Arbeitslosenversicherung darf nicht von vornherein abgelehnt, sondern muß gründlich geprüft werden. Wenn das Kartell der schaffenden Arbeit die Verteuerungszölle noch erhöhen will, so wirkt es gegen die schaffende Arbeit. Zu einer planmäßigen inneren Kolonisation ist die Beseitigung der Privilegien des Großgrundbesitzes in den Kreisen und Provinzen Vorbedingung. — Der Redner bespricht dann den Jagow-Brief an die „Kreuz-Zeitung“, der in ein schwebendes Gerichtsverfahren und in die Politik des Reichskanzlers eingegriffen habe. Das Oberverwaltungsgericht hat seinerzeit geurteilt, daß auch das außerdienstliche Verhalten des Beamten dem Disziplinarrecht unterstehe. Was damals für einen Bürgermeister galt, der gegen die Reaktion geschrieben hatte, muß nun auch für den Polizeipräsidenten gelten, der für die Reaktion geschrieben hat! — Die Straßburger Prozesse sind ein neuer Beweis für die

**Reformbedürftigkeit der Militärgerichtsbarkeit.**

Wir wollen ein starkes Heer, kein Parlamentsheer, und weisen den Vorwurf der Militärfeindlichkeit zurück. Ebenso aber tadeln wir die ungerechten Angriffe Röchlings auf die elsässische Zivilverwaltung, die sich hier nicht verteidigen kann. Herr Röchling wollte aus diesem Grunde den Polizeipräsidenten v. Jagow nicht angreifen, für die elsässische Zivilverwaltung hat er das nicht gelten lassen! Gewiß ist das preußische Beamtentum tüchtig, aber man darf deshalb nicht in Selbstlob und pharisäerhafte Ueberschätzung verfallen. Die Rechte arbeitet auf einen Konflikt hin. Wir warnen davor! Wer das tut, begeht ein Verbrechen am Vaterlande! (Lebhafter Beifall bei der (Volkspartei.)

Minister des Innern **v. Dallwitz**:

Für die Opfer der Sturmschäden an der Ostseeküste habe ich sogleich 20 000 M. angewiesen. Der Kaiser hat die Bereitstellung weiterer Mittel befohlen. Die Berichte der Behörden werden beschleunigt, die Regierung wird dem Hause dann Aufschluß geben. Der Ministerpräsident hat gestern betont, daß der Landtag nicht zuständig ist, über die elsässischen Zivilbehörden zu urteilen. Ich muß das gleiche hinsichtlich der Angriffe auf die Militärverwaltung erklären und die Kritik verurteilen. (Bravo! rechts. Unruhe links.) Die vom Abg. v. Zedlitz gewünschten Weisungen an die Polizeibehörden, bei Streikunruhen nicht nur für den Schutz des öffentlichen Verkehrs auf der Straße, sondern auch für den Schutz der Ordnung im allgemeinen zu sorgen, **sind bereits ergangen.** (Hört! hört!) Das Reichsgericht hat Polizeiverordnungen nach dieser Richtung für rechtsbeständig erklärt, so daß ich dem Oberpräsidenten entsprechende Weisungen zum Erlaß solcher Verordnungen gegeben habe. Ich glaube, daß in dieser Weise Ausschreitungen besser verhindert werden als bisher. (Beifall rechts — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorwürfe Dr. Wiemers wegen der Wahlreform sind durch die Erklärung des Ministerpräsidenten erledigt. (Oho! links.) Es sollen viele Wähler nicht gewählt haben, weil sie das System nicht billigen. Wenn jemand das Wahlrecht ändern will, dann gibt ihm doch das Wahlrecht ein Mittel dazu. Gerade der fortschrittliche Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts hat die Wahlreform verhindert. Wenn die Wahlreform den Beifall dieses Hauses nicht gehabt hat, so ist das nicht die Schuld der Staatsregierung, die in vollkommen loyaler Weise der Ankündigung in der Thronrede gerecht wurde. Den Standpunkt des Herrn v. Jagow hinsichtlich der

**Vereinigung der Schutzleute**

halte ich für gerechtfertigt. Es ist unmöglich, eine allgemeine Vereinigung von Schutzleuten in einer militärisch organisierten Truppe zu dulden. Zu dem Zeitungsartikel des Polizeipräsidenten v. Jagow im Fall Forstner wurde behauptet, daß damit eine unzulässige Beeinflussung eines schwebenden Verfahrens stattgefunden habe. Eine solche Beeinflussung könnte doch nur von einer übergeordneten Behörde ausgehen, nicht aber von einem an der Sache unbeteiligten Beamten. (Lachen links. Beifall rechts.) Wenn Dr. Wiemer denselben Oberbürgermeister meint, wie ich, so erwidere ich, daß er wegen Angriffe auf seine vorgesetzte Behörde diszipliniert worden ist. Bei aller Anerkennung des Rechts der freien Meinungsäußerung der Beamten muß ich doch Zurückhaltung gegenüber gerichtlichen Verfahren fordern. Ich lehne es ab, mitzuteilen, ob ich dem Polizeipräsidenten Vorhaltungen gemacht habe und welche, das ist lediglich Sache des Ressortchefs. (Beifall rechts. Unruhe links.)

Präsident Graf **v. Schwerin-Löwitz**

dankt dem Minister namens des Hauses für die Mitteilungen über die Katastrophe an der Ostsee. Er erklärt nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, daß die Notstandsanträge nach Eingang des Regierungsmaterials auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden sollen.

Abg. **Korfanty** (Pole)

fordert ein Einschreiten auf Grund der bestehenden Gesetze gegen den Terrorismus der Arbeitgeber und beklagt sich über die Verfolgung der Polen. Auf Grund des Ansiedelungsgesetzes verbietet man kinderreichen Polen, neue Wohnungen zu bauen, und gleichzeitig bringt man ein Wohnungsgesetz zur Linderung der Wohnungsnot ein! Jede unserer Versammlungen, wo nicht deutsch gesprochen wird, löst die Polizei auf. Ein Beamter, der einen Polen wählt, fliegt. Viele Leute müssen, um keinen Schaden zu erleiden, ihre ärgsten Feinde wählen. Der ganze Kultusetat, die Volksschule werden zu antipolnischen Zwecken mißbraucht. Alles boykottiert uns! Nach Herrn Röchling hat ja ein preußischer Richter Recht zu finden, das preußischen Interessen entspricht. Ein hakatistischer Richter kann ja gar nicht objektiv sein. Man verbietet sogar polnische Grabinschriften. Der Ostmarkenverein und die Regierung lassen sich von den Ruthenen über die galizischen Polen „informieren“. Diese Ruthenen gehen mit verbrecherischen Mitteln gegen die Polen vor — und das sind die Bundesgenossen der Regierung, Ihres Ostmarkenvereins und der Hakatisten. Welcher Machiavellismus, welche Unmoral! Und für diese Polenpolitik hat man bisher 1¾ Milliarden ausgegeben.

Abg. **Hirsch** (Soz.):

Der Minister des Innern hat die späte Einberufung des Landtages damit gerechtfertigt, daß der Etat nicht vor Weihnachten fertig gestellt werden konnte und daß die Regierung den Wünschen einzelner Personen nach späterer Einberufung des Landtages Rechnung getragen habe. Das zeigt, welcher geringen Wertschätzung sich dieses hohe Haus bei der Regierung erfreut. Wenn sich das Haus eine so verächtliche Behandlung seines wiederholten einstimmigen Beschlusses gefallen läßt — nun: jedes Parlament hat die Behandlung, die es verdient! Wenn auch der Etat nicht fertig war, so hätten wir doch zahlreiche andere Vorlagen, insbesondere das Wohnungsgesetz vor Weihnachten beraten können. (Zustimmung links.) Der Finanzminister hat die Finanzlage als geradezu ausgezeichnet geschildert. Auch die schlechte Konjunktur hat die Staatsfinanzen nicht wesentlich beeinflußt. 79 Millionen werden wieder in den Ausgleichsfonds gegeben. Die unausgesetzt steigenden Eisenbahnüberschüsse erreichen 448 Millionen, die Einnahmen aus den Steuern, hauptsächlich direkten, 522 Millionen. Von den Einnahmen des Staates stammen nur etwa 53,8 Proz. aus Steuern, 46,2 Proz. aber aus den Eisenbahnüberschüssen und Bergwerksgewinnen usw. Es ist also

**ein ganz falsches Bild,**

wenn immer gesagt wird, daß die Steuerkraft der Besitzenden Preußen erhalte und wenn dies als Argument gegen die Wahlreform benutzt wird. Auch die direkten Steuern fließen zu einem großen Teil aus den Taschen der Minderbemittelten, denen Sie das Wahlrecht vorenthalten. Der Mehrertrag der direkten Steuern wird auf 27,6 Millionen geschätzt, dürfte aber infolge des Generalpardons viel höher werden. Die Regierung will nun die Steuerzuschläge nicht beseitigen, weil sie 72 Millionen einbringen. Sie könnte aber mehr auf die Eisenbahnüberschüsse zurückgreifen und auch die Ergänzungssteuer erhöhen. Der Ausgleichsfonds wird ohnehin Ende 1914 schon 500 Millionen Mark erreichen.

Im Gegensatz zur bürgerlichen Linken verlangen wir nicht die einfache Beseitigung der Steuerzuschläge, sondern die von uns bereits bei der bedauerlicherweise nicht verabschiedeten Steuerreform dargelegte organische Regelung des Steuersystems, vor allem die Heraufsetzung der Einkommensteuergrenze, die heute bei 900 Mark Einkommen liegt. Schon 1882 wollte die Regierung diese Grenze bei 1200 Mark ziehen und wenn sie konsequent wäre, müßte sie in Anbetracht der Teuerung und der Verschiebung des Geldwertes die Grenze heute auf 2000 Mark legen. Daran denkt sie aber nicht. Das Kinderprivileg ist keineswegs ein Ausgleich für die Erhöhung des Existenzminimums. Schon 1903 hat ein Senatspräsident des Oberverwaltungsgerichtes die Erhöhung des Existenzminimums mit der großen Arbeit der vielen Veranlagungen und den geringen Erträgnissen der untersten Stufen steuerpolitisch begründet. Adolf Wagner, dessen Autorität vielleicht auch die Landtagsmehrheit anerkennt, stellt ausdrücklich die gewaltige Belastung der untersten Stufen durch Teuerung und indirekte Steuern fest. Am empfehlenswertesten wäre die

**Einführung der Quotisierung,**

die sich in England und Italien durchaus bewährt hat. Der Minister sagt, daß dieses System der Sparsamkeit entgegenwirke. Nun, die Ausgaben steigen deshalb, weil der Kreis der Aufgaben ein ganz anderer geworden ist, so z. B. in den Gemeinden, denen vom Staat immer neue Aufgaben überwiesen werden. Eine ganze Anzahl Kommunen entzieht sich allerdings aus übel angebrachter Sparsamkeit notwendigen Ausgaben aus Furcht, die Steuerzuschläge erhöhen zu müssen und dadurch die reichen Einwohner zu verlieren.

In diesem Etat sind eine ganze Reihe von Positionen nicht so bedacht, wie es notwendig wäre. Die Mehrausgaben für die Gewerbeinspektion sind gleich Null, für das Medizinalwesen gibt der Staat nur ein Achtel von dem aus, was er für das Seelenheil seiner Bewohner aufwendet. Von der Ausgabenerhöhung des Kultusetats von 6,1 Millionen entfallen allerdings 4,1 Millionen auf das Elementarunterrichtswesen, aber darunter finden wir auch die Mehrforderung von einer Million zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung: der Kampf gegen diese Kulturerscheinung kann doch nicht zu den Kulturaufgaben gehören! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens fühlt sich die proletarische Jugendbewegung bei diesem staatlichen Kampf gegen sie sehr wohl, genau so, wie all Ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Polen das Polentum nur zunehmen lassen.

Die Regierung rühmt sich so oft der

**Aufwendungen für die Volksschule.**

Nach unserer Meinung geschieht da noch lange nicht genug. 180,8 Millionen sind im Etat für das Elementarunterrichtswesen bestimmt, 22,7 Millionen für die höheren Lehranstalten, 17 Millionen für die Universitäten. Die Zahl der Elementarschüler ist 20mal größer als die der höheren Schüler, die Leistung des Staates für die Elementarschulen ist aber nur das 8fache von der für die höheren Lehranstalten. Die Ausgaben für einen Volksschüler betragen 65 M., die für einen Studenten 712 M. — und die **für einen Soldaten über 4000 M.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schon 1908 erklärte der Kultusminister 827 neue hauptamtliche Kreisschulinspektorstellen für notwendig, seither sind aber erst 83 solche Stellen geschaffen worden und die gesamte Kreisschulinspektion kostet an Gehältern nur 2½ Millionen Mark. Wir fordern völlige Beseitigung der nebenamtlichen Kreisschulinspektoren und **Trennung der Kirche von der Schule und vom Staate.** Diese Forderung wird von den weitesten Volkskreisen unterstützt. Für Polizei geben wir 90 Mill. Mark aus, für Gefängnisse und Zuchthäuser 24 Millionen und für die Justiz 202 Mill. Die Bestrafung und Ueberwachung der Verbrecher kostet uns jährlich weit über 3 Millionen, dagegen fördert die Regierung die Fürsorge für entlassene Sträflinge nur mit ganzen 34 000 M. jährlich! Kann man deutlicher die Sinnlosigkeit unseres ganzen Strafsystems illustrieren, als durch Gegenüberstellung dieser Zahlen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir befinden uns in einer

**Zeit der Arbeitslosigkeit und der Teuerung.**

(Widerspruch rechts.) Die amtlichen Zahlen der Arbeitsnachweise beweisen den steigenden Ueberschuß der Stellengesuche über die Stellenangebote und die Wochenaufwandsziffer für eine vierköpfige Familie sind seit dem vorigen Jahre in Königsberg um 2 M., in Berlin um 1 M., in Düsseldorf um 1,50 M., in Kiel um über 2 M. gestiegen. Auf die Dauer wird sich die Reichsregierung der Einführung der Arbeitslosenversicherung nicht widersetzen können. Das Ausland ist uns voran. In Preußen hat man kein Geld dafür übrig. Die Gründe sind gestern hier dargelegt worden. Es ist vor allem die Befürchtung einer Stärkung der Gewerkschaften. Von der kommunalen Arbeitslosenversicherung behauptet Frhr. v. Zedlitz, daß sie die Gewerkschaften monopolisiere. Sie erhalten höchstens endlich einen Teil von dem zurück, was sie über ihre Pflicht hinaus für Staat und Gemeinde getan haben. Arbeitszwang und Aufhebung der Freizügigkeit bezeichnet der Abg. Röchling als die Lösung der Arbeitslosenfrage. Wenn wir die Arbeitslosenversicherung mit einer Einschränkung der Freizügigkeit erkaufen sollen, wollen wir sie lieber nicht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Freiherr v. Zedlitz hat zwei Fälle von Totschlag als Notwehr hingestellt, um verstärkten Arbeitswilligenschutz zu fordern. Das ist eine Verdrehung des Tatbestandes. Es handelt sich um den Stettiner Fall und um einen anderen Fall im Schuhmacherstreik. Angesichts der feststehenden Tatbestände ist es unbegreiflich, wie man zu der Forderung von neuen gesetzlichen Maßnahmen kommen kann. Die Beleidigung von Streikbrechern wird auf das schwerste geahndet. Das genügt den Scharfmachern aber noch nicht. Das Gerede von dem mangelhaften Arbeitswilligenschutz in Preußen ist Heuchelei. Viel notwendiger wäre es,

**den Streikenden genügenden Schutz angedeihen zu lassen.**

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Daß wir keine neuen Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen

brauchen, haben die heutigen Ausführungen des Herrn Ministers des Innern gelehrt, der erklärt hat, daß die Polizeiverwaltung bereits Anweisungen bekommen habe, ähnliche Polizeiverordnungen zu erlassen, wie sie bereits im Rheinland bestehen. Behörden und Scharfmacher sind ein Herz und eine Seele, um in Zukunft das Streiken zu erschweren. Man spricht immer vom Terrorismus der Streikenden. Man schaffe endlich doch einmal den Terrorismus bei den Wahlen ab, das wäre gescheiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die letzten Landtagswahlen haben keine wesentlichen Verschiebungen gebracht. Der kleine Verlust der Konservativen wird weit gemacht durch die Stärkung des rechten Flügels der Nationalliberalen, wie Frhr. v. Zedlitz bereits ausgeführt hat. Reaktionärer über die Wahlreform als der Abg. Röchling, der Etatredner der Nationalliberalen, konnte niemand von der äußersten Rechten reden. Das Dreiklassenwahlrecht bedeutet ja direkt

**eine Fälschung des Volkswillens.**

Bei den Urwahlen haben wir mit den Fortschrittlern gekämpft, aber wir freuen uns auch, daß die Fortschrittler gegen die Dreiklassenschmach angehen. Der Umstand, daß die Sozialdemokratie nur sieben Mandate erobern konnte, ist die schärfste Verurteilung des Dreiklassenwahlsystems. Ob der König oder die Regierung hinter der Thronrede steht, ist ein Spiel mit Worten. Jedenfalls ist das Versprechen vom Jahre 1908 noch nicht eingelöst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An dem Scheitern der Vorlage ist die Regierung mit Schuld, weil sie bis zum letzten Augenblick nicht wußte, was sie wollte. Es ist nicht zu verwundern, daß sie sich nicht die nötige Autorität verschaffen konnte. Die Regierung sollte das tun, was man 1860 getan hat, einmal an das Volk appellieren unter der Parole: Allgemeines, gleiches Wahlrecht! Dann würde das Preußische Abgeordnetenhaus wesentlich anders ausfallen. Den Kampf für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, die ich für eine dringende Aufgabe halte, werden wir weiter fortführen, wobei wir uns über die Formen dieses Kampfes von niemand Vorschriften machen lassen. Durch eine Initiative der Regierung wäre vielleicht die Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts zu erreichen. Dafür würden auch die Nationalliberalen zu haben sein. Dennoch muß man zweifeln, daß auch nur dieses bescheidene Ziel erreicht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zunächst traue ich den Herren vom Zentrum nicht, denen ich ihre Abkommandierung am 20. Mai 1912 von 53 Mitgliedern, also ungefähr der Hälfte der Fraktion, ebensowenig vergessen habe, wie ihr Verhalten bei der Wahlreform 1910. Ganz ähnlich verhält es sich ja bei den Nationalliberalen. Obwohl der Abg. Röchling gestern erklärt hat, daß die Nationalliberalen für direktes und geheimes Wahlrecht sind, haben nicht weniger als 18 nationalliberale Abgeordnete bei der Abstimmung über den fortschrittlichen Eventualantrag, der dieselben Forderungen enthielt, die Abstimmung — nicht mitgemacht. (Zuruf des Abg. Hoffmann [Soz.]: Die sind hinausgegangen.) Die Aussichten, daß wir hier zu einer einigermaßen annehmbaren Reform des Dreiklassenwahlrechts kommen werden, sind äußerst gering. Schließlich muß doch vielleicht

**die Reichsregierung eingreifen,**

denn es können doch nicht auf die Dauer zwei derart grundverschiedene Wahlsysteme in Preußen und im Reich zusammen bestehen. Dennoch ist es Pflicht der Regierung, eine neue Wahlreform einzubringen, weil in der Tat die Worte der Thronrede vom 20. Oktober 1908 noch immer nicht erfüllt sind, wonach in der Reform des Dreiklassenwahlrechts eine der wichtigsten Aufgaben besteht. Eine Verschiebung der Reform, bis alle Parteien über ihre Grundzüge einig sind, wie der Minister des Innern erklärte, würde eine Vertagung ad calendas graecas bedeuten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Ministerpräsident hat im Herrenhause kürzlich seiner Freude über eine Reihe von Zustimmungskundgebungen zu seiner Haltung in der Zaberner Affäre Ausdruck gegeben. Hier nimmt er plötzlich Rücksicht auf einen Teil der Bevölkerung — warum mißt er dem deutlich ausgesprochenen Willen Millionen preußischer Wähler, die die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen fordern, keine Bedeutung bei! (Sehr wahr! links.) Die Regierung hat die heilige Pflicht, dafür zu sorgen, daß endlich auch der preußische Staat eine Volksvertretung erhalte! Der Mittelstand ist unter dem Dreiklassensystem genau so entrechtet wie der Arbeiter. Durch das unbedachtsame Wort, daß die Arbeiter im Reichstag schon mehr Recht hätten, als ihnen zukomme, hat Herr v. Zedlitz bewiesen, was wir immer gesagt haben, daß er das Reichstagswahlrecht am liebsten beseitigen möchte. (Sehr wahr! links.)

Der Minister bemerkte, die Massen wollten gar keine Aenderung des Wahlrechts, sonst würden sie sich doch mehr an den Dreiklassenwahlen beteiligen. Wollte der Minister einen Witz machen oder das Volk verhöhnen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er weiß doch ganz genau, daß ein großer Teil der Wähler überhaupt nicht wagen darf, bei den Landtagswahlen seine Stimme abzugeben, aus Furcht, am nächsten Tage brotlos zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Forderungen der Fortschrittler daran schuld seien, daß Preußen kein anderes Wahlrecht erhält, ist ein ganz neuer Grund. Früher sollten die Demonstrationen der Sozialdemokraten daran schuld sein. Aber, wenn hier keine Anträge auf Einführung des Reichstagswahlrechts gestellt würden, dann würde der Minister sagen: „Ja, was wollen denn die Herren, sie halten es ja nicht einmal für nötig, Wahlrechtsanträge zu stellen!“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Um Ausreden ist die Regierung niemals verlegen!

**Wir sehen jetzt den**

**Polizeikampf gegen die Gewerkschaften.**

Man sammelt Material, um zunächst die freien Gewerkschaften, dann aber auch die Hirsch-Dunckerschen und Christlichen für politisch zu erklären und in ihrer Tätigkeit zu hemmen. Besonders eifrig ist natürlich die Berliner Polizei, die zu allem Zeit hat, nur nicht dazu, ihre Pflicht zu erfüllen. (Oho! rechts.) Würde sie das tun, dann hätte sie den Mörder des Arbeiters Herrmann feststellen müssen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegen den klaren Wortlaut des Reichsvereinsgesetzes will man die Gewerkschaften unter dieses Gesetz stellen. Daß die freien Gewerkschaften politisch tätig seien, kann nur Unkenntnis oder Verleumdung behaupten. Die Gewerkschaften wollen natürlich möglichst alle Angehörigen ihres Berufes ohne Unterschied der politischen Ueberzeugung und der Konfession zusammenfassen, andererseits aber ist es auch notwendig, daß jeder Gewerkschaftler sich am politischen Leben beteiligt, in welcher Partei — das schreiben ihm die Gewerkschaften nicht vor. — Ueber den Polizeikampf gegen die Arbeitersportvereine haben wir schon wiederholt gesprochen. Die Regierung bleibt aber nicht bei den Arbeiterturnvereinen, auch die Arbeiterradfahrer-, Gesang- und sogar Abstinentenvereine will man politisch erklären. (Abg. Adolf Hoffmann: Zur Entschädigung der Schnapsbrenner!) Auch dem Arbeiter-Samariterbund will man an den Kragen gehen. Die katholischen und evangelischen Abstinenzvereine aber sind natürlich nicht politisch! — Wir haben wieder eine Anzahl von Ausweisungen zu verzeichnen, die den Spott des ganzen Auslandes erwecken. Ich erinnere an die Fälle Stauning in Flensburg, van der Smissen und Hupsmans in Berlin. Das Verbot an den weltberühmten Erforscher des Südpols, Amundsen, in Flensburg einen Vortrag in norwegischer Sprache zu halten, ist zwar vom Minister zurückgenommen, aber offiziös als durchaus dem § 12 des Reichsvereinsgesetzes entsprechend entschuldigt worden! — Der Abg. v. Zedlitz sprach von einem Ansturm der Demokratie. Weit mehr als dieser aber ist der

**Ansturm der Reaktion in Preußen**

zu fürchten. Die Reaktion erhebt heute stärker als je ihr Haupt. Nicht in den unteren Volksschichten, sondern in höheren Kreisen ist die Achtung vor dem Gesetz im Schwinden begriffen; gewisse Schichten glauben, sich lächelnd über das Gesetz hinwegsetzen zu dürfen. Wir leben in der Zeit, wo man die

**Diktatur des Säbels**

proklamiert und die Parole ausgibt, daß Preußen kein Rechtsstaat ist. Dieser echt preußische Geist, der nicht nur hier, sondern auch im Herrenhaus zum Ausdruck gekommen ist, soll auf ganz Deutschland übertragen werden. Die Regierung ist nur energisch gegen die breiten Volksmassen, aber nicht gegen dieses Treiben. Dem Herrn v. Bethmann haben fast alle bürgerlichen Parteien des Reichstags, ihm hat das Herrenhaus in versteckter Weise das Mißtrauen ausgesprochen, und die gestrigen Bemerkungen des Abg. Winckler über die Reichsvermögenssteuer war auch kein Vertrauensvotum. Herrn Röchling aber, den das Mitgliederverzeichnis als liberalen Mann aufführt, ist der Reichskanzler nicht reaktionär genug! Herr Röchling hat es gebilligt, daß ein Oberst seine Gewalt derartig mißbraucht, er hat kein Wort des Tadels über die rechtswidrige Einsperrung und Anhaltung von Zivilpersonen gesprochen, er sieht nur die vermeintliche Beleidigung des Militärs durch Zivilpersonen, nicht aber die Beleidigung der ganzen Nation durch einen Gewaltakt. Mehr kann man von einem preußischen Richter nicht verlangen und ich möchte nur wünschen, **daß ich vor dem Geschick bewahrt bliebe, einmal in die Hände dieses Richters zu fallen!** (Sehr wahr! links.) Die „Kölnische Zeitung“ und der „Hamburger Korrespondent“, zwei nationalliberale Blätter, haben die Kundgebung Jagows in der schärfsten Weise gebrandmarkt. Herr Röchling hatte kein Wort der Mißbilligung dafür und auch Herr v. Dallwitz hat ja vorhin gezeigt, daß er im Grunde seines Herzens vollkommen mit Jagow übereinstimmt. Juristische Autorität ist ja der Dr. jur. v. Jagow nicht, erst vor kurzem hat ihm ein höchster Gerichtshof das Ungesetzliche seines Vorgehens gegen das Karfreitagskonzert der „Freien Volksbühne“ bestätigt. Der Minister proklamierte das Recht der freien Meinungsäußerung für die Beamten. Wir sind damit durchaus einverstanden, wenn dieses Recht sich auf alle Beamten beziehen und wenn es jedem Beamten gestattet sein würde, auch gegen die Regierung seiner Meinung frei Ausdruck zu geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn der Polizeipräsident aus der Verfassung nachgewiesen hätte, daß jeder Beamte das Recht hat, frei zu wählen, ohne daß seine vorgesetzte Behörde ihn maßregeln darf, wenn er nachgewiesen hätte, daß jeder Staatsbürger im Stande der Notwehr einen Polizisten, der ihn rechtswidrig angreift, niederschießen kann, nicht eine Minute länger hatte der Dr. v. Jagow im Amte bleiben können. Aber hier, wo seine Aeußerung den regierenden Kreisen nicht unangenehm war, da hat er das Recht der freien Meinungsäußerung! Das ganze Auftreten des Berliner Polizeipräsidenten kennzeichnet das geringe Maß von Autorität, deren sich der Ministerpräsident heute bei den höchsten Beamten des Staates erfreut; gewisse Kreise betrachten Herrn v. Bethmann lediglich als ihren Bedienten, dem man den Laufpaß gibt, wenn man mit seinen Leistungen unzufrieden ist. Die Tage Bethmanns scheinen gezählt, die junkerliche Fronde siegt. Gewiß ist Herr v. Bethmann gestern energischer aufgetreten als früher — aber das konnte auch der Mut der Verzweiflung sein! (Heiterkeit.)

Das Herrenhaus hat sich, nicht zum ersten Male, genau so wie dieses Haus in die Angelegenheiten des Reiches eingemischt. Es betrachtet es als seine Aufgabe, nicht nur jeden Fortschritt in Preußen zu hindern, sondern

**ein Tribunal für die allgemeine Reaktion in Deutschland**

zu bilden. Der Reichstag, namentlich in seiner jetzigen Zusammensetzung ist diesem „Parlament“ unbequem, deshalb die Hetze. Wenn irgendjemand, so hat der jetzige Ministerpräsident, der sich bei der Wahlreform und noch zuletzt im Herrenhaus als Erzreaktionär gezeigt hat, ein konservatives Mißtrauensvotum nicht verdient, es ist vielmehr höchster Undank. Die Regierung Bethmann und Konzessionen an demokratische Machtgelüste! Zwei Dinge, die sich ausschließen. Die Elsaß-Lothringische Verfassung ist längst wett gemacht durch den Stillstand der Wahlreform in Preußen, dadurch, daß Herr v. Bethmann, nachdem er Elsaß-Lothringen ein verhältnismäßig freies Wahlrecht gegeben hat, die preußischen Staatsbürger noch immer als Heloten behandelt! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Wut der Konservativen gilt ja vor allem der Besitzbesteuerung durch den Reichstag und der Einführung des Deklarationszwanges für das Vermögen! Graf York hat die Kämpfer um ein freies Wahlrecht als

**hauptstädtischen Pöbel**

bezeichnet. Unter diesem „hauptstädtischen Pöbel“ ist manch einer, der tieferes politisches Verständnis besitzt als Graf York und seine Gefolgschaft (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und manch einer, dessen Bedeutung für unser Wirtschaftsleben größer ist als die dieser Herren. Wenn einem unreifen Burschen, der zufällig das Offizierskleid trägt, das Recht eingeräumt wird, mit der Waffe über unbewaffnete Staatsbürger herzufallen, dann wird man dem „hauptstädtischen Pöbel“ nicht verwehren dürfen, die Rechte des Volkes in der Art zu erkämpfen, wie sie selbst es für nötig halten. Dieses Schimpfwort wird unvergessen bleiben, es wird ein Ehrenname bleiben, und ich wünsche nichts sehnlicher, als daß der Tag bald komme, an dem Graf York die Begeisterung und den Opfermut dieses „hauptstädtischen Pöbels“ nicht nur für die Einführung des Reichstagswahlrechts, sondern auch für die Abschaffung des Herrenhauses erfahre. Schon 1849 sagte ein Dichter: „Der beste Einfall, den die Erste Kammer haben könnte, wäre der Einfall der Decke!“ (Sehr gut! bei den Sozialdem. — Abg. Hoffmann: Schade um die Decke! — Heiterkeit links.) Der wahrhaft konservative Treitschke hat das schärfste Urteil über das Herrenhaus und seine Rolle im Staate gesprochen. Es bedingt, wie ja auch Graf York mit dem Wort von der „Stabilität“ zugegeben hat, den Stillstand der Gesetzgebung. Graf York sagte, der König von Preußen verliere durch die Uebergriffe des Reichstags mehr, als der deutsche Kaiser gewinne. Glaubt er, daß der König gewonnen hat durch die Art und Weise, wie die junkerliche Fronde das von ihm so sehnlich gewünschte Kanalprojekt zu Falle gebracht und wie man die Wahlreform verscharrt hat? Solange die Initiative des Königs zur Lösung der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart, der Wahlreform, nicht erfüllt ist, solange Sie sich dem entgegensetzen, solange haben Sie kein Recht, von einem gefährdeten Ansehen des Königs zu sprechen, denn Sie sind es, die es vernichten! (Lebhafte Zustimmung links.) Das Herrenhaus hat von neuem gezeigt, welch tiefe Kluft sich zwischen den Volksmassen und den gesetzgebenden Körperschaften aufgetan hat. Die Leute aber, über die man im Herrenhause so verächtlich zur Tagesordnung übergeht, die werden zur gegebenen Zeit der Reaktion die gebührende Antwort erteilen. Diese Leute sind es, die über die Zusammensetzung des Reichstags zu entscheiden haben und sie werden von ihrem Wahlrecht einen Gebrauch machen, der der konservativen Partei nicht angenehm sein wird. Der

**unaufhörliche Kampf für die Demokratisierung Preußens**

wird die beste Antwort auf all das und zugleich die Voraussetzung dafür sein, daß in Preußen endlich der Wille des Volkes zur Geltung kommt! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Justizminister Dr. Beseler**

erklärt, die Ausführungen des Vorredners über die Streikprozesse mit allergrößter Entschiedenheit zurückweisen zu müssen. (Bravo! rechts — Zurufe der Sozialdemokraten: Freispruch eines Mörders!) Die Gerichte urteilen nach ihrer Kenntnis des Tatbestandes, die Ihnen (zu den Sozialdemokraten) fehlt. Die Gerichte urteilen nach dem Gesetz, unter dessen Autorität ja auch Sie stehen. Wie wollen Sie die Urteile der Gerichte nachprüfen? Eine solche Kritik soll nur in den breiten Volkskreisen die Meinung verbreiten, daß die Gerichte nicht pflichtgemäß, sondern so wie Sie es darstellen, Recht sprechen. Deshalb muß ich die Gerichte in Schutz nehmen und diese Angriffe entschieden zurückweisen. (Lebhafter Beifall rechts.)

**Minister des Innern v. Dallwitz:**

Auf die Ausführungen des Vorredners über Herrn v. Jagow, das Herrenhaus und den Reichskanzler einzugehen, lohnt sich nicht. Da aber sein Ausspruch, die Berliner Polizei habe nicht die Zeit, ihre Pflicht zu erfüllen und den Mörder des Arbeiters Herrmann zu finden, nicht gerügt worden ist, lege ich entschieden Verwahrung ein gegen diesen unerhörten, unbewiesenen und unbeweisbaren Vorwurf gegen eine mir unterstellte pflichttreue Behörde. (Beifall rechts. Abg. Dr. Liebknecht: Und wo ist der Mörder des Herrmann?)

Das Haus vertagt sich. Morgen, Donnerstag, 10 Uhr: Weiterberatung.

Schluß ¾6 Uhr.

---

# Reichstag.

190. Sitzung. Mittwoch, den 14. Januar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Eingegangen ist eine Interpellation Albrecht (Soz.) über die Vorgänge in Zabern.

**Präsident Kaempf:**

Meine Herren! Im preußischen Herrenhause hat ein Mitglied geäußert, daß die Art, wie der Wehrbeitrag im Volke aufgenommen wurde, darauf schließen ließ, daß die nationale Gesinnung überall im Wachsen begriffen sei, daß aber die berufene Vertretung des deutschen Volkes jene Gesinnung, die in der Wählerschaft lebendig war, habe vermissen lassen. (Zuruf links: Unerhört!) Ich gestehe selbstverständlich den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten das Recht zu, Kritik an dem Verhalten des Reichstages zu üben, ebenso wie der Reichstag dies Recht gegenüber den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten für sich in Anspruch nimmt. Wenn aber dem Reichstag der Vorwurf gemacht wird, daß er die nationale Gesinnung habe vermissen lassen, so liegt hierin — namentlich auch angesichts der Tatsache, daß das Gesetz über den Wehrbeitrag vom Reichstage mit überwältigender Majorität angenommen worden ist (Sehr richtig! links) — eine Beleidigung des Reichstages (Sehr richtig!), die ich von dieser Stelle aus mit aller Entschiedenheit zurückweise. (Lebhafter Beifall.)

Auf der Tagesordnung stehen

**Petitionen.**

Petitionen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der Gesellschaft für soziale Reform usw. auf reichsgesetzlichen Schutz der Arbeiter der Schwereisenindustrie beantragt die Kommission dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit sie eine Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Ueberstunden, Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche, Verbot der Frauenarbeit, Verschärfung der Betriebskontrolle, größeren Gesundheitsschutz und Beseitigung der Unsicherheit der Entlohnung verlangen,

zur Erwägung aber, soweit in ihnen gesetzliche Regelung der Pensionskassen verlangt wird.

Ein Antrag Arnstadt (L.) fordert Ueberweisung der ganzen Petitionen zur Erwägung.

**Abg. Spiegel (Soz.):**

Mein Freund Hue hat das Elend der Hüttenarbeiter hier wiederholt geschildert. Gegen die Bundesratsverordnung von 1908 wird von den Eisenindustriellen Sturm gelaufen. Man weist auf die Erleichterung der Arbeit durch technische Verbesserungen hin. Demgegenüber aber steht die

**ungeheuere Produktionssteigerung.**

Wenn wirklich einmal Pausen eintreten, werden die Arbeiter mit Nebenarbeiten beschäftigt. Was die Arbeiter pro Schicht verdienen, erfahren sie überhaupt erst am Zahltag. (Hört! hört!) Wenn wir nun auch mit der Bundesratsverordnung von 1908 nicht zufrieden sind, so hat sie doch das eine Gute, daß wir den Eisenindustriellen nun nachweisen können, daß unsere Behauptungen in bezug auf Ueberstunden, die verlangte Arbeitsleistung usw. richtig sind. 1912 sind von 220 000 Arbeitern der Schwereisenindustrie 24,6 Millionen Ueberstunden geleistet worden, davon

**10,5 Millionen Ueberstunden allein an Sonntagen.**

(Hört! hört!) Gegen die Bundesratsverordnung wird in außerordentlich zahlreichen Fällen verstoßen, wie aus der Statistik unseres Verbandes klar hervorgeht. Der Redner führt ein reiches Zahlenmaterial über die Ueberstunden, Verkürzung der Pausen und andere Uebertretungen der Bundesratsverordnung in der Schwereisenindustrie an. Diese Zahlen beweisen, daß die Behauptungen der Schwereisenindustriellen, die Bundesratsverordnung werde eingehalten, ganz und gar unrichtig sind. Es müssen daher den Gewerbeaufsichtsbeamten Assistenten aus Arbeiterkreisen zur Seite gestellt werden; die Beamten sind gar nicht in der Lage, die Betriebe genügend zu kontrollieren, und bei der Kontrolle werden sie vielfach düpiert, die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit wird vielfach gar nicht in die Listen eingetragen, um sie der Kenntnis der Beamten zu entziehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch werden die Listen daraufhin bearbeitet, daß die Arbeitszeit und die Pausen scheinbar den Bestimmungen der Bundesratsverordnung genügen. Die traurigen Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der Schwereisenindustrie sind eine Folge der übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft. Auf einer Hütte allein hat in einem Jahre

**jeder fünfte Arbeiter einen Unfall**

erlitten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der entschädigten Unfälle hat sich in 25 Jahren in der Metallindustrie um zirka 700 Prozent vermehrt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung, daß die Arbeiter selbst schuld an den Unfällen trügen, ist ein starkes Stück. Die Hauptschuld trägt vielmehr die unausgesetzte Antreiberei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer die Verhältnisse kennt, weiß daß nur wenige Arbeiter unter Außerachtlassung der Schutzvorschriften und der nötigen Vorsicht an die Arbeit gehen. Dagegen werden in sehr häufigen Fällen an die Arbeiter von den Meistern Anforderungen gestellt und zwar trotz ihrer Weigerung, die den Vorschriften widersprechen und zu Unfällen Anlaß geben. Dabei kommt es selbst zu Beschimpfungen der Arbeiter. Wenn von oben Besuche kommen, wird natürlich alles in Ordnung gebracht. Kommt der Direktor, so sagen die Aufseher zu den Arbeitern: seid vorsichtig! — ist der Direktor fort, so geht die Antreiberei wieder los. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Wort von der „gesicherten Existenz im Alter“ trifft am wenigsten auf die Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken zu. Ein Mann, der z. B. 16 Jahre lang auf einem Werk zur vollen Zufriedenheit gearbeitet hatte und um eine leichtere Arbeit ersuchte, wurde ohne weiteres entlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem anderen Fall wo sich ein Arbeiter, der für den Verband agitiert hatte, über seine Entlassung mit dem Hinweis auf seine 17jährige Beschäftigung auf dem Werk beklagte, meinte der Direktor:

**„Was, der Mann ist schon 17 Jahre bei uns, dann können wir ihn überhaupt nicht mehr brauchen, dann ist er abgearbeitet!“**

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei war der Arbeiter erst 31 Jahre alt. Auf dem Werk, wo Bergrat Hilger tätig ist, werden Arbeiter noch geprügelt, ebenso sind solche Fälle nachgewiesen auf dem Westfälischen Stahlwerk. Für eine brutale Mißhandlung eines Arbeiters, der daraufhin acht Tage arbeitsunfähig war, erhielten die Schuldigen dreißig und fünfzig Mark Geldstrafe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch brutale Mißhandlungen von Lehrlingen sind nachgewiesen; in einem Falle wegen der Weigerung, vier-

und zwanzig Stunden zu arbeiten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehr wichtig ist auch die Forderung der Sicherung des Lohnes. Es kann heute vorkommen, daß ein Arbeiter zehn Wochen auf dem Werk festgehalten wird, bevor er erfährt, was er verdient, respektive wenn es ihm zu wenig ist, die Arbeit wieder verlassen kann. Der Antrag der Konservativen, die gesamten Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen, bedeutet eine Abschwächung. Diesen Antrag anzunehmen ist um so weniger angebracht, als der Bundesrat zwar beschlossen hat, die Bekanntmachung über den Betrieb in der Großeisenindustrie demnächst von neuem zu erlassen; die Vorarbeiten hierzu sind im Reichsamt des Innern im Gange. Aber es wird dabei nicht viel herauskommen, wenn die Arbeiter nicht selbst im Anschluß an die Organisationen kräftig mit schieben helfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Damit aus den Arbeiten im Reichsamt des Innern etwas herauskommt, bitte ich Sie, den konservativen Abschwächungsantrag abzulehnen und dem Kommissionsantrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Giesberts** (Z.):

Es ist bedauerlich, daß vor Erlaß der Bundesratsverordnung von 1908 nicht eine Untersuchung über die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der Schwereisenindustrie stattgefunden hat. Dann wären so viele Ausnahmen und Durchbrechungen des Achtstundentages nicht gestattet worden. Die Großeisenindustrie ist es ihrer Ehre schuldig, die bei ihr herrschenden Zustände zu bessern. 80000 Arbeiter haben an jedem Tage des Jahres, auch Sonntags, eine zwölfstündige Schicht, bei Wechselschicht sogar eine 24stündige. Angesichts solcher Zustände muß man den Achtstundentag für diese Arbeiter fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Pausen müssen besser geregelt werden. Durch die Verbesserung der Technik sinkt zwar das Maß der körperlichen Arbeit, und deshalb meint man, die Pausen können gekürzt werden; aber es wächst dadurch doch die Notwendigkeit der Beaufsichtigung der komplizierten Maschinen, und es wächst die Verantwortlichkeit des Arbeiters, und eine derartige Tätigkeit wertet man in anderen Berufen sehr hoch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß die in Aussicht gestellte Bundesratsverordnung die Verhältnisse wirklich bessert. Deshalb wünsche ich auch, daß die Regierung zu Konferenzen im Reichsamt des Innern Vertreter der Organisationen einladet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch wäre es nötig, daß den eingeladenen Arbeitern ihre Unkosten, auch die versäumten Schichten, vergütet werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Die Einführung des Achtstundentages wäre durchaus durchführbar, wie die Untersuchungen des Arbeitsamtes in Washington bewiesen haben. Eine solche Untersuchung sollte auch hier stattfinden, und ich bin überzeugt, sie wird auch für die deutsche Eisenindustrie die Durchführbarkeit des Achtstundentages erweisen. Die heutige 24stündige Wechselschicht ist eine Kulturwidrigkeit. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. **Böttger** (natl.):

Wenn es richtig ist, daß Mißhandlungen von Arbeitern vorkommen, so müßte dagegen auf das entschiedenste vorgegangen werden. Ich kann allerdings gar nicht verstehen, wie es möglich ist, daß Arbeiter sich noch mißhandeln lassen. — Die Gesundheitsverhältnisse sind in der Eisenindustrie meines Erachtens nicht schlechter als in anderen Industrien. Aber es muß zugegeben werden, daß Mißstände in dieser Industrie vorhanden sind. Das Material der Petitionen enthält zwar manches Beachtenswerte, ist aber doch einseitig. Das Ergebnis der vom Staatssekretär Delbrück vorgenommenen Untersuchung sollte veröffentlicht werden. Daß die Arbeiter gegen die Berufsgefahren allmählich abgestumpft werden, ist zweifellos. — Im Entlohnungssystem bestehen in der Tat starke Härten, aber im großen und ganzen hat sich das heutige System bewährt. Das Prämiensystem ist berechtigt, wo der Schlendrian eingerissen ist und Mittelmäßigkeit sich zeigt. Das Werkspensionskassenwesen muß zweckmäßiger und einheitlicher geregelt werden. Die Frage des Achtstundentages in der Großeisenindustrie halte ich für noch nicht spruchreif, gebe aber zu, daß die zwölfstündige Arbeitszeit angesichts der schweren Arbeit in dieser Industrie reformbedürftig ist. Die Verkürzung der Arbeitszeit findet aber ihre Grenze in der Leistungsfähigkeit der Betriebe. Bei Einführung des Achtstundentages müßte die Zahl der Arbeiter verdreifacht werden. Das kann die Großeisenindustrie in ihrer Allgemeinheit nicht leisten, auch würde die Landflucht der Arbeiter dann noch größer. Der sanitäre Maximalarbeitstag könnte nur international eingeführt werden. Allerdings werden solche internationalen Abmachungen im Auslande vielfach weit weniger gewissenhaft eingehalten als bei uns in Deutschland. Die Sonntagsarbeit ist ein großer Mißstand, aber sie ist vielfach z. B. bei den Hochöfen nicht zu umgehen. Die 24stündige Wechselarbeit ist eine richtige crux (Kreuz) und es ist erfreulich, daß auch die Unternehmer jetzt auf die Beseitigung dieses schlimmen Zustandes hinarbeiten. Bei der Kommission, die zum Zwecke der Beseitigung dieser 24stündigen Wechselschicht eingesetzt werden soll, müssen allerdings auch Arbeiter zugezogen werden. — Den Wunsch, daß Fabrikinspektoren polizeiliche Strafbefugnisse erhalten, halte ich für ein gefährliches Experiment. — Wir werden nicht dem Antrag der Kommission, sondern dem der Konservativen zustimmen (Hört! hört! b. d. Soz.), da wir eben nicht mit allen Punkten der Petitionen einverstanden sind. (Beifall b. d. Natlb.)

Abg. **v. Graefe** (k.):

Unser Antrag ist keineswegs verursacht durch mangelhaftes soziales Verständnis. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber die Forderungen der Petitionen sind so einschneidend, daß es unmöglich ist, alle Konsequenzen dieser Forderungen zu übersehen. Da kann man ohne weiteres für all diese Forderungen Berücksichtigung verlangen. Die Industrie müßte mit Recht erbittert werden, wenn man so nur die eine Seite hören wollte, ohne die Gegengründe der anderen Seite zu berücksichtigen. Der Vorwurf der Einseitigkeit gegen uns ist unbegründet, man muß ihn vielmehr denen machen, die die Sozialpolitik in übertriebenem Tempo fördern wollen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Sosinsky** (Pole):

Die Verhältnisse der Arbeiter in der Schwereisenindustrie liegen derart elend, daß ein gesetzliches Eingreifen dringend notwendig ist. Man verweigert den Achtstundentag mit dem Argument, dann würde die Landflucht noch größer werden. Man schaffe gute Verhältnisse für die Arbeiter auf dem Lande, und man wird über Landflucht nicht zu klagen haben. (Sehr richtig! bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Die Regierung darf den Verhältnissen in der Eisenindustrie nicht länger Gewehr bei Fuß zusehen.

Abg. **Windeck** (Lothringer):

Eine Verringerung der Arbeitszeit wäre im Interesse der Volksgesundheit nur freundlich zu begrüßen. Aber es stellen sich ihr schwere betriebstechnische und finanzielle Bedenken entgegen, denen ohne internationale Regelung der Arbeitszeit in der Großeisenindustrie nicht Rechnung getragen werden kann. Unsere Eisenindustrie arbeitet zum großen Teil auch für das Ausland und muß mit anderen Ländern konkurrenzfähig erhalten werden.

Abg. **Haberland** (Soz.):

Der Abg. Graefe will die Petitionen deshalb nicht zur Berücksichtigung überweisen, weil er sich nicht für genügend sachverständig hält. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei Sachverständigen kann über die Notwendigkeit eines gesetzlichen Eingreifens gar kein Zweifel bestehen, kommen doch in der Großeisenindustrie

**Arbeitszeiten von 36—38 Stunden**

vor, die nur von 4 Stunden Pause unterbrochen sind. Grobe Verstöße gegen die Bundesratsverordnung, Ueberstunden in großer Zahl, namentlich an den Sonnabenden und Sonntagen, sind vielfach von den Gewerbeinspektoren festgestellt, besonders auch im Düsseldorfer Bezirk. In einem Düsseldorfer Betriebe wird ein Mann, der in einer Woche einmal 24, ein andermal 36 Stunden hintereinander gearbeitet hat, den anderen jetzt fortgesetzt als Muster hingestellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zur Irreführung der Gewerbeinspektoren durch falsche Listen über die Ueberstunden greifen gerade leistungsfähige Werke. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Böttger meinte, er könne nicht begreifen, wie sich Arbeiter Mißhandlungen gefallen lassen. Ja, das kann ich Herrn Böttger sagen, mein Freund Spiegel würde sich natürlich nicht mißhandeln lassen. (Heiterkeit.) Aber ein großer Teil der Arbeiter ist wirtschaftlich so abhängig, daß sie glauben, mit Rücksicht auf ihre Familie ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen zu dürfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was das angebliche „Spielen mit der Unfallgefahr" anlangt, so sind die Unfälle gestiegen einerseits infolge des Fehlens von Unfallverhütungsmaßnahmen, vor allem aber wegen der Hetze zur Arbeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht ohne Einfluß auf die Zahl der Unfälle sind auch die mangelhaften Verhältnisse in den Arbeitsräumen, die ungenügende Ventilation, die unzureichende Beleuchtung; befriedigende Verhältnisse gehören speziell im Düsseldorfer Bezirk zu den Seltenheiten. Ganz unzureichend sind auch die Löhne, besonders wird über die Unsicherheit der Akkordlöhne geklagt. Gekürzt werden die Löhne noch durch die vielen Strafen, die mit zum System der Antreiberei und Hetze zum Arbeiten gehören. Das Prämiensystem gehört mit zu den Mitteln, die Arbeiter bei der Arbeit abzuhetzen; dies System verstößt geradezu gegen die guten Sitten, und der Wunsch, das System genau in der Gewerbeordnung und in der Arbeitsordnung den Wünschen der Arbeiter entsprechend zu regeln, ist durchaus berechtigt. — Gerade in der jetzigen schweren Krise würde eine

**Verkürzung der Arbeitszeit**

leicht durchzuführen sein, die Industrie könnte sich dann in dieser Uebergangszeit auf die kürzere Arbeitszeit auch bei steigender Konjunktur einrichten. Daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Industrie leistungsunfähig und konkurrenzunfähig mit dem Auslande würde, ist ein Einwand, an den im Ernste niemand glaubt; er tritt immer auf, wenn für die Arbeiter etwas geschehen soll. Einer der Vorredner erklärte es für eine Ehrenpflicht der Großeisenindustriellen, die geschilderten Mißstände zu beseitigen. Wollten die Arbeiter warten, bis die Unternehmer diese Ehrenschuld einlösen, so müßten sie bis zum Nimmerleinstage warten. Im Interesse der Arbeiter und damit der allgemeinen Volksgesundheit muß die Gesetzgebung eingreifen! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Burckhardt** (Wirtsch. Vg.)

empfiehlt den Antrag der Kommission.

Die Diskussion schließt. Der Kommissionsantrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 1 Uhr (Interpellation Albrecht (Soz.) über die Vorgänge in Zabern; Sonntagsruhe im Handelsgewerbe).

Schluß 6 Uhr.

# Parlamentarisches.

**Aus der Budgetkommission des Reichstages.**

Die Budgetkommission des Reichstages trat am Mittwoch in die Beratung des Reichsetats ein. Es wurde mit dem Etat des Innern begonnen. Nach einer kurzen Debatte über den wettertelegraphischen Dienst und die recht minimale Verbreitung der Wetterkarten wandte sich die Kommission der Frage der Familienunterstützung zu militärischen Uebungen eingezogener Mannschaften zu. Der Reichstag hat sich im vorigen Jahre für eine Erhöhung dieser Unterstützung ausgesprochen. Das Reichsamt des Innern glaubte, daß diesem Wunsch des Reichstages damit Rechnung getragen worden sei, daß die Ortslöhne in den meisten Orten ganz erheblich erhöht worden sind. Da diese Familienunterstützung prozentual nach dem Ortslohn berechnet wird, seien also diese Beträge von selbst gestiegen. Damit habe es sich erübrigt, eine besondere Novelle einzubringen. — Dieser Ansicht trat Genosse Hoch entgegen, mit dem Hinweis darauf, daß die Erhöhung der Ortslöhne eine Folge der Teuerung sei. Die rein formelle Steigerung stelle aber keineswegs eine Verbesserung der Verhältnisse dar. Die Absicht, die die Resolution des Reichstages im Auge hatte, ist nicht erfüllt. — Staatssekretär Kühn hatte finanzielle Bedenken; für eine Erhöhung der Familienunterstützung fehlten die Mittel.

Für die Aufwandsentschädigung an solche Familien, von denen bereits drei Söhne bei der Armee oder bei der Marine ihrer gesetzlichen Dienstpflicht genügt haben, sind 480000 Mark eingesetzt. Dazu wird beantragt und beschlossen zu sagen:

Wenn aus einer Familie Söhne, die ihrer gesetzlichen Dienstpflicht genügten, zusammen sechs Jahre gedient haben, dann wird für jeden weiteren Sohn eine Aufwandsentschädigung von 240 M. pro Jahr gezahlt.

Genosse Hoch regt an, diese Entschädigung nicht halbjährlich, sondern in kürzeren Zeiträumen zu bezahlen. — Diesem Wunsche traten sowohl der Vertreter der Regierung, als auch Abg. Erzberger entgegen, weil den Leuten mit einer größeren Summe mehr gedient sei. — Bei dieser Gelegenheit stellt sich heraus, daß statt der 480 000 M. in Wirklichkeit 7½ Millionen erforderlich sind. Diese Summe wurde auch in den Etat eingesetzt.

Für die Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter der Schwefelsäure-, Salzsäure-, Salpetersäure- und Soda-Industrie werden 12 500 M. verlangt und bewilligt. — Abg. Gothein wünscht, in diese Untersuchung auch jene Hüttenbetriebe einzubeziehen, die mit schwefligen Produkten zu tun haben. — Die Regierung bemerkte, daß zu den Erhebungen auch Arbeiter zugezogen werden sollen. Das gab dem Genossen Sachse Veranlassung, zu verlangen, daß man nicht etwa bloß Arbeiter zuziehen sollte, die von den Unternehmern bezeichnet werden, sondern auch Arbeiter, die von den Arbeiterorganisationen benannt werden. — Diesem Wunsch schloß sich Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.) an. — Die Regierung gab auf diese Anregungen keine Antwort. — Eine längere Debatte entspann sich dann noch über Art und Umfang der ländlichen Statistik.

# Gerichtszeitung.

**Ein Arbeitswilligenagent.**

In der Strafsache gegen den Glasbläser Steinborn sollte der bekannte Agent Keiling gestern als Zeuge vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte erscheinen. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, Keiling beleidigt und mit dem Totschlag bedroht zu haben, als Keiling gelegentlich des Streiks der Glasbläser bei der Firma Isola als Kontrolleur des Arbeitgeberschutzverbandes die Arbeitswilligen zu „schützen" hatte.

Schon in einem früheren Termin war über diese Anklage verhandelt worden. Damals hatte Keiling unter seinem Eide zunächst überhaupt bestritten, vorbestraft zu sein, dann aber auf eindringendes Befragen des Verteidigers Dr. Kurt Rosenfeld zugegeben, vor 20 Jahren wegen Körperverletzung mit 25 M. und mit 6 Monaten bestraft worden zu sein. Schließlich räumte Keiling ein, auch sonst noch bestraft zu sein, zuletzt als Polizeiagent wegen Nötigung, verübt durch unberechtigte Knebelung eines Unschuldigen, mit einem Monat Gefängnis. Der damalige Termin verfiel der Vertagung, weil ein Kollege des Keiling namens Koch nicht erschienen war — er war, wie Keiling sich ausdrückte — nach Mähren gefahren, um „Sachen", das sind Arbeitswillige, zu holen; außerdem wollte das Gericht gemäß dem Antrage des Verteidigers das Vorstrafenverzeichnis des Keiling einsehen, bevor es auf sein Zeugnis eine Entscheidung gründete.

Der Strafregisterauszug lag gestern vor. Danach ist Keiling folgendermaßen bestraft:

1. 1895 wegen Körperverletzung mit 4 Wochen Gefängnis.
2. 1895 „ „ „ 6 „ „
3. 1897 „ Betrugs „ 2 „ „
4. 1897 „ Kuppelei mit 9 Mon. Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht.
5. 1897 „ Körperverletzung mit 9 Mon. Gefängnis.
6. 1899 „ Uebertretung mit 1 Monat Haft.
7. 1899 „ Betrugs mit 2 Mon. Gefängnis.
8. 1900 „ Betrugs im Rückfall mit 6 Mon. Gefängnis.
9. 1901 „ Diebstahls mit 9 Mon. Gefängnis u. 2 Jahren Ehrverlust.
10. 1901 „ Diebstahls 3 Mon. Gefängnis.
11. 1902 „ Uebertretung mit 1 Woche Haft.
12. 1902 „ Diebstahls mit 10 Mon. Gefängnis.
13. 1903 „ Hehlerei mit 8 Mon. Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust.
14. 1904 „ Diebstahls im Rückfall mit 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.
15. 1907 „ Betrugs im Rückfall mit 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.
16. 1907 „ Betrugs 1 Jahr 6 Mon. Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, unter Einrechnung der Strafe zu 15.
17. 1912 „ Nötigung und Freiheitsberaubung mit 1 Monat Gefängnis.

Ein feiner Vertrauensmann des Arbeitgeberschutzverbandes und der Polizei!

Im Termin war Koch abermals nicht erschienen und auch Keiling fehlte. Er hatte mitteilen lassen, daß er gestern plötzlich in dringender Angelegenheit nach Bern fahren mußte.

Der Termin verfiel daher abermals der Vertagung.

**Scharfe Kritik als Gotteslästerung.**

Am 30. September v. Js. verurteilte das Landgericht Berlin III den Herausgeber und Verleger der Zeitschrift „Der Weg" Dr. med. Georg Zepler zu 3 Tagen, den Schriftsteller Otto Lehmann-Rußbüldt zu einer Woche Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte wegen eines Artikels „Mißbrauch der Jahrhundertfeier durch das Komitee Konfessionslos". Das Gericht nahm an, der Artikel habe dadurch ein Aergernis gegeben, daß er in beschimpfenden Aeußerungen Gott gelästert habe. Auch sei in dem Artikel eine Einrichtung der christlichen Kirche, nämlich das Apostolikum, beschimpft und dadurch § 166 Str.-G.-B. verletzt. Nach der Beweisaufnahme waren es der Reichstagsabgeordnete Lizentiat Mumm und weitere Angehörige der christlich-sozialen Partei, die an dem Artikel Aergernis genommen hatten, während Pastor Fall, Dr. Vielhaber, Graf von Hoensbroch erklärten, in viel schärferer Weise sei oft Kritik an dem in ständiger Entwicklung begriffenen Gottesbegriff und dem Apostolikum geübt?

Die von den Angeklagten eingelegte Revision wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen. Scharfe, abfällige Kritik können also gewisse Vorstellungen über Gott und gewisse Kirchengebräuche nicht vertragen, ohne als „beschimpfend" und strafbar aufgefaßt zu werden. Das zeugt gerade nicht von absonderlicher Tiefe des Glaubens derer, die Aergernis an der Kritik nahmen.

**Messerstecherei.**

Der Unfug, bei geringfügigen Streitigkeiten sofort zum Messer zu greifen, scheint trotz der harten Strafen, die die Gerichte über Messerstecher zu verhängen pflegen, nicht ausrottbar zu sein. Die beiden Messerhelden, die gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I standen, Wilhelm Bartkowiak und Stephan Brodniewicz, sind wegen Körperverletzung noch nicht vorbestraft, haben aber mit den Messern in einer Weise herumgewütet, daß das Schöffengericht über sie eine exemplarische Strafe verhängte.

In der Nacht zum 12. Juli traf der Hausdiener Lorty in der Naunynstraße auf dem Heimwege ein ihm bekanntes, gleichfalls nach Hause gehendes junges Mädchen. Während er sich mit dem Mädchen in einer Haustürnische kurze Zeit unterhielt, kamen die beiden Angeklagten mit einem Dritten aus dem gegenüberliegenden Lokale heraus, trieben allerlei Allotria und sangen polnische Lieder. Im Vorbeigehen redete der hinter den beiden Angeklagten hergehende Dritte das in der Haustürnische stehende Pärchen mit hänselnden Redensarten an und als Lorty ihm riet, ruhig nach Hause zu gehen, kam es zu Tätlichkeiten. Die beiden Angeklagten sprangen ihrem Genossen, der dem Lorty vor der Brust gepackt hatte und ihn stark bedrängte, bei und der erste Angeklagte nahm sein Messer heraus und brachte dem L. zwei Stiche bei. Auf dessen Hilferufe eilten aus dem Schanklokale der Witwe Ehlert mehrere Gäste auf die Straße und bemühten sich, die Angeklagten festzunehmen. Beide schlugen nun aber wie toll mit den Messern um sich und brachten einem ihrer Gegner nicht weniger als sieben Messerstiche bei. Der Verletzte hat 14 Tage im Krankenhause gelegen, auch Lorty mußte ein Krankenhaus aufsuchen und hat dort acht Tage zugebracht. Die Angeklagten können von Glück sagen, daß die Verletzten nicht dauerndes körperliches Leiden davongetragen haben.

Das Schöffengericht glaubte, daß für die von den Angeklagten bewiesene Roheit je 2 Jahre Gefängnis eine angemessene Sühne seien. Auf die hiergegen eingelegte Berufung ermäßigte die Strafkammer die Strafe um 6 Monate und erkannte auf 1 Jahr und 6 Monate.

**Der Bürgermeister als Dienstmädchenverführer.**

Vom Landgericht Amberg ist am 8. August v. J. der verheiratete Bauer und Bürgermeister Michael Klein wegen Verführung seines noch nicht 16 Jahre alten Dienstmädchens W. zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte hat schon früher seinen Dienstmädchen in der schamlosesten Weise nachgestellt und bereits wenige Tage nach dem Eintritt der W. mit unzüchtigen Angriffen auf sie begonnen, bis schließlich das noch unbescholtene Mädchen ihm zum Opfer fiel. Die Revision des Angeklagten wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

**Zu dem Sezessionsstreit.**

Die Kläger in dem Sezessionsprozeß ersuchen uns um Aufnahme des Folgenden:

In dem Prozeß gegen Paul Cassirer ist die Feststellung, wir hätten Professor Liebermann mit Schmutz beworfen, getroffen, ohne daß ein einziger Tatzeuge der Unterredung mit Professor Liebermann überhaupt vernommen wurde. Der Vernehmung dieses Zeugen wurde von dem Vertreter des Herrn Cassirer mit der Begründung widersprochen, daß ihm die Ladung dieses Zeugen nicht zeitig mitgeteilt sei. Den Zweck unseres Prozesses betrachten wir trotz der in dem Hauptpunkte aus formalen Gründen erfolgten Freisprechung des Herrn Cassirer schon jetzt für erreicht. Dieser Zweck war: Das unheilvolle Trustsystem, das Herr Cassirer im Kunstbetriebe zur Geltung gebracht hat, in der Oeffentlichkeit zu kennzeichnen. In dieser Hinsicht kann die von den Professoren Slevogt und Gaul beschworene Tatsache, daß Herr Cassirer, obwohl er nicht Mitglied der Jury war, in der Jury eine beratende Stimme hatte, nicht scharf genug unterstrichen werden. Der Ausgang des Verfahrens erster Instanz zwingt uns, in der Berufungsinstanz die Rücksicht, die wir bisher genommen hatten, fallen zu lassen und dort den Nachweis zu führen, daß, soweit wir in der fraglichen Angelegenheit Kritik geübt haben, diese Kritik eine durchaus berechtigte war. Bischoff-Culm, Ad. Ed. Herstein, Neumann, Oppenheimer, Spiro, Westphal.

# Inventur-Ausverkauf

auf sämtliche in den Verkaufsräumen befindlichen Waren für Winter und Sommer, mit Ausnahme von Maß-Anfertigung.

**Parterre:**

Knaben- und Jünglings-Kleidung
Herren-Hosen und Westen

Herren-Artikel und Sport

**I. Etage:**

Herren-Anzüge, Paletots, Ulster
Loden- und Pelz-Konfektion
Schlafröcke und Morgenröcke
Gummi-Röcke etc.

**II. Etage:**

Damen-Konfektion

# H. Esders & Dyckhoff

Gertraudenstr. 8-9 (Petrikirche)

**Spezialarzt**
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art, Ehrlich Hata-Kuren in Dr. Homeyer u. Co. kong. Laborat. f. Blutuntersuchung., Fäden i. Harnusw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

**Augustabad**
Köpenicker Str. 60/61. 4965*
Lieferant aller Krankenkassen.

**Kapitän-Kautabak**
(gesetzl. geschützt)
Kapitän-Rauch- u. Schnupftabake sind nur durch ganz hervorragend feine Qualität so schnell beliebt geworden.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften event. zu erfahren durch
C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 119. (Telef.: Kgst. 3861.)

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund.**


**Jedes Wort 10 Pfennig.**
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Teppiche** (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. „Vorwärts"-lesern 10 Prozent Extrarabatt.

**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

**Gardinenhaus.** Große Frankfurterstraße 9. Kein Laden!

**Teppich-Thomas.** Oranienstr. 44 farbfehlerhafte Teppiche spottbillig; Gardinen, Steppdecken, Tischdecken halben Preis. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. 7858*

**Pfandleihhaus** Hermannplatz 6. Spottbilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenlager. Riesenauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls. *

**Gardinen!** Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

**Vorjährige** elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Wagstoffen 25—60 Mark, Hosen 6—18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

**Bettenstand** 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 12008*

**Teppiche!** (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Preises. Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

**Blendenkuff- und Toll**-Maschinen für Hand- und Fußbetrieb, Gas- und Holzenheizung, billigst, nur prima, bei Teilzahlung günstige Bedingungen. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2048*

**Zinkwaschfässer,** Jober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

**Teilzahlung.** Uhren, Goldwaren, Trauringe. Woche 1 Mark. Turmstraße 16. 1708*

**Bettenverkauf!** Pelzstolas! Winterpaletots, Winterjoppen, Herrenanzüge, Brücke, Teppiche, Aussteuerwäsche! Gardinenauswahl! Plüschportieren! Steppdecken, Tischdecken, Schmucksachen! Uhrenverkauf! Spottbillige Preise! Leihhaus! Barschauerstraße 7. [illegible]*

**Federbetten,** Prachtstücke 11,00 bis 40,00, Pelzstolas spottbillig, Centralleihhaus Schöneberg, Hauptstraße 111. 1714*

**Betten.** Ober-, Unterbetten, Kissen, eiserne Bettstellen, Kleiderspinde, Waschtische, gebrauchte, tadellos erhalten, verkaufe Freitag, 16. Januar, 10—2 Uhr, Urbanstraße 106, Hof. *

### Geschäftsverkäufe.

**Milchgeschäft.** Gelegenheitskauf, Zweizimmer-Wohnung, Rolle und Warenbestand, umständehalber für jeden annehmbaren Preis verkäuflich. Neukölln, Weichselstraße 54. †56

### Möbel.

**Möbel-Lechner!** 1. Geschäft: Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Platz, Laden. 2. Eingang Hof links parterre. 2. Geschäft: Müllerstraße 174, Ecke Fennstraße. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Extra-Abteilung für Herren- und Damengarderobe, Wäsche, Teppiche, Portieren, Tisch- und Steppdecken auf bequeme An- und Abzahlung. Auf Wunsch schicke ich Vertreter. Sonntags von 12—2 geöffnet. 1904*

**Möbel ohne Geld!** Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

**Möbel** - Gelegenheitskaufhaus Brückenstraße 6. Große Auswahl neuer gediegener Möbel zu Spottpreisen. 5195*

**Billig** noch neue Wohnungseinrichtung, Gaskrone, Wandbilder, Teppich, Glas. Rosenthalerstraße 57, vorn III. (Gewerblich). Händler verbeten. 8/5*

**Moderne Arbeitermöbel** in zeitgemäßer Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Nußbaum, unerreichte Auswahl, zu den allerbilligsten Preisen, in solider Arbeit, direkt vom Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstraße 6, am Kottbuserthor. 1910*

**Schlafzimmer,** eichenes, 3türiger Schrank, komplett 350,—. Seltene Gelegenheit. Hans Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Platz. 1980*

**Möbel!** Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Ueberverteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft R. Goldstaub, Jossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901*

**Moebel - Boebel.** Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 290,—, 335,—, 407,—, 475,—, 496,—, 537,—, 574,—, 609,—, 651,— bis 1000,—. Zwei Zimmer und Küche 445, 536,—, 640,—, 690,—, 756,—, 895,—, 939,— 1035,—, 1105,— bis 2000,—. Schlafzimmer 189,—, 262,—, echt Eiche 343,—, 371,—, 434,—, Wohnzimmer, modern 215,—, 268,—, 306,—, 341,—, Speisezimmer, echt Eiche, 341,—, 414,—, 475,—, 562,—, Herrenzimmer 334,—, 424,—, englische Bettstelle mit Matratze 40,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Fünf Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 12—2. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 198*

**Kaufen** Sie direkt beim Tischlermeister. Moderne Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Vorwärtsleser 5 Prozent. Harnack, Stallschreiberstraße 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. 1039*

**Bekanntmachung!** Große Posten Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, zurückgesetzt, sollen bis 50 Prozent billiger ausverkauft werden. Nur kurze Zeit! Möbelengroshaus, Andreasstraße 30, gerade über Markthalle. 1982*

**Gehe zu mir,** ich borge Dir Möbel für Stube und Küche, mit 10 Mark Anzahlung und allerkleinsten Wochenraten. Einzelne Möbel 3 Mark Anzahlung. Möbelkontinent, Kottbuserstraße 14. 1996*

**Möbeltausch.** Aeltere unmoderne Möbel nehme ich in Zahlung und liefere moderne Möbel dafür. Differenz in bequemen Wochenraten. Postlagerkarte 3, Postamt 22. 1997*

**Stadtgespräch!** bildet mein Riesen-Sonderverkauf kompletter Schlafzimmer, entzückende Ausführungen, in hell- und dunkelbirke, mahagoni, eiche, nußbaum, Satin, birnbaum, weiß, zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen! Lagerung und Transport auch nach auswärts frei. „Möbelhaus" M. Hirschowitz, nur Skalitzerstraße 25. 1987*

**Wirtschaftenverkauf** (Althändler unerwünscht!) Modernes Wohnzimmer, Piano, Sofa, Schreibtisch, Ankleideschrank, Umbau, Plüschsofa, Trumeau, Gaskrone. Königsbergerstraße 11, vorn I, Fischer. 8/18

**Plüschsofa** 40,00, 50,00, 65,00, Chaiselongue 18,00, 22,00, englische Bettstellen 25,00. Tapezierer Waller, Stargarderstr. 18. 1967*

### Musikinstrumente.

**Pianinos,** Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 5348*.

**Pianinos,** Kauf und Miete, Mietsratenvergütung, wenn späterer Kauf. Paul u. Co., Gitschinerstraße 107, direkt Halleisches Tor, und W. Augsburgerstraße 19. 1870*

**Pianinos,** kreuzsaitig, 120,— (eventuell Teilzahlung). Pianohaus Turmstraße 9. 8/16

**Pianino,** Stuhl, Noten, 150,00 verkäuflich. Krüger, Neue Königstraße 31 (Alexanderplatz). 230/8

## Kaufgesuche.

**Platinabfälle,** alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Broh, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. 560*

**Zahngebisse,** Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/1*

**Goldschmelze** kauft höchstzahlend Zahngebisse, alle Metalle. Witwe Rieper, nur Köpenickerstraße 157.

**Platinabfälle,** Gramm 5,60, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Glühstrumpfasche, Quecksilber kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Augustastraße 19 III.

**Zahngebisse,** Zahn bis Mark 1,50 (komme abholen), Platinabfälle 5,70, Altgold, Altsilber, Tressen, Goldschmied Bruckard, Weinbergsweg 26, am Rosenthaler Platz. 504b*

**Platinabfälle,** Zahngebisse, Altgold, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier, höchstzahlend Schmelzerei Müller, Teltowerstr. 10. 504b*

**Kupfer,** Messing, Zinn, Zink, Blei, Stanniolpapier, Flaschenkapseln, Goldsachen, Silbersachen, Platin, Zahngebisse, „Metallschmelze" Cohn, Brunnenstraße 25. 506b*

**Zahngebisse,** Stanniolpapier, Goldsachen, Silberabfall, Platina, Tressen, höchstzahlend Edelschmelze, Elsasserstraße 41, Oranienburgertor. 1324*

**Fahrradankauf** Weberstraße 42.

**Glühstrumpfasche** kauft Blümel, Auguststraße 19. †88

**Zahngebisse,** Zahn bis 1,50 (Abholung). Platinabfälle 5,70, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn 3,00, Kupfer 1,20, Messing, Zink, Blei, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31. Telephon. 1761*

## Unterricht.

**Unterricht** in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44*

**Chauffeur-Ausbildung** erstklassig und stellungssichert. Verschiedene 4-Zylinder-Systeme. Honorar 100 Mk., auch Abendkurse. Kostenlose Empfehlung. Große Reparaturwerkstatt, Köpenickerstraße 116. 7318*

**Mustergültiges Deutsch** sprechen und schreiben lehrt billig (auch abends) erfahrener Privatlehrer. Anfragen unter „Postlagerkarte 658", Briefpostamt, Berlin. †88*

## Verschiedenes.

**Patentanwalt** Müller, Gitschinerstraße 16.

**Patentanwalt** Benel, Gitschinerstraße 94a.

**Briefmarken,** Münzen kauft Großmann, Spandauerbrücke 1b. *

**Kunststopferei** Große Frankfurterstraße 67. 2899*

**Lewandowsky-Gesellschaft,** Dultzowstraße 105. †128

## Vermietungen.

### Wohnungen.

**3- und 2-Zimmer-Wohnung,** vorn I, vom 1. April, auch für Geschäftsbetrieb. Lychenerstraße 19. †68

### Zimmer.

**Möbliertes** Zimmer an Herrn vermietet Frau Grunow, Eisenbahnstraße 14, Vorderhaus. †7

**Möbliertes** Parterrezimmer für zwei Herren, Hollmannstraße 36. *

### Schlafstellen.

**Möblierte** Schlafstelle, ein oder zwei anständige Mädchen, vermietet Schade, Lübbenerstraße 10, vorn III.

### Mietsgesuche.

**Parterreräume** oder Laden mit anschließendem Zimmer für Zeitungsspedition per 1. April im Frankfurter Viertel gesucht. Offerten Spedition Große Frankfurterstraße 120. †

**Herr** sucht Südwest möbliertes Zimmer, zirka 30 Mark inklusive. Offerten N 1, Hauptexpedition des „Vorwärts" bis 17. Januar. 5488

**Möblierte** Zimmer in der Nähe des Gewerkschaftshauses für die Zeit vom 18. Januar bis 28. Februar gesucht. Angebote mit Preisangabe an Joh. Saffenbach, Engelufer 15.

## Arbeitsmarkt.

### Stellenangebote.

**Silberarbeiter** für Korpus- und Flachsarbeiten in gut bezahlte dauernde Stellung für sofort gesucht, jedoch nur erste Kräfte. Berliner Silberwarenfabrik A. Kander, Oranienstraße 183.

**Klavierspieler** für Sonnabend, Sonntag verlangt Grätzstraße 28. †

**Paketkontrolleur,** tüchtige, zum Einpacken und Kontrollieren der Waren sofort gesucht. Meldungen von 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1—2. 2001*

**Wirtschafterin,** alleinstehende, ältere, nicht unter 50 Jahre, für einfachen Haushalt zum 1. oder 15. Februar gesucht. Ausführliche Offerte mit Gehaltsansprüchen unter „Stg. M. 132" Rud. Mosse, Steglitz, Albrechtstraße 130, erbeten. 8/17

## Achtung! Holzarbeiter.

**Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:**

**Für die Holzleiten-Branche der Betrieb von Aug. König, Teltower Str. 48/49.**

Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".**

**Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten,** Kaiser-Franz-Grenadier-Platz. 81/1*

Zuzug ist streng fernzuhalten.

**Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.